

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 15

Ausgegeben in München am 20. August 2007

Jahrgang 2007

Inhalt

Seite

I. Rechtsvorschriften

Verordnung zur Änderung der Gymnasialschulordnung 234

Schulordnung für die Realschulen (Realschulordnung – RSO) 236

Verordnung zur Änderung der Rahmenprüfungsordnung für die Fachhochschulen 273

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Medienpädagogisch-informationstechnische Beratung in Bayern 282

Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit 284

Richtlinien für das Programm zur Förderung der Auftragsforschung an den bayerischen Universitäten (Bonusprogramm Universitäten) 295

Erhebung von privatrechtlichen Entgelten für das weiterbildende Studium 297

Zulassung von Lernmitteln 297

III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen

—

I. Rechtsvorschriften

2235-1-1-1-UK

Verordnung zur Änderung der Gymnasialschulordnung Vom 6. Juli 2007 (GVBl S. 454)

Auf Grund von Art. 9 Abs. 4 Satz 2, Art. 52 Abs. 4, Art. 53 Abs. 6 Satz 1, Art. 68, 85, 89, 116 Abs. 4 und Art. 128 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 397), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Schulordnung für die Gymnasien in Bayern (Gymnasialschulordnung – GSO) vom 23. Januar 2007 (GVBl S. 68, BayRS 2235-1-1-1-UK) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Die Ministerialbeauftragten beraten und unterstützen die Schulen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben; sie stärken deren Eigenverantwortung und können in Konfliktfällen angerufen werden.“

b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

2. § 4 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„³Genehmigungsbedürftige Erhebungen, die sich an die Erziehungsberechtigten richten, bedürfen des Einvernehmens des Elternbeirats, es sei denn, die Erziehungsberechtigten sind zur Angabe von Daten verpflichtet.“

b) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.

3. § 18 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Die Durchführung von allgemeinen Veranstaltungen, die die Zusammenarbeit von Schule und Erziehungsberechtigten betreffen, bedarf des Einvernehmens des Elternbeirats.“

b) Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²In jedem Schuljahr hat die Schulleiterin oder der Schulleiter in den ersten drei Monaten nach Unterrichtsbeginn Klassenelternversammlun-

gen einzuberufen; eine weitere Versammlung ist einzuberufen, wenn dies ein Viertel der Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler einer Klasse beantragt.“

4. § 20 Abs. 5 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Zudem bedürfen Grundsätze zur Durchführung von Veranstaltungen der ganzen Schule, zur Festlegung von Unterrichtszeiten oder zur Durchführung von Veranstaltungen in der unterrichtsfreien Zeit des Einvernehmens des Elternbeirats; § 5 Abs. 2 Nr. 3 und § 42 Abs. 2 bleiben unberührt.“

5. § 63 Abs. 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Zurückverwiesene Schülerinnen und Schüler gelten nicht als Wiederholungsschülerinnen und Wiederholungsschüler; dies gilt nicht im Fall des Abs. 1.“

6. § 66 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²§ 63 Abs. 3 und 4 gelten entsprechend.“

7. In § 99 Abs. 2 werden die Worte „17. Oktober 2006 (GVBl S. 813)“ durch die Worte „28. Mai 2007 (GVBl S. 371)“ ersetzt.

8. In Anlage 2 Fußnote 6 wird das Wort „Benehmen“ durch das Wort „Einvernehmen“ ersetzt.

9. In Anlage 6 Nr. 1.2 werden nach dem Klammerzusatz „(Wirtschaft und Recht)“ ein Komma und die Worte „Sozialwissenschaftliche Arbeitsfelder (WSG-S), Wirtschaftsinformatik (WSG-W)“ eingefügt.

10. Anlage 8 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 7 erhält folgende Fassung:

„7. Geschichte, Sozialkunde

In der schriftlichen Prüfung aus der Geschichte oder der Sozialkunde werden dem Prüfling vier Aufgaben vorgelegt, von denen er im Grundkurs eine Aufgabe, im Leistungskurs zwei Aufgaben aus den Bereichen verschiedener Ausbildungsabschnitte nach seiner Wahl zu bearbeiten hat.

Arbeitszeit: 270 Minuten im Leistungskursfach,

210 Minuten im Grundkursfach.“

- b) Nr. 9 wird aufgehoben.
- c) In Nr. 15 wird das Wort „zwei“ durch das Wort „drei“ ersetzt.
- d) Nr. 17 Satz 1 erhält folgende Fassung:
- „In der schriftlichen Prüfung aus der Physik werden dem Prüfling zwei Aufgaben zur Bearbeitung vorgelegt.
- Arbeitszeit: 240 Minuten in Physik als Leistungskursfach,
180 Minuten in Physik als Grundkursfach.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 2007 in Kraft.

München, den 6. Juli 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider
Staatsminister

2234-2-UK

**Schulordnung
für die Realschulen
(Realschulordnung – RSO)**

Vom 18. Juli 2007 (GVBl S. 458)

Auf Grund von Art. 8 Abs. 2 und 3, Art. 25 Abs. 3 Satz 1, Art. 30 Abs. 1 Satz 4, Art. 37 Abs. 3 Satz 3, Art. 44 Abs. 2 Satz 1, Art. 45 Abs. 2 Sätze 1 und 4, Art. 46 Abs. 4 Satz 3, Art. 49 Abs. 1 Sätze 2 und 3, Art. 50 Abs. 2 Satz 1, Art. 51 Abs. 3, Art. 52 Abs. 4, Art. 53 Abs. 4 Satz 2 und Abs. 6 Satz 1, Art. 54 Abs. 3 Satz 1, Art. 55 Abs. 1 Nr. 6, Art. 58 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 6, Art. 62 Abs. 8 Satz 1 und Abs. 9, Art. 63 Abs. 6, Art. 65 Abs. 1 Satz 4, Art. 68, Art. 69 Abs. 7, Art. 84 Abs. 1 Satz 2, Art. 86 Abs. 15, Art. 89 und 128 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 397), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 9 Klassenkonferenz, Lehr- und Lernmittelausschuss, Disziplinarausschuss

Abschnitt 4

Schülerinnen und Schüler

- § 10 Schülermitverantwortung, Verbindungslehrkräfte
- § 11 Klassensprecherinnen und Klassensprecher
- § 12 Schülersprecherinnen und Schülersprecher, Schülerausschuss
- § 13 Überschulische Zusammenarbeit
- § 14 Finanzierung und finanzielle Abwicklung von Veranstaltungen der Schülermitverantwortung
- § 15 Schülerzeitung
- § 16 Ordnungsmaßnahmen und sonstige Erziehungsmaßnahmen
- § 17 Entlassung

Inhaltsübersicht

Teil 1

Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Schulaufsicht

Teil 2

**Schulgemeinschaft, Schulleiterin und Schulleiter, Lehrkräfte,
Schülerinnen und Schüler, Eltern, Schulforum**

Abschnitt 1

Schulgemeinschaft

- § 3 Schulgemeinschaft, Eigenverantwortung

Abschnitt 2

Schulleiterin und Schulleiter

- § 4 Schulleiterin und Schulleiter

Abschnitt 3

Lehrkräfte

- § 5 Lehrkräfte, Aufgaben der Lehrerkonferenz
- § 6 Sitzungen
- § 7 Einberufung
- § 8 Beschlussfassung

Abschnitt 5

Eltern

- § 18 Zusammenarbeit der Schule mit den Eltern
- § 19 Amtszeit des Elternbeirats und Mitgliedschaft
- § 20 Geschäftsgang
- § 21 Wahl des Elternbeirats
- § 22 Klassenelternsprecherinnen und Klassenelternsprecher

Abschnitt 6

Schulforum

- § 23 Schulforum

Abschnitt 7

**Finanzielle Abwicklung schulischer Veranstaltungen,
Sammlungen und Spenden**

- § 24 Finanzielle Abwicklung sonstiger schulischer Veranstaltungen
- § 25 Sammlungen und Spenden

Teil 3

Aufnahme und Schulwechsel

Abschnitt 1

Aufnahme in die unterste Jahrgangsstufe

- § 26 Voraussetzungen und Zeitpunkt

- § 27 Probeunterricht und Entscheidung über die Aufnahme
 § 28 Rückkehr an die Hauptschule

Abschnitt 2

Aufnahme in eine höhere Jahrgangsstufe

- § 29 Voraussetzungen
 § 30 Aufnahmeprüfung
 § 31 Nachholfrist, Probezeit

Abschnitt 3

Gastschülerinnen und Gastschüler

- § 32 Gastschülerinnen und Gastschüler

Abschnitt 4

Aufnahme in die Abendrealschule

- § 33 Voraussetzungen, Probezeit

Abschnitt 5

Schulwechsel

- § 34 Übertritt an eine andere Realschule oder in eine andere Wahlpflichtfächergruppe
 § 35 Unterlagen

Teil 4

Schulbetrieb

Abschnitt 1

Einrichtung von Klassen und Fächern

- § 36 Einrichtung von Klassen
 § 37 Wahlpflichtfächergruppen (Ausbildungsrichtungen)
 § 38 Wahlpflichtfächer, Wahlfächer, Ergänzungsunterricht

Abschnitt 2

Schulbesuch

- § 39 Teilnahme
 § 40 Beaufsichtigung der Schülerinnen und Schüler
 § 41 Verbot von Rauschmitteln, Sicherstellung von Gegenständen
 § 42 Beendigung des Schulbesuchs
 § 43 Höchstausbildungsdauer

Abschnitt 3

Stunden und Fächer

- § 44 Stundenplan, Unterrichtszeit
 § 45 Stundentafeln

- § 46 Religiöse Erziehung, Religionsunterricht
 § 47 Ethikunterricht

Teil 5

Hausaufgaben, Leistungsnachweise, Vorrücken und Wiederholen, Zeugnisse

Abschnitt 1

Hausaufgaben und Leistungsnachweise

- § 48 Hausaufgaben
 § 49 Leistungsnachweise
 § 50 Große Leistungsnachweise
 § 51 Kleine Leistungsnachweise
 § 52 Korrektur, Besprechung, Aufbewahrung und Einsichtnahme
 § 53 Bewertung der Leistungen
 § 54 Nachholung von Leistungsnachweisen
 § 55 Bildung der Jahresfortgangsnote

Abschnitt 2

Vorrücken und Wiederholen

- § 56 Entscheidung über das Vorrücken
 § 57 Vorrückungsfächer
 § 58 Vorrücken auf Probe
 § 59 Nachprüfung
 § 60 Überspringen einer Jahrgangsstufe
 § 61 Freiwilliges Wiederholen
 § 62 Verbot des Wiederholens

Abschnitt 3

Schülerbogen, Zeugnisse

- § 63 Schülerbogen
 § 64 Zwischen- und Jahreszeugnisse
 § 65 Bescheinigung über die Dauer des Schulbesuchs

Teil 6

Prüfungen

Abschnitt 1

Abschlussprüfung

- § 66 Prüfungsausschuss
 § 67 Festsetzung der Jahresfortgangsnote
 § 68 Schriftliche Prüfung
 § 69 Mündliche Prüfung
 § 70 Praktische Prüfung
 § 71 Bewertung der Prüfungsleistungen
 § 72 Festsetzung des Prüfungsergebnisses und der Zeugnisnoten
 § 73 Notenausgleich

- § 74 Abschlusszeugnis
- § 75 Wiederholung der Abschlussprüfung
- § 76 Verhinderung an der Teilnahme
- § 77 Nachholung der Abschlussprüfung
- § 78 Unterschleif

Abschnitt 2

Abschlussprüfung für andere Bewerberinnen und Bewerber

- § 79 Allgemeines
- § 80 Zulassung
- § 81 Schriftliche Prüfung
- § 82 Mündliche Prüfung
- § 83 Festsetzung des Prüfungsergebnisses und der Zeugnisnoten
- § 84 Zusätzliche Regelungen für Schülerinnen und Schüler staatlich genehmigter Ersatzschulen

Abschnitt 3

Ergänzungsprüfungen

- § 85 Ergänzungsprüfungen

Teil 7

Schlussvorschriften

- § 86 Rechtsschutz der Schülerinnen und Schüler und der Erziehungsberechtigten
- § 87 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelungen

Anlagen zur RSO:

- Anlage 1 MODUS21 – Übersicht
- Anlage 2 Stundentafel für die Realschule
- Anlage 3 Stundentafel für die dreijährige Abendrealschule

Teil 1

Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich
(vgl. Art. 1 bis 3 BayEUG)

¹Diese Schulordnung gilt für die öffentlichen Realschulen und Abendrealschulen und die staatlich anerkannten Ersatzschulen mit dem Charakter einer öffentlichen Schule. ²Für Ersatzschulen gilt diese Schulordnung im Rahmen der Art. 90, 92 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 5 und Art. 93 BayEUG, für staatlich anerkannte Ersatzschulen gilt sie darüber hinaus im Rahmen des Art. 100 Abs. 2 BayEUG.

§ 2

Schulaufsicht
(vgl. Art. 111 bis 117 BayEUG)

- (1) ¹Nach Maßgabe dieser Schulordnung und

besonderer Dienstanweisungen werden besondere Beauftragte (Ministerialbeauftragte) mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben im Namen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (im Folgenden: Staatsministerium) betraut. ²Die Ministerialbeauftragten beraten und unterstützen die Schule bei der Erfüllung ihrer Aufgaben; sie stärken deren Eigenverantwortung und können in Konfliktfällen angerufen werden.

(2) Das Staatsministerium kann von einzelnen Bestimmungen dieser Verordnung Ausnahmen gewähren, wenn die Anwendung der Bestimmung im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und die Abweichung auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung unbedenklich erscheint.

Teil 2

Schulgemeinschaft, Schulleiterin und Schulleiter, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Schulforum

Abschnitt 1

Schulgemeinschaft (vgl. Art. 2 BayEUG)

§ 3

Schulgemeinschaft, Eigenverantwortung

¹Innerhalb der Schulgemeinschaft ist zu erörtern, welche im Rahmen des Modellversuchs „MODUS21 Schule in Verantwortung“ freigegebenen Maßnahmen die Schule durchführt (**Anlage 1**). ²Entscheidet sich die Lehrerkonferenz für die Durchführung solcher Maßnahmen, gelten insoweit die gesondert bekannt gemachten Bestimmungen des Staatsministeriums. ³Die Lehrerkonferenz ist in diesem Fall berechtigt, erforderlichenfalls von einzelnen Bestimmungen dieser Schulordnung abzuweichen.

Abschnitt 2

Schulleiterin und Schulleiter (vgl. Art. 57, 84 und 85 BayEUG)

§ 4

Schulleiterin und Schulleiter

(1) Die Schulleiterin oder der Schulleiter trägt die pädagogische, organisatorische und rechtliche Gesamtverantwortung, übt das Hausrecht in der Schulanlage aus und erlässt unter Mitwirkung der Personalvertretung, des Schulforums und des Aufwandsträgers eine Hausordnung.

(2) Die Schulleiterin oder der Schulleiter entscheidet unbeschadet § 5 Abs. 2 Nr. 3 und § 20 Abs. 4 über Durchführung und Verbindlichkeit von Schulveranstaltungen und entscheidet auch über Sammelbestellungen, die Verbreitung von Druckschriften und Plakaten sowie im Einvernehmen mit dem Aufwandsträger über die Zulässigkeit von Bild-, Film-, Fernseh- und Tonaufnahmen in der Schule.

(3) ¹Schulinterne Erhebungen sind von der Schulleiterin oder vom Schulleiter zu genehmigen, andere Erhebungen vom Staatsministerium. ²Keiner Genehmigung bedürfen Erhebungen der Schulaufsichtsbehörden, des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung und des jeweiligen Aufwands-trägers im Rahmen seiner Aufgaben. ³Genehmigungsbedürftige Erhebungen, die sich an die Erziehungsberechtigten richten, bedürfen des Einvernehmens des Elternbeirats, es sei denn, die Erziehungsberechtigten sind zur Angabe der Daten verpflichtet. ⁴Art. 85 BayEUG bleibt unberührt.

Abschnitt 3

Lehrkräfte

(vgl. Art. 51, 53, 58 und 59 BayEUG)

§ 5

Lehrkräfte, Aufgaben der Lehrerkonferenz

(1) ¹Die Lehrkräfte tragen im Rahmen der Rechtsordnung und ihrer dienstlichen Pflichten die unmittelbare pädagogische Verantwortung für die Erziehung und den Unterricht der Schülerinnen und Schüler. ²Sie tragen mit an der Verantwortung für die Schule.

(2) Die Lehrerkonferenz beschließt im Rahmen ihrer Aufgaben nach Art. 58 Abs. 3 und 4 BayEUG auch über

1. Widersprüche gegen Verwaltungsakte der Schule,
2. Beschwerden von grundsätzlicher Bedeutung gegen allgemeine Unterrichts- und Erziehungsmaßnahmen der Schule mit Ausnahme von Aufsichtsbeschwerden gegen die Schule und von Dienstaufsichtsbeschwerden,
3. Veranstaltungen, die die gesamte Schule betreffen.

§ 6

Sitzungen

(1) ¹Die Sitzungen der Lehrerkonferenz sind nicht öffentlich. ²Sie sind außerhalb der regelmäßigen Unterrichtszeit durchzuführen.

(2) ¹Die Schulleiterin oder der Schulleiter soll Dritte zur Beratung einzelner Tagesordnungspunkte in der Lehrerkonferenz hinzuziehen, soweit dies angezeigt ist. ²In Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Elternbeirats fallen, ist der Elternbeirat anzuhören. ³Art. 62 Abs. 5 Satz 3 Halbsatz 2 BayEUG bleibt unberührt.

(3) ¹Über jede Sitzung ist eine Niederschrift zu erstellen. ²Die Mitglieder der Lehrerkonferenz sowie die nach Abs. 2 Hinzugezogenen haben das Recht, die Niederschrift einzusehen. ³Die Niederschrift ist acht Jahre aufzubewahren.

§ 7

Einberufung

(1) ¹Die Schulleiterin oder der Schulleiter beruft die

Lehrerkonferenz bei Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Schuljahr, ein. ²Die Lehrerkonferenz muss innerhalb von vierzehn Tagen einberufen werden, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder oder die Schulaufsichtsbehörde unter Angabe der zu beratenden Gegenstände dies verlangt.

(2) ¹Die Schulleiterin oder der Schulleiter hat Ort, Zeit und Tagesordnung der Sitzung den Mitgliedern mindestens eine Woche vor Beginn schriftlich oder durch Aushang in der an der Schule üblichen Weise bekannt zu geben. ²In dringenden Fällen ist die Schulleiterin oder der Schulleiter an die Frist nicht gebunden.

§ 8

Beschlussfassung

(1) ¹Die Lehrerkonferenz ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. ²Wird die Lehrerkonferenz zum zweiten Mal zur Behandlung desselben Gegenstands zusammengerufen, so ist sie insoweit ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. ³Art. 87 Abs. 1 Satz 2 und Art. 88 Abs. 1 Satz 3 BayEUG bleiben unberührt.

(2) ¹Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der Lehrerkonferenz, es sei denn, es besteht die Besorgnis der Befangenheit nach Art. 21 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes. ²Die anwesenden stimmberechtigten Lehrkräfte sind bei Abstimmungen zur Stimmabgabe verpflichtet. ³Dies gilt nicht für nach Art. 86 Abs. 9 BayEUG eingeschaltete Lehrkräfte.

(3) ¹Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst; Art. 87 Abs. 1 Satz 1 und Art. 88 Abs. 1 Satz 2 BayEUG bleiben unberührt. ²Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.

(4) Die Aufgaben der Schulaufsichtsbehörde gemäß Art. 58 Abs. 5 BayEUG nehmen die Ministerialbeauftragten wahr.

§ 9

Klassenkonferenz, Lehr- und Lernmittelausschuss, Disziplinausschuss

(1) Die Klassenkonferenz hat neben den Aufgaben nach Art. 53 Abs. 4 Satz 1 BayEUG auch über die pädagogische Situation der Klasse und einzelner Schülerinnen und Schüler sowie über größere Veranstaltungen und Projekte der jeweiligen Klasse zu beraten.

(2) ¹Dem Lehr- und Lernmittelausschuss (vgl. Art. 58 Abs. 1 Satz 3 BayEUG) gehören für jedes an der Schule erteilte Fach die Fachbetreuerin oder der Fachbetreuer oder eine von der Lehrerkonferenz gewählte Lehrkraft an; die Schulleiterin oder der Schulleiter hat den Vorsitz. ²Dem Disziplinausschuss (vgl. Art. 58 Abs. 1 Satz 3 BayEUG) gehören die Schulleiterin oder der Schulleiter als Vorsitzende oder als Vorsitzender, die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter und sieben weitere Mitglieder an; diese sowie eine ausreichende Zahl von Ersatzmitgliedern werden von der Lehrerkonferenz gewählt.

(3) ¹Für das Verfahren gelten die Bestimmungen für die Lehrerkonferenz entsprechend. ²Der Disziplinarausschuss berät und entscheidet stets mit der vollen Zahl seiner Mitglieder.

Abschnitt 4

Schülerinnen und Schüler (vgl. Art. 62 und 63 BayEUG)

§ 10

Schülermitverantwortung, Verbindungslehrkräfte

(1) ¹Veranstaltungen im Rahmen der Schülermitverantwortung unterliegen der Aufsicht der Schule. ²Die Durchführung einer Veranstaltung und die Bildung von Arbeitsgruppen sind unter Angabe des Zwecks, der Beteiligten und der Leitung der Schulleiterin oder dem Schulleiter rechtzeitig anzuzeigen.

(2) ¹Die Verbreitung schriftlicher Mitteilungen im Rahmen der Schülermitverantwortung an die Schülerinnen und Schüler ist nur dem Schülerausschuss gestattet. ²Sie bedarf der Genehmigung der Schulleiterin oder des Schulleiters.

(3) Ein Mitglied der Schülervertretung scheidet bei Verlust der Wählbarkeitsvoraussetzungen, bei schriftlichem Verlangen seiner Erziehungsberechtigten oder bei Rücktritt aus seinem Amt aus.

(4) Über das Verfahren der Wahl der Verbindungslehrkräfte entscheidet der Schülerausschuss im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter.

§ 11

Klassensprecherinnen und Klassensprecher

¹Die Klassensprecherinnen und Klassensprecher und ihre jeweiligen Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden innerhalb von vier Wochen nach Unterrichtsbeginn gewählt. ²Scheidet eine Klassensprecherin oder ein Klassensprecher aus dem Amt aus, so findet für den Rest des Schuljahres eine Neuwahl statt; Entsprechendes gilt, wenn eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter aus dem Amt ausscheidet. ³Über das Wahlverfahren entscheidet der Schülerausschuss im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter.

§ 12

Schülersprecherinnen und Schülersprecher, Schülerausschuss

(1) ¹Die Schülersprecherinnen und Schülersprecher werden innerhalb von zwei Wochen nach der Wahl der Klassensprecherinnen und Klassensprecher jeweils für ein Schuljahr gewählt. ²Scheidet eine Schülersprecherin oder ein Schülersprecher aus dem Amt aus, so findet für den Rest des Schuljahres eine Neuwahl statt. ³Über das Wahlverfahren entscheidet der Schülerausschuss im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter.

(2) Wünsche und Anregungen des Schülerausschusses an die Ministerialbeauftragte oder den Ministerialbeauftragten sind über die Schulleiterin oder den Schulleiter weiterzuleiten.

§ 13

Überschulische Zusammenarbeit

Die Schülersprecherinnen und Schülersprecher und Verbindungslehrkräfte eines Aufsichtsbezirks treten in der Regel einmal im Jahr unter der Gesamtleitung der oder des Ministerialbeauftragten zum Erfahrungsaustausch und zur Erörterung von Wünschen und Anregungen zusammen.

§ 14

Finanzierung und finanzielle Abwicklung von Veranstaltungen der Schülermitverantwortung

(1) ¹Die notwendigen Kosten der Schülermitverantwortung trägt der Aufwandsträger im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. ²Aufwendungen der Schülermitverantwortung können ferner durch Zuwendungen Dritter oder durch Einnahmen aus Veranstaltungen finanziert werden.

(2) Finanzielle Zuwendungen an die Schule für Zwecke der Schülermitverantwortung dürfen nur entgegengenommen werden, wenn sie nicht mit Bedingungen verknüpft sind, die der Aufgabe der Schülermitverantwortung widersprechen.

(3) ¹Über die aus Zuwendungen Dritter sowie die aus Veranstaltungen zur Verfügung stehenden Einnahmen und deren Verwendung ist ein Nachweis zu führen. ²Die Verwaltung der Gelder einschließlich der Kontenführung und die Führung des Nachweises obliegen dem Schülerausschuss gemeinsam mit einer von der Schulleiterin oder dem Schulleiter bestellten Lehrkraft; eine Überprüfung erfolgt in regelmäßigen Abständen durch ein Mitglied der Schulleitung und ein Mitglied der Klassensprecherversammlung.

§ 15

Schülerzeitung (vgl. Art. 63 BayEUG)

Die oder der Ministerialbeauftragte kann einmal im Schuljahr eine Aussprachetagung für den Erfahrungsaustausch bei der Herausgabe einer Schülerzeitung durchführen, zu der die Arbeitsgruppe Schülerzeitung ein Mitglied entsendet.

§ 16

Ordnungsmaßnahmen und sonstige Erziehungsmaßnahmen (vgl. Art. 86 bis 88a BayEUG)

(1) Ordnungsmaßnahmen, sonstige Erziehungsmaßnahmen und Maßnahmen des Hausrechts sind nebeneinander zulässig.

(2) ¹Nach einem Schulwechsel kann eine früher besuchte öffentliche Schule die Feststellung treffen,

dass im Fall des Verbleibens der Schülerin oder des Schülers an der Schule die Entlassung angedroht oder die Schülerin oder der Schüler entlassen worden wäre. ²Ist bei einem Schulwechsel gegen eine Schülerin oder einen Schüler bereits eine Untersuchung anhängig, so führt die abgebende Schule diese zu Ende und entscheidet, ob eine der in Satz 1 genannten Feststellungen getroffen worden wäre. ³Die Feststellung, dass die Entlassung angedroht worden wäre, steht einer Androhung der Entlassung gleich; die Feststellung, dass die Schülerin oder der Schüler entlassen worden wäre, steht einer Entlassung gleich. ⁴Für das Verfahren gelten die für die Androhung der Entlassung bzw. für die Entlassung geltenden Vorschriften.

(3) Ordnungsmaßnahmen und Nacharbeiten werden den Erziehungsberechtigten vor Vollzug schriftlich unter Angabe des zugrunde liegenden Sachverhalts mitgeteilt, im Fall des Art. 87 Abs. 1 Satz 6 BayEUG erst nach der Entscheidung der oder des Ministerialbeauftragten.

(4) Die oder der Ministerialbeauftragte ist berechtigt, Ordnungsmaßnahmen der Schule aufzuheben, abzuändern oder eine neue Entscheidung zu verlangen.

§ 17

Entlassung

(1) ¹Die Untersuchung ist von der Schulleiterin oder vom Schulleiter oder einem beauftragten Mitglied der Lehrerkonferenz oder des Disziplinarausschusses zu führen. ²Der Schülerin oder dem Schüler ist nach Aufnahme der Untersuchung ausreichend Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

(2) ¹Das vorläufige Ergebnis der Untersuchung wird den Erziehungsberechtigten durch Einschreiben mitgeteilt. ²Die Erziehungsberechtigten sind gleichzeitig unter angemessener Fristsetzung auf die Möglichkeit zur Stellungnahme und auf ihre Rechte nach Art. 86 Abs. 9 und Art. 87 Abs. 1 Satz 3 BayEUG hinzuweisen. ³Das Ergebnis der Untersuchung wird unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Erziehungsberechtigten schriftlich niedergelegt. ⁴Ist die Mitwirkung des Elternbeirats beantragt, erhält der Vorsitzende des Elternbeirats einen Abdruck des Untersuchungsberichts zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist.

(3) § 42 Abs. 3 gilt entsprechend.

Abschnitt 5

Eltern

(vgl. Art. 64 bis 68, 74 und 76 BayEUG)

§ 18

Zusammenarbeit der Schule mit den Eltern

(1) ¹Der Zusammenarbeit der Schule mit den Erziehungsberechtigten dienen insbesondere Elternsprechstunden, Elternsprechtage, Klassenelternversammlungen und Elternversammlungen. ²Die Durchführung von allgemeinen Veranstaltungen, die die Zusammenarbeit von Schule und Erziehungsberech-

tigten betreffen, bedarf des Einvernehmens des Elternbeirats.

(2) Die mit mindestens der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit beschäftigten Lehrkräfte halten wöchentlich eine Elternsprechstunde außerhalb ihrer Unterrichtszeit ab, die übrigen Lehrkräfte jeweils nach Vereinbarung.

(3) ¹In jedem Schulhalbjahr wird ein Elternsprechtag abgehalten, an dem alle Lehrkräfte den Erziehungsberechtigten zur Verfügung stehen. ²In jedem Schuljahr sind in den ersten zwei Monaten nach Unterrichtsbeginn Klassenelternversammlungen einzuberufen; eine weitere Versammlung ist einzuberufen, wenn dies ein Viertel der Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler einer Klasse beantragt. ³Elternsprechtage und Elternversammlungen sind außerhalb der regelmäßigen Unterrichtszeit so anzusetzen, dass berufstätigen Erziehungsberechtigten der Besuch in der Regel möglich ist.

§ 19

Amtszeit des Elternbeirats und Mitgliedschaft

(1) ¹Die Amtszeit des Elternbeirats beträgt zwei Jahre. ²Sie beginnt am Ersten des Monats, der auf die Wahl folgt. ³Zur gleichen Zeit endet die Amtszeit des bisherigen Elternbeirats.

(2) Die Tätigkeit im Elternbeirat ist ehrenamtlich.

(3) ¹Die Mitgliedschaft endet mit dem Ablauf der Amtszeit, dem Ausscheiden des Kindes aus der Schule, der Niederlegung des Ehrenamtes oder dem Verlust der Wählbarkeit. ²An die Stelle ausgeschiedener Mitglieder rücken für die restliche Dauer der Amtszeit die Ersatzleute in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahlen nach.

(4) ¹Eheleute können nicht gleichzeitig demselben Elternbeirat angehören. ²Das Gleiche gilt für Erziehungsberechtigte und eine von ihnen ermächtigte Person im Sinn des Art. 68 Satz 2 BayEUG.

§ 20

Geschäftsgang

(1) Der Elternbeirat wählt in der ersten Sitzung aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter.

(2) Die Sitzungen des Elternbeirats sind nicht öffentlich.

(3) ¹Der Elternbeirat kann die Anwesenheit der Schulleiterin oder des Schulleiters sowie einer Vertreterin oder eines Vertreters des Aufwandsträgers verlangen. ²Er kann zur Beratung einzelner Angelegenheiten weitere Personen einladen. ³Die Schulleiterin oder der Schulleiter und eine Vertreterin oder ein Vertreter des Aufwandsträgers müssen vom Elternbeirat zu den von ihnen genannten Angelegenheiten in der Sitzung gehört werden.

(4) ¹Die Zustimmung des Elternbeirats ist außer in den Fällen des Art. 65 Abs. 1 Satz 3 Nrn. 6, 7 und 13

BayEUG erforderlich für die Durchführung von Schullandheimaufenthalten, Studienfahrten, Schulschikursen sowie von Fahrten im Rahmen des internationalen Schüleraustausches. ²Zudem bedürfen Grundsätze zur Durchführung von Veranstaltungen der ganzen Schule, zur Festlegung von Unterrichtszeiten oder zur Durchführung von Veranstaltungen in der unterrichtsfreien Zeit des Einvernehmens des Elternbeirats; § 5 Abs. 2 Nr. 3 und § 44 Abs. 2 bleiben unberührt.

(5) ¹Die Mitglieder des Elternbeirats haben auch nach Beendigung der Mitgliedschaft über die ihnen bei ihrer Tätigkeit als Elternbeirat bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. ²Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Natur nach keiner Geheimhaltung bedürfen.

§ 21

Wahl des Elternbeirats

(1) Die Wahlen zum Elternbeirat sollen spätestens sechs Wochen nach Unterrichtsbeginn des Schuljahres durchgeführt werden.

(2) ¹Wahlberechtigt sind alle Erziehungsberechtigten, die wenigstens ein Kind haben, das die betreffende Schule besucht, die Eltern volljähriger Schülerinnen und Schüler sowie ermächtigte Personen im Sinn des Art. 68 Satz 2 BayEUG, ferner die in Art. 66 Abs. 3 Satz 3 BayEUG genannte Leitung eines Schülerheims oder einer ähnlichen Einrichtung. ²Wählbar sind die Wahlberechtigten mit Ausnahme der an der betreffenden Schule tätigen Lehrkräfte.

(3) ¹Über Ort, Zeit und Verfahren der Wahl entscheidet der Elternbeirat im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter; besteht an der Schule kein Elternbeirat, entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter allein. ²Das Wahlverfahren regelt der Elternbeirat im Einvernehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter in einer Wahlordnung, die den allgemeinen demokratischen Grundsätzen entsprechen muss.

(4) Der Wahlvorstand erstellt eine Niederschrift über die Wahlversammlung, die zu den Schulakten genommen wird.

§ 22

Klassenelternsprecherinnen und Klassenelternsprecher

Über das Verfahren der Wahl, die Amtszeit und die Aufgaben der Klassenelternsprecherinnen und Klassenelternsprecher (Art. 64 Abs. 2 Satz 1 BayEUG) entscheidet der Elternbeirat.

Abschnitt 6

Schulforum (vgl. Art. 69 BayEUG)

§ 23

Schulforum

(1) ¹Die Sitzungen des Schulforums sind nicht

öffentlich. ²Sie sind außerhalb der regelmäßigen Unterrichtszeit durchzuführen. ³Für die Pflicht zur Verschwiegenheit gilt § 20 Abs. 5 entsprechend. ⁴Das Schulforum kann zur Behandlung einzelner Tagesordnungspunkte Dritte hinzuziehen. ⁵Die Mitglieder haben ein Vorschlagsrecht für die Tagesordnung.

(2) ¹Das Schulforum ist über Art. 69 Abs. 6 BayEUG hinaus auf Verlangen von mindestens vier Mitgliedern einzuberufen. ²Es ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. ³Die Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst. ⁴Über jede Sitzung ist eine Niederschrift zu erstellen.

(3) ¹Die Lehrerkonferenz bestimmt die Amtsdauer der in das Schulforum gewählten Lehrkräfte. ²Elternbeirat, Lehrerkonferenz und Klassensprecherversammlung können für den Fall der Verhinderung eine Regelung zur Vertretung der von ihnen gewählten Mitglieder des Schulforums bzw. der Mitglieder des Schülersausschusses treffen.

Abschnitt 7

Finanzielle Abwicklung schulischer Veranstaltungen, Sammlungen und Spenden

§ 24

Finanzielle Abwicklung sonstiger schulischer Veranstaltungen

¹Fallen für die Durchführung von Schülerwanderungen, Schullandheimaufenthalten, Schul- und Studienfahrten, Fachexkursionen, Schulschikursen sowie von ähnlichen Veranstaltungen der Schule Kosten an, so können die von den Erziehungsberechtigten zu entrichtenden Beiträge auf ein Konto der Schule eingezahlt werden; in besonderen Fällen kann eine Zahlung an die Schule auch in bar erfolgen; die Schule hat den Erziehungsberechtigten auf Wunsch des Elternbeirats über die Verwendung ihrer Kostenbeiträge zu berichten. ²Haushaltsmittel dürfen über dieses Sonderkonto nicht abgewickelt werden. ³Die Verwaltung des Kontos oder der Barbeiträge obliegt der Schulleiterin oder dem Schulleiter oder den von ihr bzw. ihm damit beauftragten Bediensteten. ⁴Im Schuljahr findet mindestens eine Kassenprüfung durch einen Kassenprüfungsausschuss statt, dessen drei Mitglieder aus der Mitte der Lehrerkonferenz gewählt werden.

§ 25

Sammlungen und Spenden

(1) ¹In der Schule sind Sammlungen für außerschulische Zwecke und die Aufforderung an die Schülerinnen und Schüler, sich an Sammlungen in der Öffentlichkeit zu beteiligen, unzulässig. ²Ausnahmen kann die Schulleiterin oder der Schulleiter im Einvernehmen mit dem Schulforum genehmigen. ³Unterrichtszeit darf für Sammlungstätigkeiten nicht verwendet werden.

(2) Spenden der Erziehungsberechtigten für schulische Zwecke dürfen von der Schulleiterin oder dem

Schulleiter und von Lehrkräften nicht angeregt werden.

(3) ¹Wird die Schule bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch erhebliche Zuwendungen Dritter unterstützt oder die Herstellung oder Anschaffung für Erziehung und Unterricht förderlicher Gegenstände ermöglicht, so kann auf Antrag des Dritten hierauf in geeigneter Weise hingewiesen werden. ²Unzulässig ist eine über die Nennung der zuwendenden Person oder Einrichtung, der Art und des Umfangs der Zuwendung hinausgehende Produktwerbung. ³Die Entscheidung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter nach Anhörung des Schulforums.

Teil 3

Aufnahme und Schulwechsel (vgl. Art. 44 BayEUG)

Abschnitt 1

Aufnahme in die unterste Jahrgangsstufe

§ 26

Voraussetzungen und Zeitpunkt

(1) Die Schülerinnen und Schüler werden von einem Erziehungsberechtigten angemeldet.

(2) Die Aufnahme setzt voraus, dass die Schülerin oder der Schüler

1. für den Bildungsweg der Realschule geeignet ist,
2. mindestens den Besuch der Jahrgangsstufe 4 der Volksschule (vorbehaltlich Abs. 3 Nr. 3) nachweisen kann,
3. das 12. Lebensjahr

vor Beginn des Schuljahres 2010/11 am 30. Juni,

vor Beginn des Schuljahres 2011/12 am 31. Juli,

im Schuljahr 2012/13 am 31. August,

im Schuljahr 2013/14 am 30. September,

im Schuljahr 2014/15 am 31. Oktober,

im Schuljahr 2015/16 am 30. November,

im Schuljahr 2016/17 am 31. Dezember

noch nicht vollendet hat; über Ausnahmen in besonderen Fällen entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter.

(3) Für den Bildungsweg der Realschule sind geeignet

1. Schülerinnen und Schüler einer öffentlichen oder staatlich anerkannten Volksschule, wenn sie im Übertrittszeugnis dieser Schule als geeignet für den

Bildungsweg der Realschule oder des Gymnasiums bezeichnet sind,

2. Schülerinnen und Schüler, die mit Erfolg am Probeunterricht teilgenommen haben,
3. Schülerinnen und Schüler einer öffentlichen oder staatlich anerkannten Grundschule, denen zum Halbjahr oder zum Ende der Jahrgangsstufe 3 das Überspringen der Jahrgangsstufe 4 gestattet worden ist,
4. Schülerinnen und Schüler eines öffentlichen oder staatlich anerkannten Gymnasiums, wenn sie nicht dem Wiederholungsverbot nach Art. 53 Abs. 3 BayEUG unterliegen.

(4) Es werden auch Schülerinnen und Schüler aufgenommen, die im Übertrittszeugnis der Jahrgangsstufe 4 der Volksschule als bedingt geeignet bezeichnet sind, wenn sie

1. in einem der Fächer Deutsch und Mathematik mindestens die Note 2 und in dem anderen mindestens die Note 3 erreicht und die Erziehungsberechtigten an einer Beratung an der Realschule teilgenommen haben, die auch im Rahmen von Informationsveranstaltungen erfolgen kann,
2. in den Fächern Deutsch und Mathematik schlechtere als die nach Nr. 1 erforderlichen Noten erreicht, ohne Erfolg am Probeunterricht teilgenommen, dabei aber in beiden Fächern die Note 4 erreicht und die Erziehungsberechtigten an einer individuellen Beratung an der Realschule teilgenommen haben; dies gilt auch für Schülerinnen und Schüler, die am Probeunterricht des Gymnasiums teilgenommen und dabei in beiden Fächern die Note 4 erreicht haben,
3. am Probeunterricht des Gymnasiums teilgenommen, dabei in einem der beiden Fächer die Note 5 oder die Note 6 erreicht und mit Erfolg am Nachholtermin des Probeunterrichts an der Realschule teilgenommen haben.

(5) Das Übertrittszeugnis, der mit Erfolg besuchte Probeunterricht, die Entscheidung über das Überspringen und das Zeugnis des Gymnasiums gelten nur für den Übertritt an die Realschule im folgenden Schuljahr.

(6) An öffentlichen Heimschulen kann die Aufnahme von Externen auf Schülerinnen und Schüler beschränkt werden, die ihren Wohnsitz im Sinn des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Einzugsbereich der Schule haben.

(7) ¹Sind mehr Bewerberinnen und Bewerber vorhanden als im Hinblick auf die räumlichen und personellen Verhältnisse der Schule aufgenommen werden können, so bemühen sich die Leiterinnen oder Leiter der staatlichen und nicht staatlichen Schulen um einen örtlichen Ausgleich. ²Gelingt dieser nicht, so entscheidet die oder der Ministerialbeauftragte mit Wirkung für die öffentlichen Schulen.

(8) Die Aufnahme erfolgt zu Beginn des Schuljahres, sonst nur aus wichtigem Grund.

§ 27

Probeunterricht und Entscheidung über die Aufnahme

(1) ¹Für Schülerinnen und Schüler, bei denen die Voraussetzungen nach § 26 Abs. 3 Nrn. 1, 3, 4 und Abs. 4 Nr. 1 nicht gegeben sind, führt die Realschule einen Probeunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik durch. ²In begründeten Ausnahmefällen, z.B. bei ärztlich nachgewiesener Erkrankung sowie im Fall des § 26 Abs. 4 Nr. 3, können Schülerinnen und Schüler am Nachholtermin des Probeunterrichts in den letzten Tagen der Sommerferien teilnehmen.

(2) ¹Der Probeunterricht dauert grundsätzlich drei Tage. ²Er kann im Fall des Abs. 1 Satz 2 gekürzt werden, wenn es die Zahl der Schülerinnen und Schüler zulässt. ³Der Probeunterricht kann für benachbarte Realschulen gemeinsam durchgeführt werden; die oder der Ministerialbeauftragte kann hierzu Regelungen treffen.

(3) Schülerinnen und Schüler, die am Probeunterricht einer Realschule teilgenommen haben, können diesen im selben Kalenderjahr nicht wiederholen und dann auch nicht an der Aufnahmeprüfung für die Jahrgangsstufe 6 teilnehmen.

(4) Für die Vorbereitung und Durchführung des Probeunterrichts beruft die Schulleiterin als Vorsitzende oder der Schulleiter als Vorsitzender einen Aufnahmecommission ein.

(5) ¹Im Probeunterricht sollen die Schülerinnen und Schüler in kleineren Unterrichtsgruppen zusammengefasst werden. ²Für jede Unterrichtsgruppe sind mindestens zwei Mitglieder des Aufnahmecommissions verantwortlich, die abwechselnd unterrichten und beobachten. ³Dem Probeunterricht werden die Anforderungen der zuletzt besuchten Jahrgangsstufe unter Berücksichtigung der Zielsetzung der Realschule zugrunde gelegt.

(6) ¹Die schriftlichen Aufgaben werden landeseinheitlich gestellt und von je zwei Fachlehrkräften benotet; auch mündliche Leistungen werden benotet. ²Die Arbeiten sind zwei Jahre aufzubewahren.

(7) ¹Die Teilnahme am Probeunterricht ist erfolgreich, wenn in dem einen Fach mindestens die Note 3 und in dem anderen Fach mindestens die Note 4 erreicht wurde. ²Die Erziehungsberechtigten werden darüber informiert, ob die Schülerin oder der Schüler in die Realschule aufgenommen werden kann oder ob für die Aufnahme noch eine Beratung nach § 26 Abs. 4 Nr. 2 erforderlich ist. ³Die erfolglose Teilnahme am Probeunterricht wird auf dem Übertrittszeugnis vermerkt. ⁴Werden die Schülerinnen und Schüler nicht aufgenommen, erhalten die Erziehungsberechtigten das Übertrittszeugnis zurück.

§ 28

Rückkehr an die Hauptschule

¹Schülerinnen und Schüler, die während des Schuljahres an die Hauptschule wechseln, gelten bei erneutem Eintritt in die Realschule nur dann als Wiederholungsschülerinnen und -schüler, wenn der Wechsel nach dem Ende des ersten Halbjahres erfolgt. ²§ 26 Abs. 2 Nr. 3 und § 56 Abs. 3 bleiben unberührt.

Abschnitt 2

Aufnahme in eine höhere Jahrgangsstufe

§ 29

Voraussetzungen

(1) ¹Die Aufnahme in eine höhere Jahrgangsstufe setzt das Bestehen einer Aufnahmeprüfung und einer Probezeit voraus. ²§ 26 Abs. 2 Nr. 3 sowie Abs. 5 bis 8 gelten entsprechend.

(2) ¹Die Aufnahmeprüfung entfällt bei der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern öffentlicher oder staatlich anerkannter Gymnasien, Wirtschaftsschulen und Mittlerer-Reife-Klassen der Hauptschulen, wenn

1. diesen die Erlaubnis zum Vorrücken oder zum Vorrücken auf Probe in die nächsthöhere Jahrgangsstufe erteilt wurde oder
2. deren Jahreszeugnis in Vorrückungsfächern, die auch in der entsprechenden Jahrgangsstufe der Realschule unterrichtet werden, nicht mehr als einmal die Note 5 aufweist.

²Dies gilt nur in dem auf die Erteilung des Jahreszeugnisses folgenden Schuljahr.

(3) ¹Die Aufnahmeprüfung entfällt auch bei der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern öffentlicher oder staatlich anerkannter Hauptschulen in die Jahrgangsstufen 6 bis 9, wenn deren Jahreszeugnis der Hauptschule in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik eine Durchschnittsnote von mindestens 2,00 aufweist und die Erziehungsberechtigten an einem Beratungsgespräch an der Realschule teilnehmen. ²Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Schülerinnen und Schüler der Realschule, der Wirtschaftsschule sowie der Mittlere-Reife-Klassen der Hauptschule, denen die Erlaubnis zum Vorrücken in die nächsthöhere Jahrgangsstufe versagt wurde, dürfen im folgenden Schuljahr nicht zu einer Aufnahmeprüfung für diese Jahrgangsstufe einer Realschule zugelassen werden.

§ 30

Aufnahmeprüfung

(1) ¹Die Aufnahmeprüfung wird schriftlich und gegebenenfalls mündlich durchgeführt. ²Schriftliche Arbeiten sind zu fertigen in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik. ³Die Aufnahmeprüfung erstreckt sich in der Regel auf alle Vorrückungsfächer der vorhergehenden Jahrgangsstufe der Realschule. ⁴Sie entfällt in Fächern, in denen die Bewerberin oder der Bewerber an der bisher besuchten Schule keinen Pflichtunterricht hatte, sowie in Fächern, in denen im Jahreszeugnis des Gymnasiums, der Wirtschaftsschule sowie der Mittlere-Reife-Klassen der Hauptschule mindestens die Note 4 oder im Jahreszeugnis der Hauptschule mindestens die Note 2 nachgewiesen wird.

(2) ¹Die Entscheidung über das Bestehen der Aufnahmeprüfung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter. ²Eine nicht bestandene Aufnahmeprüfung kann

bei entsprechendem Ergebnis als bestandene Aufnahmeprüfung für eine niedrigere Jahrgangsstufe gewertet werden.

§ 31

Nachholfrist, Probezeit

(1) ¹In den Pflicht- und Wahlpflichtfächern, in denen die Schülerin oder der Schüler in der bisherigen Schule nicht unterrichtet wurde oder die an der Realschule ein höheres Lehrziel haben, muss die Schülerin oder der Schüler innerhalb einer von der Schulleiterin oder vom Schulleiter festzusetzenden Frist, die nicht mehr als ein Schuljahr betragen darf, eine Prüfung ablegen. ²In dieser Prüfung, die auch in der Teilnahme an schriftlichen Leistungsfeststellungen bestehen kann, ist nachzuweisen, dass die Schülerin oder der Schüler im Unterricht erfolgreich mitarbeiten kann. ³Bis dahin kann die Schülerin oder der Schüler von den Leistungsnachweisen in diesen Fächern durch die Schulleiterin oder den Schulleiter befreit werden.

(2) ¹In der Probezeit wird festgestellt, ob die Schülerin oder der Schüler den Anforderungen der Realschule gewachsen ist. ²Über das Bestehen der Probezeit entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter auf der Grundlage einer Empfehlung der Klassenkonferenz.

(3) ¹Beim Übertritt von einem öffentlichen oder staatlich anerkannten Gymnasium entfällt die Probezeit, wenn die Schülerin oder der Schüler am Gymnasium die Vorrückungserlaubnis für die nächsthöhere Jahrgangsstufe erhalten hat. ²Dies gilt nicht für Schülerinnen oder Schüler, die auf Probe vorgerückt sind. ³§ 29 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) ¹Die Probezeit dauert in der Regel bis zum Termin des Zwischenzeugnisses. ²In den Fällen des Abs. 1 endet sie mit Ablauf der festgesetzten Frist. ³Die Probezeit kann aus besonderen Gründen längstens bis zum Ende des Schuljahres verlängert werden. ⁴Schülerinnen und Schüler, deren Probezeit bis zum Ende des Schuljahres verlängert wurde, unterliegen den Vorrückungsbestimmungen.

(5) Schülerinnen und Schüler, die die Probezeit nicht bestanden haben, können bei ausreichendem Leistungsstand in die vorhergehende Jahrgangsstufe zurückverwiesen werden; sie gelten dort nicht als Wiederholungsschülerinnen und -schüler.

Abschnitt 3

Gastschülerinnen und Gastschüler

§ 32

Gastschülerinnen und Gastschüler

¹Schülerinnen und Schülern, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt längere Zeit im Ausland hatten, dort keine anerkannte deutsche Auslandsschule besucht haben und sich dem Aufnahmeverfahren zunächst nicht unterziehen wollen, kann die Schulleiterin oder der Schulleiter in stets widerruflicher Weise den Besuch des Unterrichts in einzelnen oder allen Fächern

gestatten. ²Unterliegen solche Schülerinnen und Schüler der Schulpflicht, so müssen sie am Unterricht in allen Pflicht- und Wahlpflichtfächern teilnehmen. ³Über den Schulbesuch wird auf Antrag eine Bestätigung ausgestellt. ⁴Ein Zeugnis kann nur erteilt werden, wenn die Schülerin und der Schüler auf Grund des bestandenen Aufnahmeverfahrens die Schule besucht.

Abschnitt 4

Aufnahme in die Abendrealschule (vgl. Art. 10 BayEUG)

§ 33

Voraussetzungen, Probezeit

(1) In die Abendrealschule werden Bewerberinnen und Bewerber aufgenommen, die

1. eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine regelmäßige Berufstätigkeit von insgesamt mindestens zwei Jahren nachweisen,
2. beim Eintritt in die erste Jahrgangsstufe mindestens 17 Jahre alt sind; wenn sie das 45. Lebensjahr vollendet haben, nur in besonderen Fällen,
3. die Hauptschule erfolgreich abgeschlossen oder die Vollzeitschulpflicht durch den Besuch einer anderen Schule erfüllt haben und
4. berufstätig bleiben; die Abschlussklasse dürfen auch Personen besuchen, die nicht mehr berufstätig sind.

(2) ¹Als berufstätig sind in der Regel nur Personen anzusehen, die ihren Lebensunterhalt vorwiegend durch eigene Tätigkeit bestreiten. ²Pflichtwehrdienst und Wehersatzdienst sowie das freiwillige soziale Jahr werden auf die Berufstätigkeit angerechnet. ³Eine durch Bescheinigung der Agentur für Arbeit nachgewiesene Arbeitslosigkeit kann in begründeten Einzelfällen als Berufstätigkeit berücksichtigt werden.

(3) ¹Die Entscheidung über die Aufnahme trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter. ²Für die endgültige Aufnahme ist das Bestehen einer Probezeit, die längstens bis zum Termin des Zwischenzeugnisses dauert, Voraussetzung. ³Für das Bestehen der Probezeit gelten die §§ 29 bis 31 entsprechend.

(4) Bewerberinnen und Bewerber, die sich bereits zweimal einer Prüfung zum Erwerb eines mittleren Schulabschlusses ohne Erfolg unterzogen haben, können grundsätzlich nicht aufgenommen werden; die Schulleiterin oder der Schulleiter kann Ausnahmen bewilligen.

Abschnitt 5

Schulwechsel

§ 34

Übertritt an eine andere Realschule
oder in eine andere Wahlpflichtfächergruppe

(1) Für den Übertritt aus einer staatlich genehmig-

ten an eine öffentliche oder staatlich anerkannte Realschule gelten die §§ 28 bis 30 entsprechend.

(2) Während des Schuljahres ist der Übertritt an eine andere Realschule nur aus wichtigem Grund, insbesondere bei Wohnsitzwechsel, zulässig.

(3) Ist gegen eine Schülerin oder einen Schüler wegen einer Verfehlung eine Untersuchung anhängig, so ist der Übertritt nur zulässig, wenn die bisher besuchte Schule bestätigt, dass ein Antrag nach Art. 88 Abs. 1 Satz 1 BayEUG nicht gestellt wird.

(4) Beim Übertritt in eine andere Wahlpflichtfächergruppe gilt § 31 Abs. 1 entsprechend.

§ 35

Unterlagen

(1) ¹Beim Übertritt an eine andere Schule legt die aufnehmende der bisher besuchten Schule eine Anmeldebestätigung vor. ²Liegt diese bei bestehender Schulpflicht nicht innerhalb einer Unterrichtszeit von zwei Wochen nach der Abmeldung vor, so verständigt die bisher besuchte Schule bei Vorliegen der Vollzeitschulpflicht das zuständige Staatliche Schulamt, bei Vorliegen der Berufsschulpflicht die zuständige oder nächstgelegene Berufsschule.

(2) Die bisher besuchte Schule legt der aufnehmenden Schule sämtliche Unterlagen einschließlich aller im laufenden Schuljahr angefallenen schriftlichen und mündlichen Noten vor.

Teil 4

Schulbetrieb

Abschnitt 1

Einrichtung von Klassen und Fächern (vgl. Art. 49 und 50 BayEUG)

§ 36

Einrichtung von Klassen

¹Der Unterricht wird in Klassen erteilt, deren Bildung sich nach pädagogischen, personellen, räumlichen und organisatorischen Gegebenheiten richtet. ²Die näheren Bestimmungen über die Einrichtung von Klassen an staatlichen Realschulen trifft das Staatsministerium für jedes Schuljahr. ³Für Schülerinnen und Schüler mit nicht deutscher Muttersprache können besondere Klassen gebildet werden, in denen Abweichungen von der Stundentafel zulässig sind.

§ 37

Wahlpflichtfächergruppen (Ausbildungsrichtungen) (vgl. Art. 6 und 8 BayEUG)

(1) Ausbildungsrichtungen im Sinn des Art. 8 Abs. 3 BayEUG sind die Wahlpflichtfächergruppen.

(2) Die Entscheidung, welche Wahlpflichtfächergruppen geführt werden, trifft bei den staatlichen Realschulen die Schulleiterin oder der Schulleiter im Benehmen mit dem Aufwandsträger und der Lehrerkonferenz sowie im Einvernehmen mit dem Elternbeirat.

§ 38

Wahlpflichtfächer, Wahlfächer, Ergänzungsunterricht

(1) ¹An staatlichen Schulen kann Unterricht in einer Wahlpflichtfächergruppe oder in einem Wahlpflichtfach eingerichtet werden, wenn mindestens 14 Schülerinnen und Schüler teilnehmen. ²Eine Wahlpflichtfächergruppe oder ein Wahlpflichtfach wird im Rahmen des schulischen Angebots durch die Erziehungsberechtigten gewählt.

(2) Im Rahmen der Zielsetzung der Realschule und der verfügbaren Lehrerwochenstunden entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter im Benehmen mit dem Elternbeirat über die Einrichtung von Unterricht in Wahlfächern.

(3) ¹Der Besuch eines Wahlfachs darf während des Schuljahres nur mit Genehmigung der Schulleiterin oder des Schulleiters abgebrochen oder begonnen werden. ²Über den Ausschluss vom Besuch eines Wahlfachs entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter.

(4) ¹Für die Jahrgangsstufe 5 und 6 kann an staatlichen Schulen in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik Ergänzungsunterricht eingerichtet werden. ²Schülerinnen und Schüler mit Lese- und Rechtschreibschwäche oder Legastheniker können besonderen Förderunterricht erhalten. ³In den Fällen der Sätze 1 und 2 können Parallelgruppen eingerichtet werden, wenn die Teilnehmer aus verschiedenen Klassen stammen und bei Bildung von nur einer Gruppe die Zahl 10 überschritten würde; die Mindestschülerzahl beträgt fünf.

Abschnitt 2

Schulbesuch (vgl. Art. 56 BayEUG)

§ 39

Teilnahme

(1) ¹Ist eine Schülerin oder ein Schüler aus zwingenden Gründen verhindert, am Unterricht oder an einer sonstigen verbindlichen Schulveranstaltung teilzunehmen, so ist die Schule unverzüglich unter Angabe des Grundes zu verständigen. ²Im Fall fernmündlicher Verständigung ist die schriftliche Mitteilung innerhalb von zwei Tagen nachzureichen.

(2) ¹Bei Erkrankung von mehr als drei Unterrichtstagen kann die Schule die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangen. ²Häufen sich krankheitsbedingte Schulversäumnisse oder bestehen an der Erkrankung Zweifel, kann die Schule die Vorlage eines ärztlichen oder schulärztlichen Zeugnisses verlangen.

³Wird das Zeugnis nicht vorgelegt, so gilt das Fernbleiben als unentschuldigt.

(3) ¹Schülerinnen und Schüler können auf schriftlichen Antrag in begründeten Fällen vom Unterricht in einzelnen Fächern befreit oder vom Schulbesuch beurlaubt werden. ²Den Schülerinnen und Schülern ist ausreichende Gelegenheit zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten und zur Wahrnehmung religiöser Veranstaltungen auch außerhalb der Schule zu geben.

(4) ¹An den Abendrealschulen können Schülerinnen und Schüler, die von ihrer beruflichen Tätigkeit her in einem Fach erhebliche Kenntnisse mitbringen, in diesem Fach in stets widerruflicher Weise von der Teilnahme am Unterricht durch die Schulleiterin oder den Schulleiter befreit werden. ²Sie haben jedoch die vorgeschriebenen Leistungsnachweise zu erbringen und müssen an der Abschlussprüfung in diesen Fächern teilnehmen.

§ 40

Beaufsichtigung der Schülerinnen und Schüler

(1) ¹Die Aufsichtspflicht der Schule erstreckt sich auf die Zeit, in der die Schülerinnen und Schüler am Unterricht oder an sonstigen Schulveranstaltungen teilnehmen, einschließlich einer angemessenen Zeit vor Beginn und nach Beendigung des Unterrichts oder der Schulveranstaltungen. ²Auch in Freistunden sind die Schülerinnen und Schüler zu beaufsichtigen; Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 10 kann gestattet werden, während der Freistunden die Schulanlage zu verlassen. ³Während sonstiger Zeiten, in denen sich Schülerinnen und Schüler in der Schulanlage aufhalten, hat die Schule für eine angemessene Beaufsichtigung zu sorgen.

(2) Der Umfang der Aufsichtspflicht richtet sich nach der geistigen und charakterlichen Reife der zu beaufsichtigenden Schülerinnen und Schüler.

§ 41

Verbot von Rauschmitteln, Sicherstellung von Gegenständen (vgl. Art. 56 BayEUG)

(1) Der Konsum alkoholischer Getränke und sonstiger Rauschmittel ist innerhalb der Schulanlage sowie bei verbindlichen schulischen Veranstaltungen untersagt.

(2) ¹Das Mitbringen und Mitführen von gefährlichen Gegenständen ist den Schülerinnen und Schülern untersagt. ²Die Schule hat solche Gegenstände wegzunehmen und sicherzustellen. ³In gleicher Weise kann die Schule bei sonstigen Gegenständen verfahren, die den Unterricht oder die Ordnung der Schule stören können oder stören. ⁴Über die Rückgabe derartiger Gegenstände entscheidet die Schulleiterin oder der Schulleiter; in den Fällen des Satzes 2 darf die Rückgabe, soweit dieser nicht anderweitige Bestimmungen entgegenstehen, nur an die Erziehungsberechtigten der Schülerin oder des Schülers erfolgen. ⁵Für Mobilfunktelefone und sonstige digitale Speichermedien gilt die spezielle Regelung in Art. 56 Abs. 5 BayEUG.

§ 42

Beendigung des Schulbesuchs

(1) Der Austritt einer Schülerin oder eines Schülers aus der Schule ist schriftlich durch einen Erziehungsberechtigten zu erklären.

(2) ¹Der Austritt lässt das einmal erworbene Recht zum Vorwärtsschreiten unberührt. ²Ein späterer Eintritt in die nächst höhere Jahrgangsstufe ist nur unter entsprechender Beachtung des § 26 Abs. 2 Nr. 3 möglich.

(3) Bei den Schülerinnen und Schülern öffentlicher Heimschulen, die nicht als Externe aufgenommen sind, endet der Schulbesuch unbeschadet des Art. 55 BayEUG mit der Beendigung ihrer Zugehörigkeit zum Heim, es sei denn, die Schulleiterin oder der Schulleiter gestattet die Fortsetzung des Schulverhältnisses.

(4) Die Leitung der zuletzt besuchten Schule hat die Erfüllung der Schulpflicht zu überprüfen und bei Vorliegen der Vollzeitschulpflicht das zuständige Staatliche Schulamt, bei Vorliegen der Berufsschulpflicht die zuständige oder nächstgelegene Berufsschule zu verständigen.

§ 43

Höchstausbildungsdauer

(1) ¹Die Höchstausbildungsdauer beträgt acht Schuljahre. ²Für die Berechnung der Höchstausbildungsdauer zählen alle an öffentlichen oder staatlich anerkannten Realschulen, Wirtschaftsschulen, Hauptschulen (Mittlere-Reife-Klassen) oder Gymnasien verbrachten Schuljahre.

(2) Die Höchstausbildungsdauer gilt auch dann als überschritten, wenn feststeht, dass der Abschluss der Schule nicht mehr innerhalb der Höchstausbildungsdauer erreicht werden kann.

(3) Die oder der Ministerialbeauftragte kann unter den Voraussetzungen des § 2 Abs. 2 Ausnahmen zulassen.

Abschnitt 3

Stunden und Fächer

(vgl. Art. 5, 45 bis 48 BayEUG)

§ 44

Stundenplan, Unterrichtszeit

(1) ¹Der Stundenplan wird von der Schulleiterin oder dem Schulleiter festgesetzt. ²Eine Unterrichtsstunde dauert 45 Minuten.

(2) ¹Die Schulleiterin oder der Schulleiter setzt die Unterrichtszeit im Benehmen mit dem Schulforum und dem Aufgabenträger im Sinn des Art. 1 des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs fest. ²Der Unterricht wird von Montag bis Freitag erteilt.

(3) ¹An der Abendrealschule findet der Unterricht in der Regel am Abend und am Samstag statt. ²In der

letzten Jahrgangsstufe kann an Stelle des Abendunterrichts Tagesunterricht erteilt werden.

(4) ¹Fällt der Unterricht an mehr als fünf aufeinander folgenden Schultagen aus, so ist die versäumte Zeit im gleichen Schuljahr nachzuholen. ²Die oder der Ministerialbeauftragte kann aus besonderen Gründen Abweichungen hiervon zulassen oder anordnen.

§ 45

Studentafeln

(1) ¹Für die Realschulen und Abendrealschulen gelten die Studentafeln nach **Anlagen 2 und 3**. ²Das Staatsministerium kann bei Vorliegen besonderer Umstände Abweichungen von der Studentafel vornehmen. ³Um einzelne Klassen in einem Fach oder in mehreren Fächern besonders zu fördern, kann die Schule zeitlich begrenzt durch Erhöhung der Stundenzahl in diesen Fächern und entsprechende Verringerung in anderen Fächern von der Studentafel abweichen. ⁴Die Entscheidung trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter im Benehmen mit der Lehrerkonferenz und dem Elternbeirat.

(2) ¹Unterricht in einstündigen Fächern kann auch in der Form erteilt werden, dass nur in einem Schulhalbjahr zweistündig unterrichtet wird. ²Findet der Unterricht im ersten Schulhalbjahr statt, so wird die Note des Zwischenzeugnisses in das Jahreszeugnis übernommen. ³Wird der Unterricht nur im zweiten Schulhalbjahr erteilt, so ist in das Zwischenzeugnis folgende Bemerkung aufzunehmen: „Die Leistungen im Fach ... werden erst im Jahreszeugnis beurteilt.“.

(3) Schülerinnen und Schülern, die in die Jahrgangsstufen 8, 9 oder 10 eintreten und an zuvor besuchten Schulen keinen Unterricht in Englisch hatten, kann die oder der hierfür bestimmte Ministerialbeauftragte im Einzelfall zur Vermeidung einer unbilligen Härte genehmigen, dass Englisch durch eine andere Fremdsprache ersetzt wird.

§ 46

Religiöse Erziehung, Religionsunterricht (vgl. Art. 46 BayEUG)

(1) ¹Die Schule unterstützt die Erziehungsberechtigten bei der religiösen Erziehung der Kinder. ²Schulgebet, Schulgottesdienste und Schulandacht sind Möglichkeiten dieser Unterstützung, die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler ist zu ermöglichen und zu fördern. ³Die Mitglieder der Schulgemeinschaft sind verpflichtet, die religiösen Empfindungen aller zu achten.

(2) ¹Die Abmeldung vom Religionsunterricht muss schriftlich und spätestens am letzten Unterrichtstag des Schuljahres mit Wirkung ab dem folgenden Schuljahr erfolgen; eine spätere Abmeldung ist nur aus wichtigem Grund zulässig. ²Für den Religionsunterricht ist eine Mindestteilnehmerzahl von fünf Schülerinnen und Schülern erforderlich.

(3) ¹Auf schriftlichen Antrag der Erziehungsberechtigten lässt die Schulleiterin oder der Schulleiter Schülerinnen und Schüler, die keiner Religions-

gemeinschaft angehören, zur Teilnahme am Religionsunterricht eines Bekenntnisses als Pflichtfach zu, wenn die Religionsgemeinschaft, für deren Bekenntnis der betreffende Religionsunterricht eingerichtet ist, zustimmt und zwingende schulorganisatorische Gründe nicht entgegenstehen. ²Dies gilt entsprechend für Schülerinnen und Schüler, für deren Religionsgemeinschaft Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach für die betreffende Schulart in Bayern an öffentlichen Schulen nicht eingerichtet ist; in diesem Fall ist dem Antrag die Zustimmung dieser Religionsgemeinschaft beizufügen. ³Für den Zeitpunkt des Antrags und für die Abmeldung vom Religionsunterricht gilt Abs. 2 Satz 1 entsprechend.

(4) ¹Treten Schülerinnen und Schüler während des Schuljahres aus dem Religionsunterricht aus, so haben sie binnen angemessener Frist eine Prüfung über den bis zum Zeitpunkt des Austritts im Unterrichtsfach Ethik behandelten Stoff des Schuljahres abzulegen. ²Erfolgt der Austritt während der letzten drei Monate des Schuljahres, so ist die Prüfung spätestens in der ersten Unterrichtswoche des folgenden Schuljahres abzulegen; ihr Ergebnis gilt als Jahresfortgangsnote im Fach Ethik.

§ 47

Ethikunterricht (vgl. Art. 47 BayEUG)

Für den Ethikunterricht gelten § 46 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 4 entsprechend.

Teil 5

Hausaufgaben, Leistungsnachweise, Vorrücken und Wiederholen, Zeugnisse

Abschnitt 1

Hausaufgaben und Leistungsnachweise (vgl. Art. 52 BayEUG)

§ 48

Hausaufgaben

(1) ¹Um den Lehrstoff einzuüben und die Schülerinnen und Schüler zu eigener Tätigkeit anzuregen, werden Hausaufgaben gestellt, die von Schülerinnen und Schülern mit durchschnittlichem Leistungsvermögen in angemessener Zeit erledigt werden können. ²Sonntage, Feiertage und Ferien sind von Hausaufgaben freizuhalten.

(2) Die Schülerinnen und Schüler führen ein Aufgabenheft, in das alle schriftlichen, mündlichen und gegebenenfalls praktischen Aufgaben einzutragen sind.

§ 49

Leistungsnachweise

¹Große Leistungsnachweise sind Schulaufgaben; kleine Leistungsnachweise sind Kurzarbeiten, Ste-

greifaufgaben, fachliche Leistungstests sowie mündliche und praktische Leistungen. ²Sie sind möglichst gleichmäßig über das Schuljahr zu verteilen. ³Über die Leistungen der Schülerinnen und Schüler führen die Lehrkräfte Aufzeichnungen.

§ 50

Große Leistungsnachweise

(1) ¹Schulaufgaben sind in folgender Anzahl anzufertigen:

Vorrückungsfach	Jahrgangsstufe					
	5	6	7	8	9	10
Deutsch	4	4	4	4	3	3
Englisch	4	4	4	4	3	3
Mathematik (Wahlpflichtfächergruppe I)	4	4	4	4	4	3
Mathematik (Wahlpflichtfächergruppen II und III)	4	4	3	3	3	3
Physik (Wahlpflichtfächergruppe I)	–	–	2	2	3	3
Physik (Wahlpflichtfächergruppen II und III)	–	–	–	2	2	2
Betriebswirtschaftslehre/Rechnungswesen (Wahlpflichtfächergruppe II)	–	–	3	3	3	3
Französisch (Wahlpflichtfächergruppe III)	–	–	3	3	3	3
Chemie (Wahlpflichtfächergruppe I)	–	–	–	2	2	2
Chemie (Wahlpflichtfächergruppen II und III)	–	–	–	–	2	2
Kunsterziehung, Werken, Haushalt und Ernährung, Sozialwesen (als Prüfungsfach in Wahlpflichtfächergruppe III)	–	–	3	3	3	3.

²An den Abendrealschulen wird die Anzahl der Schulaufgaben von der Lehrerkonferenz festgesetzt.

(2) ¹In den Fächern Kunsterziehung, Werken sowie Haushalt und Ernährung wird eine Schulaufgabe als praktischer Leistungsnachweis durchgeführt. ²Im Fach Englisch kann in den Jahrgangsstufen 8 und 9 je eine Schulaufgabe durch eine Überprüfung der mündlichen Kommunikationsfähigkeit ersetzt werden. ³Im Fach Französisch kann in Jahrgangsstufe 9 an die Stelle der dritten Schulaufgabe eine Sprachzertifikatsprüfung (z.B. DELF A2 scolaire) oder eine Überprüfung der mündlichen Kommunikationsfähigkeit treten.

(3) ¹Durch Beschluss der Lehrerkonferenz, der zu Beginn des Schuljahres zu fassen ist, kann in den Jahrgangsstufen 5 bis 9 in Fächern mit mehr als zwei Schulaufgaben eine der Schulaufgaben ersetzt werden durch:

1. zwei Kurzarbeiten oder
2. ein bewertetes Projekt (z.B. Dokumentation und Präsentation).

²Wird in den Fächern Englisch oder Französisch in Jahrgangsstufe 9 von Abs. 2 Satz 2 oder 3 Gebrauch gemacht, ist in diesen Fächern der Ersatz einer Schulaufgabe nach Satz 1 nicht möglich. ³Die an die Stelle einer Schulaufgabe tretenden Leistungsnachweise müssen den Anforderungen einer Schulaufgabe gleichwertig sein. ⁴In den Fällen des Satzes 1 Nr. 1 muss die Entscheidung für ein Fach bzw. Wahlpflichtfach für alle Klassen einer Jahrgangsstufe einheitlich getroffen werden. ⁵Die Zahl der Schulaufgaben und der sie gegebenenfalls ersetzenden Leistungsnachweise wird den Erziehungsberechtigten zu Beginn des Schuljahres mitgeteilt.

(4) ¹Schulaufgaben im Fach Deutsch sind zusammenhängende Texte, insbesondere Aufsätze bzw. textgebundene Aufsätze. ²In den Jahrgangsstufen 5 bis 7 kann jeweils eine Aufgabe aus dem Bereich der Rechtschreibung und der Grammatik als eine Schulaufgabe gegeben werden.

(5) ¹Schulaufgaben werden spätestens eine Woche vorher angekündigt. ²An einem Tag darf nicht mehr als eine Schulaufgabe, in einer Woche sollen nicht mehr als zwei Schulaufgaben abgehalten werden.

(6) Die Verwendung von Hilfsmitteln richtet sich nach gesondert erlassenen Bestimmungen.

(7) ¹Auf eine Schulaufgabe sind höchstens 60 Minuten zu verwenden. ²Bei Aufsätzen und praktischen Leistungsnachweisen ist die Arbeitszeit entsprechend der Themenstellung zu steigern. ³In der Jahrgangsstufe 10 können in den Fächern der Abschlussprüfung höchstens zwei Schulaufgaben bis zum Umfang einer Prüfungsaufgabe gehalten werden.

(8) Die Schulleiterin oder der Schulleiter kann nach Rücksprache mit der Lehrkraft und der Fachbetreuerin oder dem Fachbetreuer einen großen Leistungsnachweis für ungültig erklären und die Erhebung eines neuen anordnen, wenn die Anforderungen für die Jahrgangsstufe nicht angemessen waren oder der Lehrstoff nicht genügend vorbereitet war.

§ 51

Kleine Leistungsnachweise

(1) ¹Kurzarbeiten werden spätestens eine Woche

vorher angekündigt. ²Sie erstrecken sich auf den Inhalt von höchstens sechs unmittelbar vorhergegangener Unterrichtsstunden sowie auf Grundkenntnisse. ³Kurzarbeiten müssen sich vom Umfang einer Schulaufgabe deutlich unterscheiden und sollen mit einem Zeitaufwand von höchstens 30 Minuten bearbeitet werden können. ⁴Die Entscheidung, ob Kurzarbeiten geschrieben werden, trifft die Lehrerkonferenz zu Beginn des Schuljahres; § 50 Abs. 3 Satz 5 gilt entsprechend.

(2) ¹Stegreifaufgaben werden nicht angekündigt. ²Sie werden schriftlich bearbeitet und beschränken sich auf den Inhalt der vorhergegangenen Unterrichtsstunde einschließlich der Grundkenntnisse. ³Die Bearbeitungszeit beträgt nicht mehr als 20 Minuten.

(3) ¹Fachliche Leistungstests können nach Maßgabe näherer Bestimmungen des Staatsministeriums durchgeführt werden. ²Sie werden spätestens eine Woche vorher angekündigt. ³An dem Tag, an dem die Klasse einen fachlichen Leistungstest schreibt, werden Schulaufgaben, Kurzarbeiten und Stegreifaufgaben nicht gehalten.

(4) Mündliche Leistungsnachweise sind Rechenschaftsablagen, Referate und Unterrichtsbeiträge.

(5) Praktische Leistungsnachweise sind zu erbringen in den Fächern Sport, Musik, Kunsterziehung, Werken, Textiles Gestalten, Haushalt und Ernährung sowie Informationstechnologie.

(6) ¹Die Zahl der Kurzarbeiten und Stegreifaufgaben sowie der mündlichen und praktischen Leistungsnachweise bestimmt die Lehrkraft des betreffenden Fachs. ²In jedem Schulhalbjahr sind je Fach insgesamt mindestens zwei, in mehr als zweistündigen Fächern mindestens drei Leistungsnachweise nach Satz 1 zu fordern, davon in zwei- und mehrstündigen Vorrückungsfächern mindestens ein Leistungsnachweis im Sinn von Abs. 4. ³Im Fall des § 45 Abs. 2 sind die für das Schuljahr vorgeschriebenen Leistungsnachweise jeweils im Schulhalbjahr zu erbringen.

(7) ¹Für Kurzarbeiten und Stegreifaufgaben gilt § 50 Abs. 6 entsprechend. ²An einem Tag darf nicht mehr als eine Schulaufgabe oder eine Kurzarbeit geschrieben werden. ³An Tagen, an denen die Klasse eine Schulaufgabe oder eine Kurzarbeit schreibt, werden Stegreifaufgaben nicht gegeben. ⁴In einer Woche sollen höchstens drei angekündigte schriftliche Leistungsnachweise gehalten werden, davon höchstens zwei Schulaufgaben.

(8) § 50 Abs. 8 gilt entsprechend.

§ 52

Korrektur, Besprechung, Aufbewahrung und Einsichtnahme

(1) ¹Schriftliche Leistungsnachweise sollen von den Lehrkräften innerhalb zweier Wochen korrigiert, benotet, an die Schülerinnen und Schüler zurückgegeben und mit ihnen besprochen werden. ²Eine Schulaufgabe darf nicht geschrieben werden, bevor die vorausgegangene Schulaufgabe im selben Fach zurückgegeben und besprochen worden ist.

(2) ¹Schulaufgaben und Kurzarbeiten werden den Schülerinnen und Schülern zur Kenntnisnahme durch die Erziehungsberechtigten mit nach Hause gegeben, bei fachlichen Leistungstests und Stegreifaufgaben kann dies geschehen. ²Die Leistungsnachweise sind innerhalb einer Woche unverändert an die Schule zurückzugeben; andernfalls kann die Hinausgabe weiterer Leistungsnachweise unterbleiben.

(3) ¹Schriftliche Leistungsnachweise werden von der Schule für die Dauer von zwei Schuljahren nach Ablauf des Schuljahres aufbewahrt, in dem sie geschrieben worden sind. ²Zeichnungen, Werkstücke und andere praktische Arbeiten können nach der Bewertung an die Schülerinnen und Schüler zurückgegeben werden.

(4) Die Schülerinnen und Schüler und ihre Erziehungsberechtigten können Einsicht in die Leistungsnachweise nehmen, beim Aufnahmeverfahren und bei der Abschlussprüfung erst nach deren Abschluss.

§ 53

Bewertung der Leistungen

(1) Die Bewertung erfolgt mit den Notenstufen gemäß Art. 52 Abs. 2 BayEUG.

(2) ¹Erläuterungen und Schlussbemerkungen können auf Arbeiten angebracht werden. ²Bei Schulaufgaben im Fach Deutsch muss dies geschehen. ³Bei der Bewertung einer schriftlichen Arbeit kann die äußere Form mit berücksichtigt werden. ⁴Bei schriftlichen Arbeiten sind Verstöße gegen die Sprachrichtigkeit und schwerere Ausdrucksmängel zu kennzeichnen, im Fach Deutsch und in den Fremdsprachen sind sie zu bewerten.

(3) ¹Bedient sich eine Schülerin oder ein Schüler bei der Anfertigung einer zu benotenden schriftlichen oder praktischen Arbeit unerlaubter Hilfe (Unterschleif), so wird die Arbeit abgenommen und mit der Note 6 bewertet. ²Bei Versuch kann ebenso verfahren werden. ³Als Versuch gilt auch das Bereithalten nicht zugelassener Hilfsmittel.

(4) Nach Beginn der Leistungserhebung können gesundheitliche Gründe der Schülerin oder des Schülers, denen zufolge der Leistungsnachweis nicht gewertet werden soll, in der Regel nicht mehr anerkannt werden.

(5) Versäumt eine Schülerin oder ein Schüler ohne ausreichende Entschuldigung einen angekündigten Leistungsnachweis oder wird eine Leistung verweigert, so wird die Note 6 erteilt. § 76 Abs. 2 gilt entsprechend.

(7) § 66 Abs. 5 Satz 1 gilt entsprechend; die oder der Ministerialbeauftragte kann Sonderregelungen treffen.

§ 54

Nachholung von Leistungsnachweisen

(1) ¹Versäumen Schülerinnen und Schüler einen angekündigten Leistungsnachweis mit ausreichender

Entschuldigung, so erhalten sie einen Nachtermin.
²Versäumen sie mehrere angekündigte Leistungsnachweise mit ausreichender Entschuldigung, so kann je Fach ein Nachtermin für mehrere Leistungsnachweise angesetzt werden.

(2) ¹Wird auch der Nachtermin mit ausreichender Entschuldigung versäumt, so kann eine Ersatzprüfung angesetzt werden, die sich über den gesamten bis dahin behandelten Unterrichtsstoff des Schuljahres erstrecken kann. ²Eine Ersatzprüfung kann auch angesetzt werden, wenn in einem Fach wegen der Versäumnisse der Schülerin oder des Schülers keine hinreichenden kleinen Leistungsnachweise vorliegen.

(3) ¹Eine Ersatzprüfung kann in einem Fach nur einmal im Schulhalbjahr stattfinden. ²Der Termin der Ersatzprüfung ist der Schülerin oder dem Schüler und den Erziehungsberechtigten spätestens eine Woche vorher mitzuteilen. ³Mit dem Termin ist der Prüfungsstoff bekannt zu geben.

(4) ¹Nimmt die Schülerin oder der Schüler an der Ersatzprüfung wegen Erkrankung nicht teil, so muss die Erkrankung durch ärztliches Zeugnis nachgewiesen werden. ²Die Schule kann die Vorlage eines schulärztlichen Zeugnisses verlangen.

§ 55

Bildung der Jahresfortgangsnote

(1) ¹Bei der Bildung der Jahresfortgangsnote befindet die Lehrkraft entsprechend dem Umfang und Schwierigkeitsgrad der einzelnen Leistungsnachweise auch über deren Gewichtung. ²Die Note des Zwischenzeugnisses bleibt außer Betracht.

(2) ¹Die Jahresfortgangsnote wird aus den Noten der schriftlichen, der mündlichen und gegebenenfalls der praktischen Leistungsnachweise gebildet. ²Fachliche Leistungstests zählen wie zusätzliche kleine Leistungsnachweise. ³Die Noten aus den Schulaufgaben und den gegebenenfalls an ihre Stelle tretenden Leistungsnachweisen haben doppeltes Gewicht.

(3) Hat eine Schülerin oder ein Schüler außerhalb des stundenplanmäßigen Unterrichts in Schulveranstaltungen besondere Leistungen erbracht und ist eine eindeutige fachliche Zuordnung möglich, so können diese in der Jahresfortgangsnote im entsprechenden Fach angemessen berücksichtigt werden.

Abschnitt 2

Vorrücken und Wiederholen (vgl. Art. 53 BayEUG)

§ 56

Entscheidung über das Vorrücken

(1) ¹Die Grundlage für die Entscheidung über das Vorrücken bilden die Leistungen in den Vorrückungsfächern. ²Vom Vorrücken sind Schülerinnen und Schüler ausgeschlossen, deren Jahreszeugnis

1. in einem Vorrückungsfach die Note 6 oder

2. in zwei Vorrückungsfächern die Note 5

aufweist, sofern nicht gemäß § 58 das Vorrücken auf Probe gestattet oder gemäß § 59 eine Nachprüfung erfolgreich abgelegt wird. ³Eine Bemerkung in einem Vorrückungsfach gemäß § 64 Abs. 5 steht hinsichtlich des Vorrückens einer Note 6 gleich.

(2) Bei Schülerinnen und Schülern mit nicht deutscher Sprache, die keinen eigenständigen Deutschunterricht erhalten haben, und bei Aussiedlerschülerinnen und -schülern sind in den ersten beiden Jahren des Schulbesuchs in der Bundesrepublik Deutschland unzureichende Leistungen im Fach Deutsch in den Jahrgangsstufen 5 bis 9 bei der Entscheidung über das Vorrücken nicht zu berücksichtigen.

(3) ¹Treten Schülerinnen und Schüler später als zwei Monate vor Unterrichtsbeendigung aus der Schule aus, ohne an eine andere Realschule überzutreten, so stellt die Klassenkonferenz die Noten fest. ²Gleichzeitig entscheidet sie, ob die Schülerinnen und Schüler bei weiterem Verbleib an der Schule die Erlaubnis zum Vorrücken erhalten hätten; die Feststellung wird mit Begründung in die Niederschrift aufgenommen. ³Schülerinnen und Schüler, deren Bescheinigung nach § 65 Satz 1 keine Bemerkung über die Erlaubnis zum Vorrücken enthält, können im darauf folgenden Schuljahr zu einer Aufnahmeprüfung für die nächsthöhere Jahrgangsstufe nicht zugelassen werden. ⁴Bei Wiedereintritt in die gleiche Jahrgangsstufe gelten sie als Wiederholungsschülerinnen und -schüler.

§ 57

Vorrückungsfächer

(1) ¹Vorrückungsfächer sind alle Pflicht- und Wahlpflichtfächer. ²Ausgenommen sind Musik, Sport und Textiles Gestalten, ferner Kunsterziehung und Werken, sofern diese Fächer nicht Wahlpflichtfächer in der Wahlpflichtfächergruppe III sind.

(2) An den Abendrealschulen sind alle Pflicht- und Wahlpflichtfächer Vorrückungsfächer.

§ 58

Vorrücken auf Probe

(1) Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 9, die wegen Note 6 in einem oder Note 5 in zwei Vorrückungsfächern das Ziel der jeweiligen Jahrgangsstufe erstmals nicht erreicht haben, können mit Einverständnis ihrer Erziehungsberechtigten auf Probe vorrücken, wenn sie in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik und in dem jeweiligen gruppenspezifischen Wahlpflichtfach nach § 68 Abs. 1 Satz 1 keine schlechtere Note als einmal Note 5 haben und die Lehrerkonferenz zu der Auffassung gelangt, dass die Schülerinnen und Schüler die Mängel in den Fächern, in denen sie keine ausreichenden Leistungen erzielt haben, in absehbarer Zeit beheben werden.

(2) Wird einer Schülerin oder einem Schüler das Vorrücken auf Probe nach Abs. 1 oder nach Art. 53 Abs. 6 Satz 2 BayEUG gestattet, so wird in das Jahreszeugnis

folgende Bemerkung aufgenommen: „Die Schülerin bzw. der Schüler erhält die vorläufige Erlaubnis zum Besuch der Jahrgangsstufe ...“.

(3) ¹Die Probezeit dauert im Fall des Abs. 1 bis zum 15. Dezember, im Fall des Art. 53 Abs. 6 Satz 2 BayEUG bis zum Termin des Zwischenzeugnisses. ²Sie kann von der Klassenkonferenz in besonderen Fällen um höchstens zwei Monate verlängert werden. ³Die Lehrerkonferenz entscheidet, ob die Schülerin oder der Schüler die Probezeit bestanden hat oder zurückverwiesen wird. ⁴Zurückverwiesene Schülerinnen und Schüler, denen das Vorrücken auf Probe nach Art. 53 Abs. 6 Satz 2 BayEUG gestattet wurde, gelten nicht als Wiederholungsschülerinnen und -schüler.

§ 59

Nachprüfung

(1) ¹Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 7 bis 9, die wegen Note 6 in einem oder Note 5 in zwei Vorrückungsfächern das Ziel der Jahrgangsstufe nicht erreicht haben, die aber in keinem weiteren Vorrückungsfach schlechtere als ausreichende Leistungen aufweisen, können vorrücken, wenn sie sich einer Nachprüfung erfolgreich unterzogen haben. ²Diese findet in den letzten Tagen der Sommerferien statt.

(2) Von der Nachprüfung ausgeschlossen sind Schülerinnen und Schüler mit der Note 6 im Fach Deutsch und Schülerinnen und Schüler, die die betreffende Jahrgangsstufe zum zweiten Mal besuchen.

(3) Die Lehrerkonferenz entscheidet, ob Schülerinnen und Schüler, die von einer Mittlere-Reife-Klasse der Hauptschule, von einer Wirtschaftsschule oder einem Gymnasium in die Realschule übergetreten sind und die betreffende Jahrgangsstufe bereits einmal besucht haben, zur Nachprüfung zugelassen werden.

(4) ¹Die Teilnahme an der Nachprüfung setzt einen Antrag der Erziehungsberechtigten voraus, der spätestens am dritten Werktag nach Aushändigung des Jahreszeugnisses bei der Schule vorliegen muss. ²Die Schülerinnen und Schüler können bei einem Wohnsitzwechsel die Nachprüfung auch an der neuen Schule ablegen.

(5) ¹Die Schülerinnen und Schüler haben sich der Nachprüfung in den Vorrückungsfächern zu unterziehen, in denen ihre Leistungen schlechter als „ausreichend“ waren. ²Die Prüfung wird schriftlich durchgeführt und hat in jedem Fach etwa den Umfang einer Schulaufgabe. ³Den Prüfungen liegt der Lehrstoff der zuletzt besuchten Jahrgangsstufe zugrunde.

(6) ¹Die Schulleiterin oder der Schulleiter stellt das Bestehen und damit das Vorrücken fest, sofern in der Nachprüfung Noten erzielt wurden, mit denen Schülerinnen und Schüler unter Anwendung der Vorrückungsbestimmungen hätten vorrücken dürfen. ²Schülerinnen und Schüler, die sich der Nachprüfung erfolgreich unterzogen haben, erhalten auf dem Jahreszeugnis einen Vermerk darüber, dass sie auf Grund einer bestandenen Nachprüfung in die nächsthöhere Jahrgangsstufe vorrücken dürfen.

(7) Die Bestimmungen für die Nachprüfung gelten

für Schülerinnen und Schüler der zweiten Jahrgangsstufe der Abendrealschulen entsprechend.

§ 60

Überspringen einer Jahrgangsstufe

¹Die Lehrerkonferenz kann besonders befähigten Schülerinnen und Schülern das Überspringen einer Jahrgangsstufe gestatten, wenn zu erwarten ist, dass sie nach ihrer Reife und Leistungsfähigkeit den Anforderungen gewachsen sind. ²Die Schülerinnen und Schüler rücken auf Probe vor. ³Hinsichtlich der Probezeit gilt § 31 entsprechend.

§ 61

Freiwilliges Wiederholen

(1) ¹Auf Antrag der Erziehungsberechtigten können Schülerinnen und Schüler freiwillig wiederholen oder spätestens bis zum Ende des Kalenderjahres in die vorherige Jahrgangsstufe zurücktreten. ²Diese Schülerinnen und Schüler gelten nicht als Wiederholungsschülerinnen und -schüler.

(2) Schülerinnen und Schüler, die eine Jahrgangsstufe freiwillig wiederholen, aber dabei das Ziel der Jahrgangsstufe nicht erreichen, erhalten anstelle des Jahreszeugnisses eine Bestätigung über das freiwillige Wiederholen und die dabei gezeigten Leistungen mit der Bemerkung, dass das Vorrücken auf Grund des früheren Jahreszeugnisses gestattet wird.

(3) Schülerinnen und Schüler, die im abgelaufenen Schuljahr infolge nachgewiesener erheblicher Beeinträchtigungen ohne eigenes Verschulden wegen Leistungsminderungen die Voraussetzungen zum Vorrücken nicht erfüllten (z.B. wegen Krankheit) und denen das Vorrücken auf Probe nicht gestattet wurde, gelten nicht als Wiederholungsschülerinnen und -schüler.

§ 62

Verbot des Wiederholens

(1) Ist das Wiederholen nach Art. 53 Abs. 3 oder Art. 55 Abs. 1 Nr. 6 BayEUG nicht zulässig, so wird dies im Jahreszeugnis eigens vermerkt.

(2) Über eine Befreiung von den Folgen des Art. 53 Abs. 3 BayEUG entscheidet die Lehrerkonferenz von Amts wegen.

Abschnitt 3

Schülerbogen, Zeugnisse

§ 63

Schülerbogen

(1) ¹Die Schule führt für alle Schülerinnen und Schüler einen Schülerbogen. ²In diesen werden die für den schulischen Bildungsweg wesentlichen Feststel-

lungen, Beobachtungen und Empfehlungen aufgenommen.

(2) ¹Der Schülerbogen wird beim Schulwechsel an die aufnehmende öffentliche oder staatlich anerkannte Schule weitergegeben. ²Er verbleibt mindestens 20 Jahre bei der zuletzt besuchten Schule.

(3) Die Erziehungsberechtigten können den Schülerbogen einsehen.

§ 64

Zwischen- und Jahreszeugnisse

(1) ¹Über die in den Pflichtfächern und Wahlpflichtfächern erzielten Leistungen werden am letzten Unterrichtstag der zweiten vollen Woche im Februar Zwischenzeugnisse und am letzten Unterrichtstag des Schuljahres Jahreszeugnisse nach den vom Staatsministerium herausgegebenen Mustern ausgegeben. ²Die Teilnahme am Wahlunterricht wird durch eine den erzielten Fortschritt kennzeichnende Bemerkung bestätigt; ohne ausreichenden Erfolg besuchter Wahlunterricht wird nicht erwähnt.

(2) ¹Das Zwischenzeugnis kann in den Jahrgangsstufen 5 bis 8 für alle oder einzelne Jahrgangsstufen, nicht jedoch für einzelne Klassen, durch mindestens zwei schriftliche Informationen über das Notenbild der Schülerinnen und Schüler ersetzt werden. ²Die Entscheidung trifft die Lehrerkonferenz im Einvernehmen mit dem Elternbeirat vor Unterrichtsbeginn des Schuljahres. ³Unabhängig davon stellt die Schule Schülerinnen und Schülern in begründeten Fällen, insbesondere für Bewerbungszwecke, auf Antrag ein Zwischenzeugnis nach Abs. 1 gegebenenfalls auch nachträglich aus.

(3) ¹Wenn es die Leistungen einer Schülerin oder eines Schülers im ersten Schulhalbjahr fraglich erscheinen lassen, ob ihr oder ihm am Schluss des Schuljahres die Erlaubnis zum Vorrücken erteilt werden kann, wird die Gefährdung im Zwischenzeugnis bzw. in den Informationen über das Notenbild angegeben; besteht die Gefahr, dass die Schülerin oder der Schüler die Jahrgangsstufe gemäß Art. 53 Abs. 3 BayEUG oder wegen Überschreitens der Höchstausbildungsdauer gemäß § 43 nicht mehr wiederholen darf, so wird darauf besonders hingewiesen. ²Ab Jahrgangsstufe 9 sind die Erziehungsberechtigten hiervon sowie von der Gefährdung des Bestehens der Abschlussprüfung durch ein gesondertes Schreiben zu benachrichtigen.

(4) ¹Bei minderjährigen Schülerinnen und Schülern bestätigen die Erziehungsberechtigten durch Unterschrift, dass sie vom Zwischenzeugnis bzw. von den Informationen über das Notenbild Kenntnis genommen haben. ²Das unterschriebene Zeugnis bzw. die Informationen über das Notenbild sind der Klassenleiterin oder dem Klassenleiter vorzulegen und werden den Schülerinnen und Schülern spätestens am Schuljahresende zurückgegeben.

(5) Hat eine Schülerin oder ein Schüler in einem Unterrichtsfach keine hinreichenden Leistungsnachweise erbracht und mit ausreichender Entschuldigung weder an Nachterminen noch an einer Ersatzprüfung

teilgenommen, so wird anstelle einer Note eine entsprechende Bemerkung mit der Folge des § 56 Abs. 1 Satz 3 aufgenommen.

(6) ¹War eine Schülerin oder ein Schüler gemäß § 39 Abs. 3 Satz 1 von der Teilnahme am Unterricht im Fach Sport befreit, so erhält sie oder er an Stelle einer Note im Zeugnis eine entsprechende Bemerkung. ²Entsprechendes gilt in musischen und praktischen Fächern.

(7) Bei Schülerinnen und Schülern mit nicht deutscher Muttersprache, die keinen eigenständigen Deutschunterricht erhalten haben, und Aussiedlerschülerinnen und -schülern kann in den ersten beiden Jahren des Schulbesuchs in der Bundesrepublik Deutschland die Benotung im Fach Deutsch in den Jahrgangsstufen 5 bis 9 durch eine allgemeine Bewertung der mündlichen und schriftlichen Ausdrucks- und Verständigungsfähigkeit ersetzt oder erläutert werden.

(8) ¹In das Jahreszeugnis ist eine allgemeine Bemerkung im Sinn des Art. 52 Abs. 3 Satz 3 BayEUG über Anlagen, Mitarbeit und Verhalten der Schülerin oder des Schülers aufzunehmen, in das Zwischenzeugnis eine Bemerkung über Mitarbeit und Verhalten. ²Ordnungsmaßnahmen werden nur aus besonderem Anlass erwähnt. ³In den Jahrgangsstufen 9 und 10 dürfen die Zeugnisse keine Bemerkung enthalten, die den Übertritt in das Berufsleben erschwert. ⁴Im Zeugnis der Abendrealschule kann auf die Bemerkung verzichtet werden. ⁵Auf Wunsch der Schülerin oder des Schülers sind Tätigkeiten in der Schülermitverantwortung, als Schülerlotse oder sonstige freiwillige Tätigkeiten für die Schulgemeinschaft zu vermerken.

(9) ¹Die Entscheidung über das Vorrücken muss im Jahreszeugnis vermerkt sein. ²In ein Jahreszeugnis, das den Anforderungen des § 29 der Volksschulordnung entspricht, wird auf Antrag folgender Vermerk eingetragen: „Die mit diesem Zeugnis nachgewiesene Schulbildung schließt die Berechtigungen des erfolgreichen Hauptschulabschlusses ein.“.

(10) ¹Die Zeugnisse werden von der Klassenleiterin oder dem Klassenleiter entworfen und von der Klassenkonferenz festgesetzt. ²In den Fällen des Vorrückens auf Probe spricht die Klassenkonferenz eine Empfehlung aus, die Entscheidung trifft die Lehrerkonferenz.

§ 65

Bescheinigung über die Dauer des Schulbesuchs

¹Verlassen Schülerinnen und Schüler während des Schuljahres die Schule oder werden sie entlassen, so erhalten sie auf schriftlichen Antrag für das laufende Schuljahr eine Bescheinigung über die Dauer des Schulbesuchs und die bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens erzielten Leistungen. ²Wenn sie innerhalb der letzten zwei Monate vor Schuljahresende ausscheiden, erhalten sie außerdem eine Bemerkung über die Aussicht auf das Erreichen des Ziels der Jahrgangsstufe. ³Die Schule kann eine Bescheinigung zurückbehalten, wenn ein von der Schülerin oder dem Schüler zurückzugebendes Lernmittel trotz wiederholter Mahnung weder zurückgegeben noch zu seinem Zeitwert ersetzt wird.

Teil 6

Prüfungen

Abschnitt 1

Abschlussprüfung
(vgl. Art. 54 BayEUG)

§ 66

Prüfungsausschuss

(1) ¹Mitglieder des Prüfungsausschusses sind alle Lehrkräfte der Jahrgangsstufe 10. ²Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann weitere Lehrkräfte in den Prüfungsausschuss berufen.

(2) ¹Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse. ²Die Vorsitzende oder der Vorsitzende

1. setzt im Benehmen mit dem Prüfungsausschuss Beginn und Zeiteinteilung der mündlichen und praktischen Prüfung fest,
2. kann für die mündliche Prüfung aus den Mitgliedern des Prüfungsausschusses Unterausschüsse mit mindestens zwei fachlich zuständigen Lehrkräften bilden; verfügt eine Schule in den zu prüfenden Fächern nicht über zwei fachlich zuständige Lehrkräfte, so kann eine andere Lehrkraft in den Unterausschuss berufen werden,
3. ist berechtigt und verpflichtet, etwaige Bedenken gegen die Benotung der Prüfungsarbeiten dem Prüfungsausschuss vor Beginn der mündlichen Prüfung darzulegen und eine Entscheidung des Prüfungsausschusses herbeizuführen,
4. muss einen Beschluss beanstanden, den Vollzug aussetzen und die Entscheidung der oder des Ministerialbeauftragten herbeiführen, wenn sie oder er der Auffassung ist, dass der Beschluss gegen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften verstößt,
5. hat das Recht, in die Prüfungsvorgänge einzugreifen und selbst Fragen zu stellen und
6. erledigt alle Prüfungsangelegenheiten, die durch die Schulordnung nicht ausdrücklich dem Prüfungsausschuss, dem Unterausschuss oder den Prüfern zugewiesen sind.

(3) ¹Das Staatsministerium kann für jede öffentliche oder staatlich anerkannte Schule eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestellen. ²Wer den Vorsitz führt hat folgende zusätzliche Befugnisse:

1. Er kann auch Lehrkräfte anderer Realschulen in den Prüfungsausschuss berufen.
2. Er kann die Jahresfortgangsnoten sowie die Bewertung der von den Schülerinnen und Schülern während des Schuljahres erbrachten schriftlichen und praktischen Leistungsnachweise und der schriftlichen und praktischen Prüfungsarbeiten überprü-

fen und nach Anhörung des Prüfungsausschusses die Bewertung der schriftlichen und praktischen Prüfungsarbeiten ändern. Die Änderung der Bewertung vermerkt sie oder er auf der Arbeit und bestätigt sie durch Unterschrift. In die Niederschrift über die Abschlussprüfung werden entsprechende Vermerke aufgenommen.

(4) ¹Der Prüfungsausschuss entscheidet mit einfacher Mehrheit. ²Stimmenthaltung ist nicht zulässig. ³Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden.

(5) ¹Von einer Prüfungstätigkeit ist ausgeschlossen, wer das Sorgerecht über die Schülerin oder den Schüler hat oder zu ihr oder zu ihm in nahen persönlichen oder wirtschaftlichen Beziehungen steht. ²Kommt ein derartiger Ausschluss in Betracht, so ist dies bis spätestens 1. November des der Abschlussprüfung vorausgehenden Jahres der oder dem Ministerialbeauftragten zu melden, die oder der eine Sonderregelung treffen kann.

(6) ¹Über Aufgabenstellung, Verlauf und Ergebnis der Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von der Vorsitzenden oder vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und von der Schriftführerin oder vom Schriftführer unterzeichnet wird. ²Der Niederschrift wird als Anlage ein Verzeichnis beigegeben, das die von jeder Schülerin und jedem Schüler in der schriftlichen, mündlichen und praktischen Prüfung sowie im Jahresfortgang in den einzelnen Fächern erzielten Noten einschließlich der Prüfungsnoten und Gesamtnoten enthält.

§ 67

Festsetzung der Jahresfortgangsnoten

¹Vor Beginn der schriftlichen Abschlussprüfung setzt die Klassenkonferenz die Jahresfortgangsnoten fest. ²Diese werden den Schülerinnen und Schülern vor der schriftlichen Prüfung mitgeteilt. ³Schülerinnen und Schüler, denen bereits auf Grund der Jahresfortgangsnoten in Nichtprüfungsfächern das Abschluszeugnis zu versagen ist, nehmen an der Abschlussprüfung nicht teil.

§ 68

Schriftliche Prüfung

(1) ¹Die schriftliche Prüfung erstreckt sich unter besonderer Berücksichtigung der Jahrgangsstufe 10 auf die Lernziele und -inhalte der Fächer Deutsch und Englisch sowie

1. der Fächer Mathematik I und Physik in der Wahlpflichtfächergruppe I,
2. der Fächer Mathematik II und Betriebswirtschaftslehre/Rechnungswesen in der Wahlpflichtfächergruppe II oder
3. des Faches Mathematik II in der Wahlpflichtfächergruppe III und des jeweiligen Wahlpflichtfaches Französisch oder Kunsterziehung oder Werken oder Haushalt und Ernährung oder Sozialwesen bzw. an Abendrealschulen Soziallehre.

²In den Fällen des § 45 Abs. 3 kann an die Stelle von Englisch die Ersatzfremdsprache treten.

(2) ¹Das Staatsministerium stellt einheitliche Aufgaben und legt deren Art sowie die Bearbeitungszeit fest. ²Gleiche Aufgaben sind zur gleichen Zeit zu bearbeiten. ³Aus mehreren zur Wahl gestellten Aufgaben wählt die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Benehmen mit den fachlich zuständigen Lehrkräften des Prüfungsausschusses am Prüfungstag oder an dem vom Staatsministerium angegebenen Tag eine Aufgabe oder Aufgabengruppe aus. ⁴Bei Parallelklassen können für jede Klasse verschiedene Aufgaben bestimmt werden.

(3) § 50 Abs. 6 gilt entsprechend.

(4) ¹Während der Prüfung führen mindestens zwei Lehrkräfte die Aufsicht. ²Die Schülerinnen und Schüler dürfen den Prüfungsraum während der Prüfung nur mit Erlaubnis einer Aufsicht führenden Lehrkraft verlassen; die Erlaubnis kann jeweils nur einer Schülerin oder einem Schüler erteilt werden.

§ 69

Mündliche Prüfung

(1) ¹Schülerinnen und Schüler können sich in einem Vorrückungsfach, das nicht Prüfungsfach ist, einer mündlichen Prüfung unterziehen, wenn die Leistungen mit der Jahresfortgangsnote 5 oder 6 bewertet worden sind. ²Die Prüfung wird vor der schriftlichen Prüfung durchgeführt. ³Die Jahresfortgangsnote wird nach der mündlichen Prüfung neu festgesetzt.

(2) ¹Schülerinnen und Schüler können sich in einem Prüfungsfach der mündlichen Prüfung unterziehen, wenn sich Jahresfortgangsnote und vorläufige Prüfungsnote um eine Stufe unterscheiden und nach Auffassung des Prüfungsausschusses die schlechtere Note als Gesamtnote festzusetzen wäre. ²Hat der Prüfungsausschuss einen Ausgleich zwischen den Gesamtnoten verschiedener Fächer herbeigeführt, so entfällt in diesen Fächern die Möglichkeit einer freiwilligen mündlichen Prüfung.

(3) Schülerinnen und Schüler müssen sich in einem Prüfungsfach der mündlichen Prüfung unterziehen, wenn nach den besonderen Umständen des Falles der Leistungsstand nach dem Urteil des Prüfungsausschusses durch die Jahresfortgangsnoten und die Noten der schriftlichen bzw. schriftlichen und praktischen Prüfung nicht geklärt erscheint, es sei denn, der Prüfungsausschuss führt bereits von sich aus einen Ausgleich zwischen den Gesamtnoten herbei.

(4) ¹Der Prüfungsausschuss stellt nach der schriftlichen bzw. praktischen Prüfung fest, ob die Voraussetzungen für die Teilnahme an der mündlichen Prüfung vorliegen. ²Kann die Abschlussprüfung nicht mehr bestanden werden, so entfällt die mündliche Prüfung.

(5) Der Zeitplan für die mündliche Prüfung soll den Schülerinnen und Schülern spätestens zwei Tage vor der Prüfung bekannt gegeben werden.

(6) ¹Die mündliche Prüfung ist eine Einzelprüfung und dauert in der Regel 20 Minuten je Fach. ²Sie wird

in der Regel von der Lehrkraft abgenommen, die in der Abschlussklasse den Unterricht erteilt hat. ³Die übrigen Mitglieder des Prüfungsausschusses oder Unterausschusses sind berechtigt, Fragen zu stellen.

§ 70

Praktische Prüfung

(1) Die praktische Prüfung in Wahlpflichtfächergruppe III in den Fächern Kunsterziehung, Werken sowie Haushalt und Ernährung wird im letzten Drittel des Schuljahres durchgeführt; die Arbeitszeit beträgt jeweils 240 Minuten.

(2) ¹Die Aufgaben werden von der fachlich zuständigen Lehrkraft im Einvernehmen mit der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gestellt. ²§ 52 Abs. 3 Satz 2 und § 68 Abs. 4 gelten entsprechend.

§ 71

Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) ¹Die schriftlichen und praktischen Prüfungsarbeiten werden jeweils von zwei Mitgliedern des Prüfungsausschusses bewertet, die die Vorsitzende oder der Vorsitzende bestimmt. ²Erste Berichterstatteerin oder erster Berichterstatte ist die Lehrkraft, die den Unterricht in der Abschlussklasse erteilt hat. ³Kommt eine Einigung nicht zustande, wird die Note von der Vorsitzenden oder vom Vorsitzenden oder von einer oder einem durch sie oder ihn bestimmten Prüfenden festgesetzt. ⁴Die Bewertungen sind zu unterzeichnen; im Fach Deutsch sowie bei Abweichungen sind sie zu begründen. ⁵Bei der Bewertung der praktischen Prüfungsarbeiten ist die Arbeitsweise zu berücksichtigen.

(2) ¹Die Leistungen in der mündlichen Prüfung bewertet der zuständige Ausschuss. ²Kann er sich nicht auf eine Note einigen, so entscheidet bei Stimmengleichheit die Lehrkraft, die in der Abschlussklasse den Unterricht erteilt hat.

(3) Die Ergebnisse der schriftlichen, praktischen und mündlichen Prüfungen werden den Schülerinnen und Schülern bekannt gegeben.

§ 72

Festsetzung des Prüfungsergebnisses und der Zeugnisnoten

(1) Nach Abschluss der mündlichen Prüfungen setzt der Prüfungsausschuss die Prüfungsnoten und Gesamtnoten fest.

(2) ¹Bei der Festsetzung der Prüfungsnote zählt die Note der schriftlichen Prüfung zweifach, die Note der mündlichen Prüfung einfach. ²Zur Note der schriftlichen Prüfung zählen in den Fächern Englisch und Französisch die Noten der Prüfungen zur Kommunikationsfähigkeit, in den Fächern Kunsterziehung, Werken sowie Haushalt und Ernährung die Note der praktischen Prüfung.

(3) ¹Die Gesamtnote wird in Prüfungsfächern aus der Jahresfortgangsnote und der Prüfungsnote ermit-

telt. ²Dabei gibt im Allgemeinen die Prüfungsnote den Ausschlag. ³Die Jahresfortgangsnote kann nur dann überwiegen, wenn sie nach dem Urteil des Prüfungsausschusses der Gesamtleistung der Schülerin oder des Schülers in dem betreffenden Fach mehr entspricht als die Prüfungsnote. ⁴In Nichtprüfungsfächern gelten die Jahresfortgangsnoten als Gesamtnoten.

(4) ¹Auf Grund der Gesamtnoten entscheidet der Prüfungsausschuss über das Bestehen der Abschlussprüfung. ²Sie ist nicht bestanden bei

1. Gesamtnote 6 in einem Vorrückungsfach, sofern nicht Notenausgleich nach § 73 gewährt wird,
2. Gesamtnote 5 in zwei Vorrückungsfächern, sofern nicht Notenausgleich nach § 73 gewährt wird, und bei
3. Gesamtnote 6 im Fach Deutsch.

(5) ¹Scheidet eine Schülerin oder ein Schüler später als zwei Monate vor Beginn der schriftlichen Prüfung aus der Schule aus, gilt die Abschlussprüfung als abgelegt und nicht bestanden. ²Bei einem Wiedereintritt in die Jahrgangsstufe 10 gilt die Schülerin oder der Schüler als Wiederholungsschülerin oder -schüler.

§ 73

Notenausgleich

¹Schülerinnen und Schülern mit Gesamtnote 6 in einem Vorrückungsfach oder Gesamtnote 5 in zwei Vorrückungsfächern wird bei

1. Gesamtnote 1 in einem Vorrückungsfach,
2. Gesamtnote 2 in zwei Vorrückungsfächern oder
3. mindestens Gesamtnote 3 in vier Vorrückungsfächern

Notenausgleich gewährt. ²Notenausgleich ist ausgeschlossen bei Gesamtnote 6 im Fach Deutsch sowie bei Schülerinnen und Schülern, die neben der Gesamtnote 6 in einem Vorrückungsfach oder Gesamtnote 5 in zwei Vorrückungsfächern in einem weiteren Vorrückungsfach Gesamtnote 5 oder 6 erhalten haben.

§ 74

Abschlusszeugnis

(1) ¹Der Realschulabschluss wird durch das Abschlusszeugnis nach dem vom Staatsministerium herausgegebenen Muster nachgewiesen. ²§ 64 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 8 Satz 5 gelten entsprechend. ³Neben dem Original erhalten die Schülerinnen und Schüler eine beglaubigte Abschrift des Zeugnisses.

(2) ¹In das Abschlusszeugnis ist eine von der Klassenkonferenz vorzuschlagende allgemeine Beurteilung aufzunehmen; im Einzelfall kann hiervon abgesehen werden. ²§ 64 Abs. 8 Satz 3 gilt entsprechend. ³Auf Antrag kann in das Abschlusszeugnis der letzte Leistungsstand in einem Fach, das in Jahrgangsstufe 8 oder 9 ausgelaufen ist, aufgenommen werden.

(3) Schülerinnen und Schüler, die sich der Abschlussprüfung ohne Erfolg unterzogen haben, erhalten ein Jahreszeugnis, das die Leistungen im Schuljahr ohne Einbeziehung der Leistungen der Abschlussprüfung und folgende Bemerkung enthält: „Die Schülerin bzw. der Schüler hat sich der Abschlussprüfung ohne Erfolg unterzogen.“.

§ 75

Wiederholung der Abschlussprüfung

(1) ¹Die Abschlussprüfung kann zur Notenverbesserung einmal wiederholt werden. ²Soll zu diesem Zweck die Jahrgangsstufe 10 wiederholt werden, so darf dies nur im unmittelbar folgenden Schuljahr geschehen und bedarf der Genehmigung der Schulleiterin oder des Schulleiters.

(2) Die Genehmigung nach Art. 54 Abs. 5 Satz 2 BayEUG erteilt die oder der Ministerialbeauftragte.

§ 76

Verhinderung an der Teilnahme

(1) ¹Erkrankungen, die die Teilnahme einer Schülerin oder eines Schülers an der Abschlussprüfung verhindern, sind unverzüglich durch ärztliches Zeugnis nachzuweisen; die Schule kann die Vorlage eines schulärztlichen Zeugnisses verlangen. ²§ 53 Abs. 4 gilt entsprechend.

(2) Hat sich eine Schülerin oder ein Schüler der Prüfung oder einem Prüfungsteil unterzogen, so können nachträglich gesundheitliche Gründe, denen zufolge die Prüfungsleistung nicht gewertet werden soll, nicht anerkannt werden.

(3) Versäumt eine Schülerin oder ein Schüler eine schriftliche, mündliche oder praktische Prüfung, so wird die Note 6 erteilt, es sei denn, sie oder er hat das Versäumnis nicht zu vertreten.

§ 77

Nachholung der Abschlussprüfung

(1) Schülerinnen und Schüler, die an der Abschlussprüfung in allen oder einzelnen Fächern aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen nicht teilnehmen konnten, können die Abschlussprüfung oder die nicht abgelegten Teile der Prüfung mit Genehmigung der oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu einem späteren Zeitpunkt – spätestens ein halbes Jahr nach Abschluss des letzten Prüfungsteils – nachholen.

(2) Die Aufgaben der schriftlichen Prüfung stellt beim ersten Nachholtermin das Staatsministerium, bei weiteren Terminen die oder der Ministerialbeauftragte.

§ 78

Unterschleif

(1) ¹Bedient sich eine Schülerin oder ein Schüler

unerlaubter Hilfe oder macht den Versuch dazu (Unterschleif), so wird die Arbeit abgenommen und die Note 6 erteilt. ²Als Versuch gilt auch das Bereithalten nicht zugelassener Hilfsmittel nach Beginn der Prüfung. ³Ebenso kann verfahren werden, wenn die Handlungen zu fremdem Vorteil unternommen werden.

(2) In schweren Fällen wird die Schülerin oder der Schüler von der Prüfung ausgeschlossen; diese gilt als nicht bestanden.

(3) ¹Wird ein Tatbestand nach Abs. 1 erst nach Abschluss der Prüfung bekannt, so ist die betreffende Prüfungsleistung nachträglich mit Note 6 zu bewerten und das Gesamtprüfungsergebnis entsprechend zu berichtigen. ²In schweren Fällen ist die Prüfung als nicht bestanden zu erklären. ³Ein unrichtiges Prüfungszeugnis ist einzuziehen.

(4) Die Entscheidung in den Fällen der Abs. 1 bis 3 trifft der Prüfungsausschuss.

Abschnitt 2

Abschlussprüfung für andere Bewerberinnen und Bewerber

§ 79

Allgemeines

¹Bewerberinnen und Bewerber, die an der von ihnen besuchten Schule den Realschulabschluss oder einen anderen mittleren Schulabschluss gemäß Art. 25 Abs. 1 Satz 2 BayEUG nicht erwerben können oder die keiner Schule angehören, können als andere Bewerberinnen und Bewerber die Abschlussprüfung an einer von der oder dem Ministerialbeauftragten hierfür bestimmten öffentlichen Schule, außer an einer Abendrealschule, ablegen. ²Es gelten die Bestimmungen der §§ 66 bis 78, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

§ 80

Zulassung

(1) ¹Die Zulassung ist bis spätestens 1. Februar bei der nach § 79 Satz 1 bestimmten Schule zu beantragen. ²Über die Zulassung entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses schriftlich.

(2) Dem Antrag sind beizufügen

1. der Geburtsschein oder die Geburtsurkunde in beglaubigter Abschrift,
2. ein Lebenslauf, der die Daten des Schulbesuchs enthalten muss,
3. das letzte Jahreszeugnis und eine Bescheinigung über den Schulbesuch der zuletzt besuchten Schule,
4. eine Erklärung, ob und gegebenenfalls wann und mit welchem Erfolg die Bewerberin oder der Bewerber schon einmal die Prüfung zu einem mittleren Schulabschluss abgelegt hat und/oder ob sich die Bewerberin oder der Bewerber zur gleichen oder einer entsprechenden Prüfung bereits an einer anderen Stelle gemeldet hat,

5. eine Erklärung, in welcher Wahlpflichtfächergruppe und, soweit Wahlmöglichkeiten gegeben sind, in welchen Fächern die Bewerberin oder der Bewerber geprüft werden will,

6. eine Erklärung, aus der hervorgeht, wie sich die Bewerberin oder der Bewerber in den einzelnen Fächern vorbereitet und welche Lehrbücher sie oder er benützt hat; Bewerberinnen und Bewerber für die Prüfung in Wahlpflichtfächergruppe III müssen im gewählten Prüfungsfach Kunsterziehung, Werken, Sozialwesen sowie Haushalt und Ernährung entweder eine praktische Tätigkeit oder eine entsprechende Ausbildung nachweisen.

(3) Die Zulassung ist zu versagen, wenn die Bewerberin oder der Bewerber

1. die Prüfung früher ablegen würde, als dies bei ordnungsgemäßem Realschulbesuch möglich wäre,
2. die Prüfung zu einem mittleren Schulabschluss bereits wiederholt hat (hierzu zählen auch Wiederholungsprüfungen in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland),
3. an einer anderen Stelle zu einer entsprechenden Prüfung zugelassen wurde, diese Prüfung aber noch nicht abgeschlossen ist,
4. nicht die nach Abs. 2 Nr. 6 geforderte praktische Tätigkeit oder Ausbildung nachweist.

(4) Die Bewerberinnen und Bewerber haben beim Antritt zur Prüfung und auf Verlangen auch während der Prüfung ihren amtlichen Lichtbildausweis vorzuzeigen.

§ 81

Schriftliche Prüfung

(1) Die schriftliche bzw. schriftliche und praktische Prüfung erstreckt sich auf die vier Prüfungsfächer nach § 68 Abs. 1.

(2) ¹Die Bewerberinnen und Bewerber können in diesen Fächern in die mündliche Prüfung verwiesen werden oder sich freiwillig einer mündlichen Prüfung unterziehen. ²Der Antrag zur freiwilligen mündlichen Prüfung ist spätestens am Tag nach Bekanntgabe der Ergebnisse der schriftlichen Prüfung einzureichen.

§ 82

Mündliche Prüfung

(1) ¹Die mündliche Prüfung erstreckt sich über die Lernziele und -inhalte der Jahrgangsstufe 10 der Fächer

1. Geschichte,
2. Chemie (Wahlpflichtfächergruppe I) oder Physik bzw. Chemie (jeweils Wahlpflichtfächergruppen II und III),
3. Religionslehre (Ethik) oder Biologie oder Sozialkunde.

²Eine mündliche Prüfung findet ferner in einem bereits schriftlich geprüften Fach außer in den Fremdsprachen statt, dessen Wahl den Bewerberinnen und Bewerbern zusteht. ³Auf Antrag der Prüfungsteilnehmerin oder des Prüfungsteilnehmers findet in höchstens zwei von den Fächern, in denen eine mündliche Prüfung nach Satz 1 abgelegt wurde, eine schriftliche Prüfung im Umfang einer Schulaufgabe statt.

(2) ¹Die mündliche Prüfung dauert mindestens 20 Minuten. ²Bei der mündlichen Prüfung soll auch auf Lehrplaninhalte der Jahrgangsstufe 10 eingegangen werden, mit denen sich die Bewerberin oder der Bewerber besonders gründlich beschäftigt hat. ³Mindestens die Hälfte der Prüfungszeit muss den anderen Lernzielen und -inhalten des Lehrplans vorbehalten bleiben.

§ 83

Festsetzung des Prüfungsergebnisses und der Zeugnisnoten

(1) ¹Die Zeugnisnoten ergeben sich ausschließlich aus den in der Prüfung erbrachten Leistungen. ²Bei der Bildung der Zeugnisnoten zählt die Note der schriftlichen Prüfung, in den Fächern Kunsterziehung, Werken sowie Haushalt und Ernährung die aus den Noten der schriftlichen und praktischen Prüfung gebildete Note zweifach, die Note der mündlichen Prüfung einfach. ³Findet keine mündliche Prüfung statt, ist die Note der schriftlichen Prüfung die Zeugnisnote. ⁴In den Fächern, in denen nur eine mündliche Prüfung durchgeführt wird, ist deren Note die Zeugnisnote. ⁵Im Fall des § 82 Abs. 1 Satz 3 ergibt sich die Zeugnisnote aus den Noten der mündlichen und schriftlichen Prüfung; im Zweifel überwiegt die schriftliche Prüfung.

(2) ¹Bewerberinnen und Bewerber, welche die Abschlussprüfung nicht bestanden haben, erhalten auf Wunsch eine Bescheinigung hierüber. ²Auf Antrag entscheidet der Prüfungsausschuss darüber, ob und gegebenenfalls für welche Jahrgangsstufe die nicht bestandene Abschlussprüfung als bestandene Aufnahmeprüfung in eine Realschule gewertet werden kann.

(3) ¹Tritt eine Bewerberin oder ein Bewerber vor der Prüfung im vierten Prüfungsgegenstand zurück, so gilt die Prüfung als nicht abgelegt. ²Bei einem Rücktritt nach diesem Zeitpunkt gilt die Prüfung als abgelegt und nicht bestanden, es sei denn, der Rücktritt erfolgt aus Gründen, die die Bewerberin oder der Bewerber nicht zu vertreten hat.

(4) Wurde die Zulassung zur Abschlussprüfung durch Täuschung erlangt, ist nach § 78 Abs. 3 zu verfahren.

§ 84

Zusätzliche Regelungen für Schülerinnen und Schüler staatlich genehmigter Ersatzschulen

(1) Anträge mehrerer Bewerberinnen und Bewerber, die gemeinsam an einer staatlich genehmigten Ersatzschule unterrichtet werden, sollen von dieser Schule

bei der prüfenden öffentlichen Schule gesammelt eingereicht werden.

(2) Die Abschlussprüfung ist in den Räumen der staatlich genehmigten Ersatzschule abzunehmen, wenn diese dafür geeignet sind und die Belange der prüfenden Schule es zulassen.

(3) Bei der Auswahl der zentral gestellten Prüfungsaufgaben wirken Lehrkräfte der Ersatzschule mit.

(4) ¹In den Prüfungsausschuss soll für jedes Prüfungsfach eine Lehrkraft der Ersatzschule, soweit sie beide Staatsprüfungen für das Lehramt an Realschulen oder Gymnasien erfolgreich abgelegt hat oder für sie die erforderliche Unterrichtsgenehmigung nach dem Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen endgültig erteilt worden ist, als Mitglied, nicht aber als Vorsitzende oder Vorsitzender berufen werden. ²Sie soll, soweit Schülerinnen und Schüler der Ersatzschule betroffen sind, bei der Korrektur und Bewertung der Prüfungsarbeiten und bei den mündlichen Prüfungen nach Anweisung der oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mitwirken.

(5) Entscheidungen nach den Abs. 2 und 4 trifft die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

Abschnitt 3

Ergänzungsprüfungen

§ 85

Ergänzungsprüfungen

(1) ¹Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen und andere Bewerberinnen und Bewerber können gleichzeitig mit der Abschlussprüfung oder auch nachträglich in den in § 68 Abs. 1 Satz 1 genannten Fächern Ergänzungsprüfungen ablegen, wenn dies für den in Aussicht genommenen Berufsweg oder Bildungsgang erforderlich ist. ²Die Prüfungen werden im Rahmen der Abschlussprüfung durchgeführt.

(2) ¹Die Zulassung ist bis spätestens 10. Februar zu beantragen. ²Über sie entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

(3) ¹Die Ergänzungsprüfungen werden schriftlich bzw. schriftlich und praktisch vor einem Prüfungsausschuss abgelegt, der aus der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und je zwei Berichterstattenden für jeden Prüfungsgegenstand besteht. ²Die Bewerberinnen und Bewerber können in die mündliche Prüfung verwiesen werden oder sich freiwillig einer mündlichen Prüfung unterziehen. ³Im Übrigen gelten die Bestimmungen der §§ 79 bis 84.

(4) Die Ergänzungsprüfung ist bestanden, wenn mindestens die Gesamtnote 4 erzielt wurde.

(5) Über die erfolgreiche Teilnahme an einer Ergänzungsprüfung erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Zeugnis nach dem vom Staatsministerium herausgegebenen Muster.

Teil 7

Schlussvorschriften

§ 86

Rechtsschutz der Schülerinnen und Schüler und
der Erziehungsberechtigten

(1) ¹Meinungsverschiedenheiten zwischen Erziehungsberechtigten und Lehrkräften sollen im Weg einer Aussprache beigelegt werden. ²Im Übrigen können Erziehungsberechtigte Aufsichtsbeschwerde erheben, die bei der Schule eingelegt werden soll. ³So weit die Schule der Aufsichtsbeschwerde nicht abhilft, hat sie diese mit ihrer Stellungnahme an die oder den Ministerialbeauftragten zur Entscheidung weiterzuleiten.

(2) Gegen schulische Entscheidungen, die Verwaltungsakte sind, kann neben oder anstelle der Aufsichtsbeschwerde auch nach Maßgabe der Verwaltungsgerichtsordnung entweder Widerspruch bei der Schule eingelegt oder unmittelbar Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden.

§ 87

Inkrafttreten, Außerkrafttreten,
Übergangsregelungen

(1) ¹Diese Verordnung tritt am 1. August 2007 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt Anlage 2 für die Jahrgangsstufe 8 am 1. August 2008, für die Jahrgangsstufe 9 am 1. August 2009 und für die Jahrgangsstufe 10 am 1. August 2010 in Kraft.

(2) ¹Mit Ablauf des 31. Juli 2007 tritt die Schulordnung für die Realschulen (Realschulordnung – RSO) vom 5. September 2001 (GVBl S. 620, BayRS 2234–2–UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. Mai 2005 (GVBl S. 165), außer Kraft.

(3) ¹Abweichend von Abs. 2 tritt Anlage 1 der Realschulordnung in der bis 31. Juli 2007 geltenden Fassung für die Jahrgangsstufe 8 mit Ablauf des 31. Juli 2008, für die Jahrgangsstufe 9 mit Ablauf des 31. Juli 2009 und für die Jahrgangsstufe 10 mit Ablauf des 31. Juli 2010 außer Kraft. ²Abweichend von Abs. 2 gelten für die Schülerinnen und Schüler, die noch eine vierstufige Realschule besuchen, die in § 120 Abs. 3 Nr. 2 genannten Bestimmungen über die Höchstausbildungsdauer und die Vorrückungsfächer sowie die Stundentafeln für die vierstufige Realschule der bis zum Ablauf des 31. Juli 2007 geltenden Realschulordnung bis zum Ablauf des 31. Juli 2008 fort.

München, den 18. Juli 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider
Staatsminister

MODUS21 – Übersicht

Das Staatsministerium hat mit Bekanntmachungen vom 3. August 2005 (KWMBI I S. 329) und vom 13. Dezember 2005 (KWMBI I 2006 S. 6) insgesamt 60 MODUS21-Maßnahmen für alle bayerischen Schulen freigegeben.

Wenn die Belange des Aufwandsträgers oder des Aufgabenträgers im Sinn des Art. 1 des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs berührt werden, ist das Einvernehmen mit dem Träger herzustellen.

Im Einzelnen:

1. Teil: Maßnahmen Nrn. 1 bis 30:

a) Schulorganisation

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
1	Flexibilisierung der Stundentafel	Gymnasium	Die Schule weicht zeitlich begrenzt von der Stundentafel ab, um Defizite in der Klasse auszugleichen; zusätzliche Stunden werden durch vorübergehende Reduzierung in anderen Fächern gewonnen. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
2	jahrgangs- und klassenübergreifender Unterricht	Grundschule, Gymnasium	Das Unterrichtsangebot wird erweitert; durch eine an der Leistungsfähigkeit orientierte Gruppenzusammenstellung kann die einzelne Schülerin oder der einzelne Schüler gezielter gefördert werden. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
3	Organisation des Unterrichts in Doppelstunden	Gymnasium	Schule gewinnt Zeit und Ruhe im Unterrichtstag.
4	themenbezogene Projektwochen	Gymnasium	Schülerinnen und Schüler gewinnen Einblick in übergeordnete Zusammenhänge; Schlüsselqualifikationen werden gefördert.
5	Einbeziehung externer Partner	alle	Praxisbezug wird verstärkt durch Partner aus dem Kreis der Eltern, der Hochschule, der Kirchen und der Wirtschaft. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
6	Pädagogischer Tag statt Wandertag	Gymnasium	Wandertage haben ihre ursprüngliche Zielsetzung weitgehend verloren; die Schule setzt selbst das Thema eines Pädagogischen Tags fest.
7	Jahrgangsstufenversammlungen	Gymnasium	Durch themen- oder anlassbezogene Versammlungen der Klassen eines Jahrgangs wird der Zusammenhalt der gesamten Altersgruppe gestärkt; der Informationsfluss in der Schule wird verbessert.
8	Jahrgangsstufen-sprecherinnen und -sprecher	Gymnasium	Alle Klassen eines Jahrgangs wählen eine Sprecherin oder einen Sprecher; die Identifikation mit schulischen Entscheidungen wird gestärkt.

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
9	Einrichtung einer „Klassenstunde“	Realschule	Schule verkürzt rollierend an einem Tag in der Woche alle Stunden um fünf Minuten: Gewinn einer Klassenleiterstunde zur Besprechung klasseninterner Probleme, Vorbereitung von Klassenfahrten, Einsammeln von Geldern etc.. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
10	Schülerinnen und Schüler gestalten eigenverantwortlich Unterricht	Hauptschule, Gymnasium	Schülerinnen und Schüler dürfen in festgelegten Abständen eine Stunde zu selbst gewählten Themen gestalten; sie trainieren Präsentation und Moderation.

b) Förderung jeder einzelnen Schülerin oder jedes einzelnen Schülers (Individualförderung)

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
11	Förderunterricht nach dem Zwischenzeugnis	Realschule, Gymnasium	Durch gezielten Förderunterricht kann die Wiederholerquote gesenkt werden. Die Schule gewinnt die erforderlichen Stunden durch geeignete andere MODUS21-Maßnahme wie z.B. Vorlesungsunterricht.
12	Vorlesungsbetrieb	Gymnasium	Die Lehrkräfte arbeiten verstärkt in Teams, entwickeln gemeinsam die Grundlagen für die Vorlesungen und vermitteln ausgewählte Inhalte einer Gruppe aus mehreren Klassen im Vorlesungsbetrieb. Die Schule gewinnt Stunden für zusätzliche pädagogische Maßnahmen. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
13	Schülerinnen und Schüler lehren Schülerinnen und Schüler	Gymnasium	Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler fördern während der Unterrichtszeit in kleinen Gruppen außerhalb des Klassenverbandes leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler.
14	Selbsteinschätzung der Schülerinnen und Schüler	Realschule	Die Schülerinnen und Schüler bearbeiten Auswertungsbogen, mit denen sie die eigene Vorbereitung und Leistung einschätzen können und übernehmen Verantwortung für ihre Leistung.

c) Leistungserhebungen

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
15	Schulaufgabe mit Gruppenarbeitsphase	Gymnasium	Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten z.B. in Deutsch im Team eine Rahmengeschichte, die die oder der Einzelne anschließend ausgestaltet; die individuelle Leistung der Teammitglieder in der Gruppenarbeitsphase wird erfasst und geht in die Note ein. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
16	Angesagte „Tests“ im Turnus von sechs Wochen statt Schulaufgaben	Gymnasium	Gleichmäßige Verteilung angesagter Leistungserhebungen über das Schuljahr gewährleisten gleichbleibend hohes Leistungsniveau, reduzieren Wissenslücken und Prüfungsangst. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
17	Debatte ersetzt je eine Schulaufgabe (Aufsatz) in Deutsch und/oder Fremdsprachen	Gymnasium	Die Schülerinnen und Schüler müssen ihren Standpunkt zu einem vorgegebenen Thema vorbereiten, überzeugend vertreten, Toleranz gegenüber anderen Meinungen üben; sprachliche und argumentative Kompetenzen werden gestärkt. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
18	Präsentation ersetzt eine Aufsatzschulaufgabe	Gymnasium	Durch die Erarbeitung und Darstellung eines komplexen Themas werden eigenständiges Arbeiten, Umgang mit neuen Medien und mündliche Sprachkompetenz gefördert.
19	Test aus formal-sprachlichen und Sprachverständnisanteilen in Deutsch ersetzt eine Aufsatzschulaufgabe	Gymnasium	Klassen mit Schwächen in der formalen Sprachbeherrschung werden gezielt gefördert.
20	Schwerpunkte des Jahresstoffs in letzter schriftlicher Leistungserhebung	Gymnasium	Vor den Sommerferien wird der Jahresstoff in seinen Schwerpunkten abgesichert; die Nachhaltigkeit des Lernens wird gefördert. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
21	Leistungserhebungen (auch nicht angekündigte) über die Lerninhalte mehrerer Unterrichtsstunden	Gymnasium	Das Grundwissen wird gesichert, kleinschrittiges Lernen wird verhindert, Nachhaltigkeit des Lernens wird gefördert. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
22	schulinterne Jahrgangsstufentests zum Grundwissen	Gymnasium	Die Nachhaltigkeit des Lernens wird gefördert; die Klassen einer Jahrgangsstufe können verglichen werden. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
23	Neugewichtung schriftlicher und mündlicher Leistungen in den Fremdsprachen	Gymnasium	Durch andere Gewichtung (z.B. 1:1 statt 2:1) wird bei Bedarf die mündliche Sprachkompetenz gefördert. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
24	Verstärkte Einbeziehung von Grundwissen in schriftliche Leistungserhebungen	Gymnasium	Schriftliche Leistungserhebungen prüfen immer auch die Verfügbarkeit von Grundwissen und Kernkompetenzen; die Nachhaltigkeit des Lernens wird gefördert.

Nr.	Titel	erprobt an Schularart	Kurzerläuterung
25	Trennung von Unterrichts- und Prüfungsphasen	Gymnasium	Z.B. angekündigte Prüfungsphasen statt permanenten Abfragens; die Klasse gewinnt Ruhe im Unterrichtsalltag. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
26	Ganz- und Halbjahresprojekte in der Klasse	Gymnasium	Die Schülerinnen und Schüler arbeiten über längeren Zeitraum fächerübergreifend und eigenverantwortlich an ausgewählten Themen; Ausdauer, Teamfähigkeit und Kreativität werden gestärkt.

d) Personalmanagement und Personalführung

Nr.	Titel	erprobt an Schularart	Kurzerläuterung
27	Bildung von jahrgangs- und stufenbezogenen Pädagogischen Lehrkräfteteams	Gymnasium	Lehrkräfte arbeiten im Team; pädagogische Beobachtungen und Maßnahmen werden zielführender abgestimmt.
28	Unterrichtsplanung im Lehrkräfteteam	Gymnasium	Lehrkräfte arbeiten im Team; der Gesamtaufwand für die Unterrichtsvorbereitung wird verringert.
29	Planung und Durchführung von schriftlichen Leistungserhebungen im Lehrkräfteteam	Gymnasium	Lehrkräfte arbeiten im Team; der Gesamtaufwand wird verringert; die Ergebnisse dienen der internen Evaluation.
30	„Mitarbeitergespräche“ mit Zielvereinbarungen der Lehrkraft mit allen Schülerinnen und Schülern	Berufsschule	Lehrkräfte leisten gezielte Hilfestellung; Schülerinnen und Schüler übernehmen Verantwortung für ihre Leistungsentwicklung; Schülerinnen und Schüler erfahren individuelle Unterstützung bei persönlichen Problemen.

2. Teil: Maßnahmen Nrn. 31 bis 60:

a) Schulorganisation

Nr.	Titel	erprobt an Schularart	Kurzerläuterung
31	Innerschulischer Praxistag	Förderschule	Die Schule führt an einem Tag fächer- und klassenübergreifenden Kursunterricht als Orientierungshilfe für die Schülerinnen und Schüler bei der Berufsfindung durch.
32	Pflichtwahlfach „Business-English“ an der Hauptschule	Hauptschule	Die Schülerinnen und Schüler der Regelklasse 9 nehmen fakultativ, die Schülerinnen und Schüler der M-Zweige obligatorisch am Wahlfach „Business English“ teil, das nach zwei Jahren zum Erwerb eines Zusatzzertifikates führt.

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
33	Rhythmisierung des Schultags	Hauptschule	Durch Neustrukturierung und Rhythmisierung des Schulvormittags mit integrierter Mittagsbetreuung wird der Schultag dem Biorhythmus der Kinder entsprechend entzerrt. Ein Schultag dauert bis 15.30 Uhr, Hausaufgaben werden durch individuelles Üben ersetzt. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
34	Zeitungslektüre zur Förderung der Allgemeinbildung	Hauptschule	Die Maßnahme, die auf der regelmäßigen Lektüre von Tageszeitungen beruht, wird den Fächern Deutsch und GSE (Geschichte/Sozialkunde/Erdekunde) zugeordnet und in den Jgst. 7 und 8 durchgeführt.
35	Zwischenberichte statt Halbjahreszeugnis	Gymnasium	Die Eltern erhalten zu zwei Zeitpunkten innerhalb des Schuljahres (Dezember und April) einen detaillierten schriftlichen Überblick über die Leistungen ihres Kindes. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
36	Neues Lernkonzept in der Berufsfachschule für Kinderpflege	Berufsfachschule	Der Lehrstoff der Jahrgangsstufe 11 wird in Modulen („Lernbausteinen“) aufbereitet und von den Schülern selbstständig und eigenverantwortlich an verschiedenen Lernorten erarbeitet. Der Abschluss eines Lernbausteins erfolgt in Form eines schriftlichen Tests, einer Einzel- oder einer Gruppenpräsentation.

b) Individualförderung

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
37	Einrichtung von Partnerklassen zwischen Unter- und Oberstufe	Förderschule	Die Schülerinnen und Schüler der 5. bis 9. Jahrgangsstufe der Förderschule unterstützen die Schülerinnen und Schüler der ersten und zweiten Klasse. Je nach Klassengröße sind die Patinnen und Paten ca. alle drei Wochen für eine Stunde im Einsatz.
38	Erweitertes Screening zur Einschulung	Grundschule	Die Schule erweitert das bestehende Screeningverfahren: Sprachstandserhebungen werden bei allen Schülerinnen und Schülern durchgeführt und um den mathematischen Bereich erweitert.
39	Förderung besonders begabter Grundschülerinnen und Grundschüler	Grundschule	Die Schule bietet in Kooperation mit Eltern und externen Partnern ein qualitativ hochwertiges Zusatzangebot, das begabte Schülerinnen und Schüler besonders fördert.

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
40	Förderung von Vorschulkindern mit Entwicklungsverzögerung	Grundschule	Vorschulkinder mit Entwicklungsverzögerungen werden auf den Unterricht der Regelklasse vorbereitet. Durch die intensive Zusammenarbeit der Schule mit verschiedenen Einrichtungen werden die Kinder im Bereich Sprach-, Merk- und Denkfähigkeit, aber auch in ihrem Spiel- und Sozialverhalten gefördert.
41	„Freiwilliges Soziales Jahr“ an der Schule	Grundschule	An der Schule leistet eine Freiwillige das „Freiwillige Soziale Jahr“ ab. Die Freiwillige unterstützt die Lehrkräfte im Unterricht (z.B. bei Differenzierungsmaßnahmen und bei der Planung und Organisation des Schulalltags).
42	Zeugnisergänzung basierend auf einer Schülerberatungsstunde	Hauptschule	Mehrmals im Schuljahr findet eine Schülerberatungsstunde als Einzelgespräch statt, in der individuelle Probleme der Schülerin oder des Schülers besprochen und Ziele für die nächste Lern- und Entwicklungsphase formuliert werden.
43	„Unterricht Plus“	Hauptschule	In den Nachmittagsstunden werden semesterweise in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch (Grund- und Hauptschule) projektorientierte Kurse angeboten. In leistungsheterogenen Gruppen werden Unterrichtsinhalte thematisiert, vertieft und geübt.
44	Lernen in Kleingruppen	Realschule	Einmal wöchentlich werden in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik die Klassen gedrittelt; die Schülerinnen und Schüler arbeiten in Kleingruppen. Begleitet werden sie dabei durch Eltern, Praktikantinnen und Praktikanten (Exercitium Paedagogicum) oder in Seminarschulen durch Referendarinnen und Referendare. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
45	Module zur Stärkung der Selbst- und Sozialkompetenz	Gymnasium	Auf der Grundlage eines Curriculums, das aus sechs aufeinander aufbauenden Modulen besteht (z. B. Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft, Verantwortungsfähigkeit, Problemlösungs- und Konfliktfähigkeit), wird Selbst- und Sozialkompetenz vermittelt.
46	Teamtraining im Schullandheim	Gymnasium	Der fünftägige Aufenthalt in einem speziell ausgestatteten Schullandheim wird für ein ca. 25-stündiges Trainingsprogramm kooperativer Kompetenzen genutzt.
47	Erstellung einer Referenzmappe für Schülerinnen und Schüler	Gymnasium	Alle sozialen und fachlichen Kompetenzen, die eine Schülerin oder ein Schüler im Laufe ihrer oder seiner Gymnasiallaufbahn erwirbt, werden in einer Mappe dokumentiert. Die Schülerinnen und Schüler erhalten dadurch die Möglichkeit, ihren eigenen Lernprozess zu reflektieren.

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
48	Unterricht in Notebookklassen	Berufsschule	Das mobile Lernen in der Schule, im Betrieb und zu Hause und die hochindividuelle Förderung durch interaktive Unterrichtsprogramme qualifiziert die Schülerinnen und Schüler, um so ihre Chancen im Berufsleben zu erhöhen. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
49	Ausbildungsvereinbarung mit Schülerinnen und Schülern und Eltern	Berufsfachschule	Die Schule vereinbart gemeinsam mit Eltern und Schülerinnen und Schülern individuelle Ziele der Ausbildung. Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler können frühzeitig diagnostiziert, entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

c) Leistungserhebungen

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
50	Besondere mündliche Prüfung in den Grund- und Leistungskursen Englisch	Gymnasium	Zusätzlich zu den herkömmlichen mündlichen Noten wird am Ende des Semesters eine „Besondere mündliche Prüfung“ durchgeführt. Sie gibt den Schülerinnen und Schülern Gelegenheit, in einem längeren Prüfungsgespräch ihr sprachliches Können unter Beweis zu stellen. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.

d) Personalmanagement und Personalführung

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
51	Methoden- und Teamtraining	Volksschule	Das gesamte Kollegium wird nach dem Methodentraining von Klippert geschult und das Methodenrepertoire aufbauend in allen Jahrgangsstufen umgesetzt.
52	Begleitung neuer Lehrkräfte im ersten Jahr	Realschule	Den neuen Lehrkräften werden durch Fachkollegen und Schulleiterin bzw. Schulleiter Unterrichtsbesuche, Feedback und Beratung konkrete Hilfestellungen gegeben.
53	„Runder Tisch“ für Lehrkräfte einer Schule	Gymnasium	Zu vom Kollegium gewünschten Themen wird ein offenes Fortbildungsangebot erarbeitet, z. B. Handhabung des mobilen Laptopklassenzimmers, Prävention und Krisenintervention, Schulung im EFQM-Modell und Zeitmanagement.

e) Inner- und außerschulische Partnerschaften

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
54	Lehrkräftepraktikum	Förderschule	Die Lehrkräfte leisten an zwei bis drei Tagen pro Jahr ein Praktikum in einem Unternehmen vor Ort ab. Sie gewinnen dadurch fundierte Einblicke in die Berufsanforderungen und knüpfen intensive Kontakte zu den Betrieben der Region.
55	Neigungsorientiertes Lernen mit externen Fachleuten	Grundschule	Angeleitet durch externe Fachkräfte lernen die Schülerinnen und Schüler der zweiten und dritten Klassen einmal im Monat in interessensgeleiteten und jahrgangsübergreifenden Lerngruppen. Externe Kräfte arbeiten ehrenamtlich. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
56	Berufsorientierung „Brückenschlag“	Hauptschule	Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Region, die Ausbildungsplätze anbieten, begleiten Schülerinnen und Schüler von der 7. bis zur 9. Jahrgangsstufe. Ein Expertenteam von Pädagoginnen und Pädagogen, Psychologinnen und Psychologen sowie Unternehmerinnen und Unternehmern bereitet die Schülerinnen und Schüler drei Jahre lang auf den Sprung ins Berufsleben vor. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
57	„Economy Tutorial“	Realschule	Das „Economy Tutorial“ ist ein Forum für den Ideenaustausch zwischen Schule und Wirtschaft. Dazu gehört die direkte Umsetzung eines gemeinsam erarbeiteten Maßnahmenkatalogs mit jährlichem Feedback der Schule an die Unternehmen.
58	Arbeit im Alten- und Pflegeheim als Praxismodul des Unterrichts	Realschule	Die Schülerinnen und Schüler besuchen in einem Zeitraum von drei Monaten wöchentlich die Bewohnerinnen und Bewohner eines Pflegeheims und leisten Hilfestellung im Alltag der pflegebedürftigen Menschen. Die Erfahrungen werden mit Lehrplanthemen verknüpft. Diese Maßnahme setzt das Einvernehmen mit dem Elternbeirat voraus.
59	Integration des Programms „Erwachsen werden“ in die Erziehungs- und Unterrichtsarbeit	Hauptschule	Die Schülerinnen und Schüler absolvieren das Programm „Erwachsen werden“ von Lions Quest nicht wie üblich als Zusatzangebot, sondern es findet Eingang in die verschiedenen Fächer. So wird es unmittelbar im sozialen Gefüge des Unterrichtsalltags wirksam.

f) Sachmittelverantwortung

Nr.	Titel	erprobt an Schulart	Kurzerläuterung
60	Eigenverantwortliche Sachmittelbeschaffung und -verwaltung	Grundschule	Die Schule und der Sachaufwandsträger beschließen einvernehmlich ein Budget im Rahmen der Haushaltssatzungen. Die Finanzverantwortung über die Ausschreibung, die Beschaffung, die Verwaltung und die Verwendung der Sachmittel geht an die Schulleiterin oder den Schulleiter über.

Studentafel für die Realschule Wahlpflichtfächergruppe I

Unterrichtsfach		Jahrgangsstufe						Gesamt- stunden
		5	6	7	8	9	10	
Religionslehre/Ethik		2	2	2	2	2	2	12
Deutsch		5	5	4	4	4	4	26
Englisch		5	4	4	4	3	4	24
Geschichte		-	2	2	2	2	2	10
Erdkunde		2	2	2	2	2	-	10
Sozialkunde ²⁾		-	-	-	-	-	2	2
Wirtschaft und Recht		-	-	-	-	2	-	2
Mathematik		5	5	4	4	5	5	28
Physik		-	-	2	2	3	3	10
Chemie		-	-	-	2	2	2	6
Biologie ³⁾		2	2	2	2	-	2	10
Informationstechnologie ⁴⁾ (Schwerpunkt: TZ/CAD oder Informatik)		4)	4)	4)	4)	4)	4)	10
Sport ⁹⁾		2+2	2+2	2+2	2+2	2+2	2+2	12 + 12
Musisch- ästhetische Bildung	Gestaltung (Ku, We, TG)	3	2	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	-	8
	Musik	2	2	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	-	7
Haushalt und Ernährung		-	-	2	-	-	-	2
Projekte / Schulleben ¹⁾		1	-	-	-	-	-	1
Gesamtstunden ¹⁾		1)	1)	1)	1)	1)	1)	180

Studentafel für die Realschule Wahlpflichtfächergruppe II

Unterrichtsfach		Jahrgangsstufe						Gesamt- stunden
		5	6	7	8	9	10	
Religionslehre/Ethik		2	2	2	2	2	2	12
Deutsch		5	5	4	4	4	4	26
Englisch		5	4	4	4	3	4	24
Geschichte		-	2	2	2	2	2	10
Erdkunde		2	2	2	2	2	-	10
Sozialkunde ²⁾		-	-	-	-	-	2	2
Mathematik		5	5	3	3	3	4	23
Physik		-	-	-	2	2	2	6
Chemie		-	-	-	-	2	2	4
Biologie ³⁾		2	2	2	2	-	2	10
Betriebswirtschaftslehre/ Rechnungswesen		-	-	3	3	3	3	12
Wirtschaft und Recht		-	-	-	2	2	-	4
Informationstechnologie ⁴⁾ (Schwerpunkt: Betriebswirtschaftslehre / Rechnungswesen)		4)	4)	4)	4)	4)	4)	7
Sport ⁹⁾		2+2	2+2	2+2	2+2	2+2	2+2	12 + 12
Musisch- ästhetische Bildung	Gestaltung (Ku, We, TG)	3	2	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	-	8
	Musik	2	2	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	-	7
Haushalt und Ernährung		-	-	2	-	-	-	2
Projekte / Schulleben ¹⁾		1	-	-	-	-	-	1
Gesamtstunden ¹⁾		1)	1)	1)	1)	1)	1)	180

Studentafel für die Realschule Wahlpflichtfächergruppe IIIa

Unterrichtsfach		Jahrgangsstufe						Gesamtstunden
		5	6	7	8	9	10	
Religionslehre/Ethik		2	2	2	2	2	2	12
Deutsch		5	5	4	4	4	4	26
Englisch		5	4	4	4	3	4	24
Zweite Fremdsprache (Französisch)		-	-	4	3	4	4	15
Geschichte		-	2	2	2	2	2	10
Erdkunde		2	2	2	2	2	-	10
Sozialkunde ²⁾		-	-	-	-	-	2	2
Betriebswirtschaftslehre/ Rechnungswesen		-	-	2	2	2	-	6
Mathematik		5	5	3	3	3	4	23
Physik		-	-	-	2	2	2	6
Chemie		-	-	-	-	2	2	4
Biologie ³⁾		2	2	2	2	-	2	10
Informationstechnologie ⁴⁾ (Schwerpunkt: Betriebswirtschaftslehre / Rechnungswesen)		4)	4)	4)	4)	4)	4)	6
Sport ⁹⁾		2+2	2+2	2+2	2+2	2+2	2+2	12 + 12
Musisch- ästhetische Bildung	Gestaltung (Ku, We, TG)	3	2	1	-	-	-	6
	Musik	2	2	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	-	7
Projekte / Schulleben ¹⁾		1	-	-	-	-	-	1
Gesamtstunden ¹⁾		1)	1)	1)	1)	1)	1)	180

Studentafel für die Realschule Wahlpflichtfächergruppe IIb⁶⁾

Unterrichtsfach		Jahrgangsstufe						Gesamtstunden
		5	6	7	8	9	10	
Religionslehre/Ethik		2	2	2	2	2	2	12
Deutsch		5	5	4	4	4	4	26
Englisch		5	4	4	4	3	4	24
Geschichte		-	2	2	2	2	2	10
Erdkunde		2	2	2	2	2	-	10
Sozialkunde ²⁾		-	-	-	-	-	2	2
Wirtschaft und Recht		-	-	-	-	2	-	2
Mathematik		5	5	3	3	3	4	23
Physik		-	-	-	2	2	2	6
Chemie		-	-	-	-	2	2	4
Biologie ³⁾		2	2	2	2	-	2	10
Wahlpflichtfach ⁷⁾		-	-	3	3	3	3	12
Informationstechnologie ⁴⁾ (Schwerpunkt: TZ/CAD oder Informatik oder Betriebswirtschaftslehre/Rechnungswesen)		4)	4)	4)	4)	4)	4)	8
Sport ⁹⁾		2+2	2+2	2+2	2+2	2+2	2+2	12 + 12
Musisch-ästhetische Bildung	Gestaltung ⁸⁾ (Ku, We, TG)	3	2	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	-	8
	Musik	2	2	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	1 ⁵⁾	8
Haushalt und Ernährung		-	-	2	-	-	-	2
Projekte / Schulleben ¹⁾		1	-	-	-	-	-	1
Gesamtstunden ¹⁾		1)	1)	1)	1)	1)	1)	180

Hinweise zur Studentafel für die Realschule

- 1) Je Jahrgangsstufe dürfen 28 Wochenstunden nicht unterschritten, 32 Wochenstunden nicht überschritten werden. Vorübergehende Kürzung des Unterrichts auf 177 Gesamtstunden: In Jahrgangsstufe 5 entfällt Projekte / Schulleben. Die Entscheidung, in welchen Fächern und Jahrgangsstufen jeweils eine Stunde gekürzt wird, trifft die Schulleitung in Absprache mit der Lehrerkonferenz und dem Schulforum. Die Erteilung von Unterricht in den Fächern Religionslehre und Sport bleibt davon unberührt.
- 2) Mit Inhalten aus dem Fach Wirtschaft und Recht.
- 3) In Jahrgangsstufe 10 mit Inhalten der Erziehungskunde.
- 4) Informationstechnologie ist mindestens bis einschließlich Jahrgangsstufe 9 zu unterrichten. Die Verteilung der Wochenstunden im Fach IT ist flexibel. Die Zahl der Gesamtstunden in IT ist verbindlich.
- 5) Die Verteilung der Wochenstunden in den Fächern Gestaltung bzw. Musik ist flexibel. Die Zahl der Gesamtstunden ist je Fach verbindlich.
- 6) Die Wahlpflichtfächergruppe IIb kann an einer Realschule grundsätzlich nur gebildet werden, wenn auch die Wahlpflichtfächergruppe IIIa zustande kommt.
- 7) - Als Wahlpflichtfach kann von der Schule eines der folgenden Fächer angeboten werden: Kunsterziehung oder Werken oder Haushalt und Ernährung oder Sozialwesen.
- Bei der Wahl von Haushalt und Ernährung als Wahlpflichtfach sind in Jahrgangsstufe 7 die 2 Wochenstunden Haushalt und Ernährung für den Bereich musisch-ästhetische Bildung (Gestaltung bzw. Musik) zu verwenden.
- 8) Das im Bereich Gestaltung gewählte Fach (Ku bzw. We) darf ab Jahrgangsstufe 7 nicht dem gewählten Wahlpflichtfach entsprechen.
- 9) In Jahrgangsstufen 5 und 6: 2 Std. Basissportunterricht (BSU) und 2 Std. Erweiterten Basissportunterricht (EBSU)
In Jahrgangsstufen 7 bis 10: 2 Std. Basissportunterricht und 2 Std. Differenzierter Sportunterricht (DSU)

Studentafel für die dreijährige Abendrealschule

Fach	Schuljahr		
	1	2	3
	Wochenstunden		
Deutsch ¹⁾	4	4	4
Englisch ¹⁾	5	4	4
Geschichte	1	1	1
Mathematik ¹⁾	4	4	4
Physik ¹⁾	2	2	2

Wahlpflichtfächergruppe I

Mathematik ¹⁾	-	1	1
IT	2	1	1
Chemie	1	1	1
Sozialkunde	-	1	1
Biologie oder Erdkunde	1	1	1
Wochensumme gesamt	20	20	20

Wahlpflichtfächergruppe II

Wirtschaft und Recht	1	1	-
Betriebswirtschaftlehre / Rechnungswesen ¹⁾	2	2	3
Erdkunde	1	1	1
Sozialkunde	-	1	1
Wochensumme gesamt	20	20	20

Wahlpflichtfächergruppe III

Soziallehre ¹⁾	2	3	3
Biologie ²⁾	1	1	1
Erdkunde ²⁾	1	1	1
Wochensumme gesamt	20	20	20

¹⁾ Die Pflichtunterrichtszeit an Abendrealschulen beträgt generell in jedem Schuljahr 20 Wochenstunden. Dabei müssen auf die Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik mindestens 3 Wochenstunden pro Fach und Schuljahr sowie auf das spezifische Abschlussprüfungsfach der jeweiligen Wahlpflichtfächergruppe mindestens 2 Wochenstunden pro Schuljahr entfallen.

²⁾ Der Unterricht in Biologie und Erdkunde kann auch folgendermaßen aufgeteilt werden:

Schuljahr 1 : Erdkunde 2 Stunden

Schuljahr 2 : Biologie 2 Stunden

Schuljahr 3 : Erdkunde und Biologie je 1 Stunde oder halbjährlich je 2 Stunden

2210-4-1-4-1-WFK

**Verordnung
zur Änderung der
Rahmenprüfungsordnung für die Fachhochschulen
Vom 20. Juli 2007 (GVBl S. 545)**

Auf Grund von Art. 61 Abs. 8 Satz 1, Art. 62 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und Art. 106 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl 245, BayRS 2210-1-1-WFK), geändert durch Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 320), und Art. 48 Satz 2 des Gesetzes über das Landesstrafrecht und das Ordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung – Landesstraf- und Ordnungsgesetz – LStVG – (BayRS 2011-2-I), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 27. Dezember 2004 (GVBl S. 540), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

**Änderung der Rahmenprüfungsordnung für die
Fachhochschulen**

Die Rahmenprüfungsordnung für die Fachhochschulen (RaPO) vom 17. Oktober 2001 (GVBl S. 686, BayRS 2210-4-1-4-1-WFK) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht erhält folgende Fassung:

„Inhaltsübersicht

§ 1 Geltungsbereich

Erster Teil

Bachelor- und Masterstudiengänge

- § 2 Regelstudienzeit, Aufbau des Studiums, praktisches Studiensemester
- § 3 Prüfungsorgane
- § 4 Prüfungszeit
- § 5 Nachteilsausgleich
- § 6 Verstöße gegen Prüfungsvorschriften
- § 7 Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen, Bildung von Endnoten
- § 8 Regeltermine und Fristen
- § 9 Rücktritt und Versäumnis
- § 10 Wiederholung
- § 11 Bestehen, Ermittlung des Prüfungsgesamtergebnisses
- § 12 Aufbewahrung von Prüfungsunterlagen

Zweiter Teil

Diplomstudiengänge

Abschnitt I

Allgemeines

- § 13 Regelstudienzeit, Aufbau des Studiums, praktische Studiensemester

§ 14 Prüfungen, akademische Grade

§ 15 Entsprechende Anwendung der Regelungen zu Bachelor- und Masterstudiengängen

Abschnitt II

**Anmeldung zur Prüfung, Anrechnung auf Studium und
Prüfung**

- § 16 Anmeldung zur Prüfung
- § 17 Anrechnung auf Studium und Prüfung

Abschnitt III

**Arten der Leistungsnachweise, Verfahren,
Bewertung, Wiederholung**

- § 18 Arten der Leistungsnachweise
- § 19 Schriftliche Prüfungen
- § 20 Mündliche Prüfungen
- § 21 Prüfungsstudienarbeiten
- § 22 Verfahren bei studienbegleitenden Leistungsnachweisen
- § 23 Bewertung, Bildung von Endnoten, Notenbekanntgabe
- § 24 Prüfungsgesamtnote, Gesamturteil
- § 25 Rücktritt und Versäumnis
- § 26 Wiederholung von Prüfungen
- § 27 Wiederholung von studienbegleitenden Leistungsnachweisen

Abschnitt IV

Vorprüfung

- § 28 Zulassung zur Vorprüfung
- § 29 Umfang der Vorprüfung, Prüfungsfächer
- § 30 Bestehen der Vorprüfung
- § 31 Fristen für die Ablegung der Vorprüfung, Nichtbestehen bei Fristüberschreitung
- § 32 Vorprüfungszeugnis

Abschnitt V

Diplomprüfung

- § 33 Zulassung zur Diplomprüfung
- § 34 Umfang der Diplomprüfung, Prüfungsfächer
- § 35 Diplomarbeit
- § 36 Bestehen der Diplomprüfung
- § 37 Fristen für die Ablegung der Diplomprüfung, Nichtbestehen bei Fristüberschreitung
- § 38 Diplomprüfungszeugnis

Abschnitt VI

Prüfungen am Ende der praktischen Studiensemester

- § 39 Zweck und Verfahren

§ 40 Erfolgreiche Ableistung von praktischem Studiensemester und Grundpraktikum

Dritter Teil

Postgraduale Studien und weiterbildendes Studium

§ 41 Postgraduale Studien

§ 42 Weiterbildendes Studium

Vierter Teil

Inkrafttreten

§ 43 Inkrafttreten“

2. Die Überschrift „Abschnitt I Allgemeines“ wird gestrichen.

3. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

Geltungsbereich

(1) ¹Diese Verordnung gilt für Studiengänge an den staatlichen Fachhochschulen in Bayern. ²Studiengänge mit den Abschlüssen Bachelor (Bachelorstudiengänge) und Master (Masterstudiengänge) unterfallen dem Ersten Teil (§§ 2 bis 12). ³Studiengänge mit dem Abschluss Diplom (Diplomstudiengänge) unterfallen dem Zweiten Teil (§§ 13 bis 40). ⁴Für entsprechende Studiengänge des postgradualen und weiterbildenden Studiums gilt diese Verordnung im Rahmen der Bestimmungen des Dritten Teils (§§ 41 und 42).

(2) Die Fachhochschulen erlassen die zu dieser Verordnung erforderlichen Prüfungsordnungen (Hochschulprüfungsordnungen).“

4. Nach § 1 wird folgender Erster Teil eingefügt:

„Erster Teil

Bachelor- und Masterstudiengänge

§ 2

Regelstudienzeit, Aufbau des Studiums, praktisches Studiensemester

(1) ¹Die Regelstudienzeit beträgt

1. bei Bachelorstudiengängen grundsätzlich sieben, in besonders begründeten Fällen sechs oder acht Semester,
2. bei Masterstudiengängen grundsätzlich drei, in besonders begründeten Fällen zwei oder vier Semester.

²Bei Studiengängen, die in Teilzeit durchgeführt werden, bestimmt sich die Regelstudienzeit nach Maßgabe der Hochschulprüfungsordnung.

(2) ¹Bachelorstudiengänge enthalten in der Regel ein praktisches Studiensemester, Masterstudiengänge können ein praktisches Studiensemester enthalten. ²Ein praktisches Studiense-

mester ist ein in das Studium integriertes, von der Hochschule geregeltes, inhaltlich bestimmtes, betreutes und mit Lehrveranstaltungen vorbereitetes und begleitetes Studiensemester, das in der Regel in einem Betrieb oder in einer anderen Einrichtung der Berufspraxis außerhalb der Hochschule abgeleistet wird und einer bereits deutlich berufsbezogenen Tätigkeit gewidmet ist. ³In der Regel umfasst es einschließlich der begleitenden Lehrveranstaltungen einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens 20 Wochen.

§ 3

Prüfungsorgane

(1) ¹Prüfungsorgane sind der Prüfungsausschuss, die Prüfungskommissionen sowie die Prüfer und Prüferinnen. ²Der Prüfungsausschuss und die Prüfungskommissionen werden nach Maßgabe der Hochschulprüfungsordnung gebildet und bestehen nach Maßgabe der Hochschulprüfungsordnung jeweils aus dem vorsitzenden Mitglied und mindestens zwei weiteren Mitgliedern. ³Mitglieder im Prüfungsausschuss oder in einer Prüfungskommission können Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen (Art. 2 Abs. 3 Satz 1 des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes – BayHSchPG) sein, die eine Lehrfähigkeit an einer Hochschule ausüben. ⁴Mitglieder in einer Prüfungskommission können auch Lehrkräfte für besondere Aufgaben (Art. 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BayHSchPG) sein; die Mehrheit der Mitglieder in einer Prüfungskommission muss der Gruppe der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen angehören.

(2) ¹Der Prüfungsausschuss ist für alle Prüfungsangelegenheiten zuständig, die nicht ausdrücklich einem anderen Prüfungsorgan zugewiesen sind. ²Insbesondere obliegen ihm folgende Aufgaben:

1. die Festlegung und Bekanntgabe des Prüfungszeitraums sowie die Termine, zu denen die Prüfungsergebnisse vorliegen müssen,
2. die Entscheidung von grundsätzlichen Fragen der Zulassung zu den Prüfungen sowie in sonstigen Prüfungsangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung,
3. die Überwachung der vorschriftsmäßigen Anwendung der Prüfungsbestimmungen,
4. die Behandlung von Widersprüchen gegen Prüfungsentscheidungen sowie die Entscheidung über Beschwerden in Prüfungsangelegenheiten und
5. die Entscheidung über den Nachteilsausgleich.

³Der Prüfungsausschuss kann rechtswidrige Entscheidungen anderer Prüfungsorgane beanstanden und aufheben. ⁴Andere Prüfungsorgane sind an die Beschlüsse des Prüfungsausschusses gebunden. ⁵Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei Prüfungen anwesend zu sein und an Sitzungen der Prüfungskommissionen beratend teilzunehmen.

(3) ¹Der Prüfungskommission obliegen folgende Aufgaben:

1. die Festsetzung und Bekanntgabe der Termine für die einzelnen Prüfungsleistungen,
2. die Bestellung der Prüfenden, die Zuordnung der Studierenden zu den Prüfenden sowie die Bestellung der Beisitzer bei mündlichen Prüfungen,
3. die Festsetzung und Bekanntgabe der zugelassenen Arbeits- und Hilfsmittel auf Vorschlag des Prüfenden, der mit der Aufgabenstellung betraut ist,
4. die Entscheidung über die Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen und einschlägiger, gleichwertiger Berufs- oder Schulausbildungen,
5. die Entscheidung über die Folgen von Verstößen gegen Prüfungsvorschriften,
6. die Entscheidung über Anträge auf Gewährung von Fristverlängerungen für die Ablegung von Prüfungsleistungen,
7. die Entscheidung über die Folgen des Nichterscheinens zu Prüfungen und
8. die Feststellung des Ergebnisses von Prüfungsleistungen.

²Die Hochschulprüfungsordnung kann der Prüfungskommission weitere Aufgaben übertragen.

(4) ¹In unaufschiebbaren Angelegenheiten entscheidet das vorsitzende Mitglied. ²Es hat die Mitglieder des jeweiligen Prüfungsorgans hiervon unverzüglich zu unterrichten. ³Das jeweilige Prüfungsorgan kann Entscheidungen seines vorsitzenden Mitglieds aufheben; bereits entstandene Rechte Dritter bleiben unberührt.

(5) ¹Der Prüfungsausschuss kann Entscheidungen nach Abs. 2 Satz 1 Nrn. 3 und 5 einem Mitglied oder mehreren Mitgliedern übertragen. ²Die Prüfungskommission kann Entscheidungen nach Abs. 3 Satz 1 Nrn. 4 bis 7 einem Mitglied oder mehreren Mitgliedern übertragen.

(6) ¹Zur Abnahme von Hochschulprüfungen sind neben den in Art. 62 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BayHSchG genannten Personen auch folgende Personen befugt, wenn sie in dem jeweiligen Prüfungsfach an einer Hochschule eine selbstständige Lehrtätigkeit ausüben oder ausgeübt haben:

1. Professoren und Professorinnen im Ruhestand,
2. Lehrbeauftragte,
3. Lehrkräfte für besondere Aufgaben und
4. wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

²In Prüfungsfächern, in denen überwiegend praktische Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden, sind zur Abnahme von Hochschul-

prüfungen auch in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen befugt. ³Den Prüfern und Prüferinnen obliegen nach Maßgabe der Regelungen der Prüfungskommission die Aufgabenstellung, die Prüfungsaufsicht und die Bewertung der Prüfungsleistungen.

§ 4

Prüfungszeit

(1) Der Beginn der Prüfungszeit richtet sich nach der Verordnung über die Vorlesungs-, Prüfungs- und Ferienzeit an den Fachhochschulen in Bayern vom 10. Oktober 1983 (GVBl S. 797, BayRS 2210-4-1-6-2-WFK) in der jeweils gelten- den Fassung.

(2) ¹In der letzten Woche der Vorlesungszeit können in eng begrenztem Umfang Prüfungen abgehalten werden. ²Der Vorlesungsbetrieb darf hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

(3) ¹Die Hochschulprüfungsordnung kann vorse- hen, dass in der Vorlesungszeit Prüfungster- mine festgelegt werden können

1. für Wiederholungsprüfungen,
2. in besonders begründeten Fällen für Prüfun- gen in weiterbildenden Masterstudiengängen,
3. für Prüfungsleistungen, insbesondere Studien- und Projektarbeiten, die nach ihrem Zweck während der Vorlesungszeit zu erbringen sind.

²Die Vorlesungszeit innerhalb eines Studienjah- res darf hierdurch nicht verkürzt werden.

(4) Die Hochschulprüfungsordnung regelt, bis wann und in welcher Form der Prüfungszeitraum und die Termine für die einzelnen Prüfungslei- stungen bekannt zu machen sind.

§ 5

Nachteilsausgleich

(1) ¹Studierenden, die wegen einer Behinde- rung nicht in der Lage sind, eine Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzu- legen, wird Nachteilsausgleich gewährt, soweit dies zur Herstellung der Chancengleichheit erforderlich ist. ²Der Nachteilsausgleich kann insbesondere in Form zusätzlicher Arbeits- und Hilfsmittel, einer angemessenen Verlängerung der Bearbeitungszeit oder der Ablegung der Prü- fung in einer anderen Form gewährt werden.

(2) ¹Ein Nachteilsausgleich ist schriftlich zu beantragen. ²Der Antrag soll spätestens mit der Anmeldung zur Prüfung gestellt werden.

(3) ¹Die Behinderung ist durch Vorlage eines ärztlichen Attests glaubhaft zu machen. ²Der Prüfungsausschuss legt fest, welche Angaben das ärztliche Attest enthalten muss; die Regelung ist hochschulöffentlich bekannt zu geben. ³Die

Hochschule kann ein Attest des Gesundheitsamts oder eines bestimmten Arztes (Vertrauensarzt) verlangen.

§ 6

Verstöße gegen Prüfungsvorschriften

(1) ¹Mit der Note „nicht ausreichend“ werden Prüfungsleistungen Studierender bewertet, die bei Abnahme der Prüfung eine Täuschungshandlung versucht oder begangen oder durch schuldhaftes Verhalten einen ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung unmöglich gemacht haben. ²Gleiches gilt, wenn ein Studierender durch schuldhaftes Verhalten die Zulassung zu einer Prüfung zu Unrecht herbeigeführt hat.

(2) In besonders schweren Fällen können auch die übrigen Prüfungsleistungen des Moduls oder des Prüfungsfachs, in dem die entsprechende Prüfungsleistung erbracht wurde, mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet werden.

§ 7

Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen, Bildung von Endnoten

(1) Der Bewertung der einzelnen Prüfungsleistung ist die individuelle Leistung des Studierenden zugrunde zu legen.

(2) ¹Für die Bewertung werden folgende Noten verwendet:

1 sehr gut	eine hervorragende Leistung
2 gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
3 befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
4 ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
5 nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

²Für die Bewertung werden nur ganze Noten vergeben. ³Die Hochschulprüfungsordnung kann vorsehen, dass die Noten um 0,3 erniedrigt oder erhöht werden; die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen. ⁴Die Hochschulprüfungsordnung kann vorsehen, dass Prüfungsleistungen, auf denen keine Endnoten beruhen, mit den Prädikaten „mit Erfolg abgelegt“ oder „ohne Erfolg abgelegt“ bewertet werden.

(3) ¹Prüfungsleistungen, die als nicht bestanden bewertet werden sollen, sind von zwei Prüfenden zu bewerten. ²Ist eine Prüfungsleistung unterschiedlich bewertet worden, sollen sich die Prüfenden auf eine übereinstimmende Bewertung einigen. ³Kommt eine Einigung nicht zustande, ergibt sich die Note aus dem auf eine Nachkommastelle abgerundeten arithmetischen Mittel.

(4) ¹Auf Grund der Bewertungen werden Endnoten gebildet. ²Sind die Noten mehrerer Prüfungsleistungen zu einer Endnote zusammenzufassen, ergibt sich die Note aus dem auf eine Nachkommastelle abgerundeten arithmetischen Mittel. ³Die Hochschulprüfungsordnung kann vorsehen, dass die Noten unterschiedlich gewichtet werden oder bestimmen, dass bei der Note „nicht ausreichend“ in einer der Prüfungsleistungen die Endnote „nicht ausreichend“ erteilt wird.

(5) Die Endnoten sowie die Note der Bachelor- oder Masterarbeit lauten bei einem Notendurchschnitt oder einer Note

von	1	bis	1,5	sehr gut
von	1,6	bis	2,5	gut
von	2,6	bis	3,5	befriedigend
von	3,6	bis	4,0	ausreichend
über	4,0			nicht ausreichend.

§ 8

Regeltermine und Fristen

(1) ¹Die Prüfungen sind so rechtzeitig abzulegen, dass die nach Maßgabe der Hochschulprüfungsordnung für das Bestehen der Bachelor- oder Masterprüfung erforderlichen ECTS-Punkte bis zum Ende der jeweiligen Regelstudienzeit erworben sind. ²Um die jeweilige Regelstudienzeit einzuhalten, sollen pro Fachsemester 30 ECTS-Punkte erworben werden.

(2) ¹In Bachelorstudiengängen ist nach Maßgabe der Hochschulprüfungsordnung bis zum Ende des zweiten Fachsemesters mindestens eine Prüfungsleistung aus den Grundlagen des jeweiligen Studiengangs zu erbringen (Grundlagen- und Orientierungsprüfung). ²Überschreiten Studierende die Frist nach Satz 1, gelten die noch nicht erbrachten Prüfungsleistungen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung als erstmals nicht bestanden.

(3) ¹In Bachelor- und Masterstudiengängen sollen bis zum Ende der jeweiligen Regelstudienzeit

1. in allen auf Prüfungen beruhenden Endnoten, von denen nach der Hochschulprüfungsordnung das Bestehen der Bachelor- oder Masterprüfung abhängt, sowie in der Bachelor- oder Masterarbeit mindestens die Note „ausreichend“ erzielt und

2. das praktische Studiensemester mit Erfolg abgeleistet werden

und damit die nach Maßgabe der Hochschulprüfungsordnung für das Bestehen der Bachelor- oder Masterprüfung erforderlichen ECTS-Punkte erworben werden. ²Studierende, die die Anforderungen nach Satz 1 am Ende der jeweiligen Regelstudienzeit nicht erfüllen, werden unter Hinweis auf die Regelung nach Satz 3 verwarnet; Näheres regelt die Hochschulprüfungsordnung; dabei kann insbesondere vorgesehen werden, dass die Studierenden ein Beratungsgespräch absolvieren müssen. ³Überschreiten Studierende die jeweilige Regelstudienzeit um mehr als drei Semester, ohne die Anforderungen nach Satz 1 zu erfüllen, gilt die Bachelor- oder Masterprüfung als endgültig nicht bestanden.

(4) ¹Die Fristen nach Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 3 können auf Antrag angemessen verlängert werden, wenn sie wegen Schwangerschaft, Erziehung eines Kindes, Krankheit oder anderer nicht zu vertretender Gründe nicht eingehalten werden können. ²Die Hochschulprüfungsordnung regelt das Verfahren der Fristverlängerung. ³Das Vorliegen der Gründe ist glaubhaft zu machen. ⁴Im Krankheitsfall ist ein ärztliches Attest vorzulegen. ⁵Der Prüfungsausschuss legt fest, welche Angaben das ärztliche Attest enthalten muss; die Regelung ist hochschulöffentlich bekannt zu geben. ⁶Die Hochschule kann ein Attest des Gesundheitsamts oder eines bestimmten Arztes (Vertrauensarzt) verlangen. ⁷Eine Fristverlängerung ist abzulehnen, wenn nach den Gesamtumständen ein erfolgreicher Studienabschluss nicht mehr zu erwarten ist. ⁸Wird keine Fristverlängerung gewährt oder wird die verlängerte Frist nicht eingehalten, gilt die Prüfungsleistung oder Prüfung als nicht bestanden.

(5) ¹In den Hochschulprüfungsordnungen können weitere Regeltermine und Fristen festgelegt werden. ²Dabei können auch weitere Fristen für den Nachweis von ECTS-Punkten festgelegt werden, deren Überschreitung nach Maßgabe der Hochschulprüfungsordnung das erstmalige oder endgültige Nichtbestehen noch nicht erbrachter Prüfungsleistungen zur Folge hat.

§ 9

Rücktritt und Versäumnis

(1) ¹Bei Rücktritt von einer Prüfung, die bereits angetreten wurde, wird die Note „nicht ausreichend“ erteilt, es sei denn, der Rücktritt erfolgte aus vom Studierenden nicht zu vertretenden Gründen. ²Die Prüfung ist mit Stellung der Prüfungsabgabe angetreten.

(2) ¹Die Hochschulprüfungsordnung kann Voraussetzungen für den Rücktritt von einer Prüfung festlegen; sind in der Hochschulprüfungsordnung keine Voraussetzungen für den Rücktritt festgelegt, gilt das Nichterscheinen zur Prüfung als wirksamer Rücktritt. ²Liegt kein wirksamer Rücktritt vor und hat der Studierende die Prüfung aus von ihm zu vertretenden Gründen versäumt, wird die Note „nicht ausreichend“ erteilt.

(3) ¹Die Gründe für den Rücktritt oder das Versäumnis nach den Abs. 1 und 2 müssen der Hochschule unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Eine während einer Prüfungsleistung eintretende Prüfungsunfähigkeit muss unverzüglich bei der Prüfungsaufsicht geltend gemacht werden; die Verpflichtung zur Anzeige und Glaubhaftmachung der Gründe bleibt unberührt. ³Bei krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit ist ein ärztliches Attest vorzulegen, das auf einer Untersuchung beruhen muss, die grundsätzlich am Tag der jeweiligen Prüfung erfolgt ist. ⁴§ 8 Abs. 4 Sätze 5 und 6 gelten entsprechend.

§ 10

Wiederholung

(1) ¹Wurde eine Prüfung mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet, kann sie einmal wiederholt werden. ²Eine zweite Wiederholung ist nach Maßgabe der Hochschulprüfungsordnung bei höchstens vier Prüfungen im Sinn von § 11 Abs. 1 Nr. 1 Halbsatz 1 möglich; die Hochschulprüfungsordnung kann weitere Zulassungsvoraussetzungen für die zweite Wiederholungsprüfung festlegen. ³Eine dritte Wiederholung ist ausgeschlossen. ⁴Die Wiederholungsprüfung muss im nächsten regulären Prüfungstermin, in der Regel innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Bewertung der jeweiligen Prüfung, abgelegt werden.

(2) ¹Wurde die Bachelor- oder Masterarbeit mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet, kann sie einmal mit einem neuen Thema wiederholt werden. ²Die wiederholte Bachelorarbeit muss spätestens sechs Monate, die wiederholte Masterarbeit spätestens neun Monate nach Bekanntgabe der ersten Bewertung abgegeben werden.

(3) ¹Die Fristen für die Ablegung von Wiederholungsprüfungen werden durch Beurlaubung oder Exmatrikulation nicht unterbrochen, es sei denn, die Beurlaubung oder Exmatrikulation ist durch Gründe im Sinn von § 8 Abs. 4 Satz 1 bedingt. ²Überschreiten Studierende die Fristen nach Abs. 1 oder 2, gilt die Prüfungsleistung als wiederholt und nicht bestanden. ³Für Fristverlängerungen gilt § 8 Abs. 4 entsprechend.

§ 11

Bestehen, Ermittlung des Prüfungsgesamtergebnisses

(1) Die Bachelor- oder Masterprüfung ist bestanden, wenn

1. in allen auf Prüfungen beruhenden Endnoten, von denen nach der Hochschulprüfungsordnung das Bestehen der Bachelor- oder Masterprüfung abhängt, sowie in der Bachelor- oder Masterarbeit mindestens die Note „ausreichend“ erzielt und
2. das praktische Studiensemester mit Erfolg abgeleistet wurde

und damit die nach Maßgabe der Hochschulprüfungsordnung für das Bestehen der Bachelor- oder Masterprüfung erforderlichen ECTS-Punkte erworben wurden.

(2) ¹Das Prüfungsgesamtergebnis ergibt sich aus dem auf eine Nachkommastelle abgerundeten arithmetischen Mittel aus den Endnoten und der Note der Bachelor- oder Masterarbeit. ²Sieht die Hochschulprüfungsordnung vor, dass den Endnoten in einem Klammerzusatz der Notenwert mit einer Nachkommastelle angefügt wird, werden diese Notenwerte zugrunde gelegt. ³Die Hochschulprüfungsordnung kann vorsehen, dass die Endnoten sowie die Note der Bachelor- oder Masterarbeit unterschiedlich gewichtet werden. ⁴Werden Studien- oder Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und nach Maßgabe der Hochschulprüfungsordnung in die Berechnung des Prüfungsgesamtergebnisses einzubeziehen; bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen, der bei der Berechnung nicht zu berücksichtigen ist.

(3) Auf Grund des Prüfungsgesamtergebnisses wird ein Gesamturteil gebildet:

bei einem Prüfungsgesamtergebnis von 1,0 bis 1,2	mit Auszeichnung bestanden
bei einem Prüfungsgesamtergebnis von 1,3 bis 1,5	sehr gut bestanden
bei einem Prüfungsgesamtergebnis von 1,6 bis 2,5	gut bestanden
bei einem Prüfungsgesamtergebnis von 2,6 bis 3,5	befriedigend bestanden
bei einem Prüfungsgesamtergebnis von 3,6 bis 4,0	bestanden.

(4) Auf Grund des Prüfungsgesamtergebnisses soll eine relative Note berechnet werden, wobei als Grundlage für die Berechnung je nach Größe des Abschlussjahrgangs außer dem Abschlussjahrgang mindestens zwei vorhergehende Jahrgänge als Kohorte zu erfassen sind:

die besten	10 v.H.	A
die nächsten	25 v.H.	B
die nächsten	30 v.H.	C
die nächsten	25 v.H.	D
die letzten	10 v.H.	E

§ 12

Aufbewahrung von Prüfungsunterlagen

(1) ¹Prüfungsunterlagen sind zwei Jahre auf-

zubewahren; soweit im Rahmen der Prüfungen gestalterische Arbeiten angefertigt wurden, gilt die Aufbewahrungspflicht nur für die nach Maßgabe der Hochschulprüfungsordnung zu erstellende Dokumentation in digitaler Form. ²Für die Dauer von 50 Jahren aufzubewahren ist eine reduzierte Prüfungsakte, in der Unterlagen über die Immatrikulationsdauer, die Prüfungsergebnisse, die Exmatrikulation und die Verleihung des akademischen Grades enthalten sind; die Aufbewahrung kann auch in digitaler Form erfolgen.

(2) ¹Die Aufbewahrungsfrist nach Abs. 1 Satz 1 beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem dem Studierenden die Bewertung der jeweiligen Prüfungsleistung mitgeteilt wurde. ²Die Aufbewahrungsfrist nach Abs. 1 Satz 2 beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Studierende exmatrikuliert wurde.

(3) ¹Die Prüfungsunterlagen sind nach Ablauf der jeweiligen Aufbewahrungsfrist zu vernichten, wenn sie nicht mit Einverständnis des jeweiligen Studierenden zu Hochschulzwecken aufbewahrt oder als archivwürdige Unterlagen im Archiv der jeweiligen Hochschule oder in einem staatlichen Archiv archiviert werden. ²Prüfungsunterlagen dürfen nicht ausgesondert oder vernichtet werden, wenn und solange gegen eine Prüfungsentcheidung Widerspruch oder Klage erhoben und das Verfahren nicht rechtskräftig abgeschlossen wurde.“

5. Nach § 12 werden folgende Überschriften eingefügt:

„Zweiter Teil

Diplomstudiengänge

Abschnitt I

Allgemeines“

6. Der bisherige § 2 wird § 13 und wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Regelstudienzeit, Aufbau des Studiums, praktische Studiensemester“

b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Ein praktisches Studiensemester ist ein in das Studium integriertes, von der Hochschule geregeltes, inhaltlich bestimmtes, betreutes und mit Lehrveranstaltungen vorbereitetes und begleitetes Studiensemester, das in der Regel in einem Betrieb oder in einer anderen Einrichtung der Berufspraxis außerhalb der Hochschule abgeleistet wird. ²Ein praktisches Studiensemester umfasst einschließlich der begleitenden Lehrveranstaltungen einen in der Regel zusammenhängenden Zeitraum von mindestens 20 Wochen. ³An Stelle des ersten praktischen Studiensemesters kann bei geeigneten Studiengängen nach Maßgabe der Studien- und Prüfungsordnung

ein Grundpraktikum vorgesehen werden. ⁴Das Grundpraktikum wird durch mindestens ein Studienfach begleitet und umfasst in der Regel einen Zeitraum von 18 Wochen, die nicht in der Vorlesungszeit abgeleistet werden müssen; im Übrigen gilt Satz 1 entsprechend. ⁵Das erste praktische Studiensemester und das Grundpraktikum vermitteln im Allgemeinen eine Einführung in grundlegende Verfahren und Arbeitsweisen; das zweite praktische Studiensemester ist einer bereits deutlich berufsbezogenen Tätigkeit gewidmet.“

c) In Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „nach den Absätzen 1 und 2“ durch die Worte „nach Abs. 1“ ersetzt.

7. Der bisherige § 3 wird § 14 und wie folgt geändert:

a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „Diplom- und die Bachelorprüfung schließen“ durch die Worte „Diplomprüfung schließt“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „dienen“ durch das Wort „dient“ ersetzt.

b) Abs. 5 wird aufgehoben.

8. Die Überschrift „Abschnitt II Prüfungsorgane“ wird gestrichen.

9. Der bisherige § 4 wird § 15 und erhält folgende Fassung:

„§ 15

Entsprechende Anwendung der Regelungen zu Bachelor- und Masterstudiengängen

Für die Prüfungsorgane, die Prüfungszeit, den Nachteilsausgleich, Verstöße gegen Prüfungsvorschriften und die Aufbewahrung von Prüfungsunterlagen gelten die §§ 3, 4, 5, 6 und 12 entsprechend.“

10. Die bisherigen §§ 5 bis 8 werden aufgehoben.

11. Der bisherige Abschnitt III wird Abschnitt II und erhält folgende Überschrift:

„Anmeldung zur Prüfung, Anrechnung auf Studium und Prüfung“

12. Der bisherige § 9 wird aufgehoben.

13. Der bisherige § 10 wird § 16; in Abs. 1 Satz 1 wird das Komma nach dem Wort „Vorprüfung“ gestrichen und werden die Worte „Diplom- oder Bachelorprüfung“ durch die Worte „oder Diplomprüfung“ ersetzt.

14. Der bisherige § 11 wird § 17; in Abs. 4 werden die Worte „in der Verordnung über die praktischen Studiensemester an Fachhochschulen in Bayern (BayRS 2210-4-1-6-1-WFK) in ihrer jeweils gültigen Fassung verlangte berufspraktische Tätigkeit“ durch die Worte „berufspraktische Tätigkeiten gemäß § 13 Abs. 2“ ersetzt.

15. Der bisherige Abschnitt IV wird Abschnitt III und erhält folgende Überschrift:

„Arten der Leistungsnachweise, Verfahren, Bewertung, Wiederholung“

16. Der bisherige § 12 wird § 18; in Abs. 1 Satz 5 werden das Komma und die Worte „die Bachelorprüfung eine Bachelorarbeit“ gestrichen.

17. Der bisherige § 13 wird § 19 und wie folgt geändert:

a) In Abs. 3 Satz 4 wird „§ 20“ durch „§ 6“ ersetzt.

b) In Abs. 4 Satz 1 werden die Worte „Diplom- und Bachelorprüfung“ durch das Wort „Diplomprüfung“ ersetzt.

18. Der bisherige § 14 wird § 20; in Abs. 1 Satz 2 wird „§ 4 Abs. 2“ durch „§ 3 Abs. 6“ ersetzt.

19. Der bisherige § 15 wird § 21 und wie folgt geändert:

a) In Abs. 3 wird „§ 31“ durch „§ 35“ ersetzt.

b) In Abs. 4 Satz 1 wird „§ 13“ durch „§ 19“ ersetzt.

20. Der bisherige § 16 wird § 22; Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden jeweils „§ 13“ durch „§ 19“ und „§ 9“ durch „§ 4“ ersetzt.

b) In Satz 2 wird „§ 14“ durch „§ 20“ ersetzt.

21. Der bisherige § 17 wird aufgehoben.

22. Der bisherige § 18 wird § 23 und wie folgt geändert:

a) In Abs. 7 werden die Worte „und der Bachelorarbeit“ gestrichen.

b) In Abs. 9 Satz 3 werden „§ 28“ durch „§ 32“, die Worte „Diplom- und Bachelorprüfung“ durch das Wort „Diplomprüfung“ und „§ 34“ durch „§ 38“ ersetzt.

23. Der bisherige § 19 wird § 24; Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte „Diplom- oder Bachelorarbeit und allen im Diplom- bzw. Bachelorprüfungszeugnis“ durch die Worte „Diplomarbeit und allen im Diplomprüfungszeugnis“ ersetzt.

b) In Satz 2 werden die Worte „Diplom- oder Bachelorprüfungszeugnis“ durch das Wort „Diplomprüfungszeugnis“ ersetzt.

c) In Satz 3 werden die Worte „Diplom- und Bachelorarbeit“ durch das Wort „Diplomarbeit“ ersetzt.

d) In Satz 4 werden nach dem Wort „Viertel“ das

- Komma und die Worte „durch die Bachelorarbeit höchstens zu einem Fünftel“ gestrichen.
- e) In Satz 6 werden „§ 34“ durch „§ 38“ und „§ 28“ durch „§ 32“ ersetzt.
24. Die Überschrift „Abschnitt V Besondere Vorwissenisse“ wird gestrichen.
25. Der bisherige § 20 wird aufgehoben.
26. Der bisherige § 21 wird § 25.
27. Die Überschrift „Abschnitt VI Wiederholung“ wird gestrichen.
28. Der bisherige § 22 wird § 26 und wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 Satz 2 wird „§ 18“ durch „§ 23“ ersetzt.
- b) In Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „spätestens innerhalb eines weiteren Jahres nach Ablauf des jeweiligen Prüfungsverfahrens“ durch die Worte „im nächsten regulären Prüfungstermin, in der Regel innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Bewertung der jeweiligen Prüfung“ ersetzt.
- c) In Abs. 4 Satz 3 wird „§ 21“ durch „§ 25“ ersetzt.
- d) Abs. 5 wird wie folgt geändert:
- aa) In den Sätzen 1 und 2 werden jeweils die Worte „Diplom- oder Bachelorarbeit“ durch das Wort „Diplomarbeit“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird „§ 31“ durch „§ 35“ ersetzt.
- e) Abs. 6 wird wie folgt geändert:
- aa) In den Sätzen 1 und 3 werden jeweils die Worte „Diplom- oder Bachelorprüfung“ durch das Wort „Diplomprüfung“ ersetzt.
- bb) In Satz 4 werden die Worte „Diplom- oder Bachelorarbeit“ durch das Wort „Diplomarbeit“ ersetzt.
29. Der bisherige § 23 wird § 27 und wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 Satz 1 wird jeweils „§ 22“ durch „§ 26“ ersetzt.
- b) In Abs. 2 wird „§ 36“ durch „§ 39“ ersetzt.
30. Der bisherige Abschnitt VII wird Abschnitt IV.
31. Die bisherigen §§ 24 bis 26 werden §§ 28 bis 30.
32. Der bisherige § 27 wird § 31 und wie folgt geändert:
- a) In Abs. 3 Satz 2 wird „§ 22“ durch „§ 26“ ersetzt.
- b) In Abs. 4 wird „§§ 22 oder 23“ durch „§§ 26 oder 27“ ersetzt.
33. Der bisherige § 28 wird § 32; Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 2 werden die Worte „bzw. Bachelor-Vorprüfungszeugnis“ gestrichen.
- b) In Satz 4 wird „§ 18“ durch „§ 23“ ersetzt.
- c) In Satz 5 wird „§ 11“ durch „§ 17“ ersetzt.
34. Der bisherige Abschnitt VIII wird Abschnitt V und erhält folgende Überschrift:
- „Diplomprüfung“**
35. Der bisherige § 29 wird § 33; in Abs. 3 Satz 2 wird „§ 24“ durch „§ 28“ ersetzt.
36. Der bisherige § 30 wird § 34; in Satz 3 wird „§ 25“ durch „§ 29“ ersetzt.
37. Der bisherige § 31 wird § 35 und wie folgt geändert:
- a) In Abs. 3 Satz 1 wird „§ 29“ durch „§ 33“ ersetzt.
- b) In Abs. 4 Satz 7 wird „§ 21“ durch „§ 25“ ersetzt.
- c) In Abs. 8 Satz 1 wird „§ 13“ durch „§ 19“ ersetzt.
38. Der bisherige § 32 wird § 36; in Satz 3 wird „§ 26“ durch „§ 30“ ersetzt.
39. Der bisherige § 33 wird § 37; in Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 2 wird jeweils „§ 27“ durch „§ 31“ ersetzt.
40. Der bisherige § 34 wird § 38; in Satz 3 und Satz 7 wird jeweils „§ 28“ durch „§ 32“ ersetzt.
41. Der bisherige § 35 wird aufgehoben.
42. Der bisherige Abschnitt IX wird Abschnitt VI.
43. Der bisherige § 36 wird § 39; in Abs. 3 Satz 2 werden „§ 23“ durch „§ 27“, „§§ 27 und 33“ durch „§§ 31 und 37“ und „§ 14“ durch „§ 20“ ersetzt.
44. Der bisherige § 37 wird § 40.
45. Der bisherige Abschnitt X sowie die bisherigen §§ 38 und 39 werden aufgehoben.
46. Der bisherige Abschnitt XI wird Dritter Teil.
47. Der bisherige § 40 wird § 41 und wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:
- „(1) Für Zusatz-, Ergänzungs- und Aufbau-studien (postgraduale Studien), die nicht mit einer Masterprüfung abschließen, gelten die §§ 15 bis 23, § 24 Abs. 1 Satz 6 und Abs. 2, §§ 25 bis 27 und §§ 33 bis 40 entsprechend, soweit Abs. 2 keine abweichende Regelung trifft.“

- b) Abs. 2 wird aufgehoben.
- c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 2; in Satz 2 wird „§ 27“ durch „§ 31“ ersetzt.
- d) Abs. 4 wird aufgehoben.
- 48. Der bisherige § 41 wird § 42; nach dem Wort „Studiengänge“ werden die Worte „, die nicht mit einer Masterprüfung abschließen,“ eingefügt und „§ 40“ wird durch „§ 41“ ersetzt.
- 49. Der bisherige Abschnitt XII wird Vierter Teil; in der Überschrift wird das Wort „In-Kraft-Treten“ durch das Wort „Inkrafttreten“ ersetzt.
- 50. Der bisherige § 42 wird § 43 und wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift wird das Wort „In-Kraft-Treten“ durch das Wort „Inkrafttreten“ ersetzt.
 - b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird „§ 11“ durch „§ 17“ und „§ 13“ durch „§ 19“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird „§ 27“ durch „§ 31“ ersetzt.

§ 2

Übergangsvorschriften

(1) ¹Die Hochschulprüfungsordnungen sind spätestens zum 30. September 2008 an die durch § 1 geänderte Rahmenprüfungsordnung für die Fachhochschulen (RaPO) vom 17. Oktober 2001 (GVBl S. 686, BayRS 2210-4-1-4-1-WFK) anzupassen. ²Art. 100 Abs. 1 BayHSchG bleibt unberührt.

(2) Für Studierende, die ihr Studium vor dem Wintersemester 2007/08 aufgenommen haben, gilt der durch § 1 Nr. 4 eingefügte § 8 Abs. 3 Satz 3 der Rahmenprüfungsordnung für die Fachhochschulen (RaPO) vom 17. Oktober 2001 (GVBl S. 686, BayRS 2210-4-1-4-1-WFK) mit der Maßgabe, dass die Frist bei Bachelorstudiengängen um mehr als vier Semester überschritten sein muss.

(3) Soweit bei der zuständigen Behörde bis zum 31. Dezember 2012 ein Antrag auf Nachdiplomierung gestellt wurde, finden die Bestimmungen der Verordnung über die Nachdiplomierung der Absolventen von Fachhochschulstudiengängen sowie von Ingenieurschulen oder gleichrangigen Bildungseinrichtungen, die in den Fachhochschulbereich einbezogen wurden – Nachdiplomierungsverordnung – vom 7. Oktober 1980 (BayRS 2210-4-8-6-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Januar 1991 (GVBl S. 53), Anwendung.

§ 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 2007 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 30. September 2007 tritt die Verordnung über die praktischen Studiensemester an Fachhochschulen (Praxissemesterverordnung – PrSV) vom 16. Oktober 2002 (GVBl S. 589, BayRS 2210-4-1-6-1-WFK) außer Kraft.

(3) Mit Ablauf des 31. Dezember 2012 tritt die Verordnung über die Nachdiplomierung der Absolventen von Fachhochschulstudiengängen sowie von Ingenieurschulen oder gleichrangigen Bildungseinrichtungen, die in den Fachhochschulbereich einbezogen wurden – Nachdiplomierungsverordnung – vom 7. Oktober 1980 (BayRS 2210-4-8-6-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Januar 1991 (GVBl S. 53), außer Kraft.

(4) Die durch die außer Kraft getretenen und aufgehobenen Vorschriften eingetretenen Rechtswirkungen und erworbenen subjektiven Rechte und Berechtigungen bleiben unberührt.

München, den 20. Juli 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2230.9-UK

Medienpädagogisch-informationstechnische Beratung in Bayern

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 26. Juni 2007 Az.: III.4-5 S 1356-5.41 867

Angesichts zahlreicher technischer Neuerungen, der neuen Formen der Verankerung von neuen Medien im Unterricht und der Herausforderungen im Bereich des Jugendmedienschutzes erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Regelungen für die seit 2002 bestehende Medienpädagogisch-informationstechnische Beratung („MiB“) in Bayern:

1. Das Netzwerk der Medienpädagogisch-informationstechnischen Beratung steht in allen und für alle Schularten zur Verfügung. Hintergrund ist, dass Schulen und Lehrkräfte zur Umsetzung der fächerübergreifenden Lehrplanziele „Medienerziehung und Informationstechnische Bildung“ kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner haben.
2. Die Tätigkeit der Beratungslehrkräfte besteht vor allem darin, Wissen und Fertigkeiten über medienpädagogische und informationstechnische Themen durch Fortbildungsmaßnahmen, die Bereitstellung von Materialien und Beratung an den Schulen zu verbreiten. Es ist das Anliegen der Gruppe, die sinnvolle Nutzung von modernen Medien im Bereich von Schule und Unterricht zu fördern.
3. Zu den Aufgaben der Medienpädagogisch-informationstechnischen Beratungslehrkräfte gehören folgende Aktivitäten in den Schulen und im Bereich der Lehreraus- und -fortbildung:
 - Die Medienpädagogisch-informationstechnischen Beratungslehrkräfte bilden angehende Lehrkräfte und aktive Lehrkräfte in den unter Nr. 4 genannten Bereichen fort. Bei großen Einzugsbereichen soll sich die Fortbildung ggf. auf Veranstaltungen mit Multiplikatoren, z.B. Seminarlehrkräften, konzentrieren.

Die Fortbildungen werden entweder von den Medienpädagogisch - informationstechnischen Beratungslehrkräften (in Rücksprache mit der zuständigen Dienststelle) selbst initiiert oder finden auf Einladung von Schulen und Institutionen statt. Die Beratungslehrkräfte arbeiten

schwerpunktmäßig im regionalen Bereich, können aber auch für überregionale Veranstaltungen angefordert werden, etwa wenn sie Fachleute für spezielle Themenbereiche sind. In diesem Zusammenhang können sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch eine Expertentätigkeit ausüben, etwa bei der Beratung von Dienststellen oder dem Staatsministerium.

Die Betreuung von über die Medienerziehung hinausgehenden digitalen Angeboten der Dienststellen gehört nicht zu den Aufgaben der Medienpädagogisch - informationstechnischen Beratungslehrkraft.

- Sie stehen den Schulen in ihrem Zuständigkeitsbereich für Informationen zum Jugendmedienschutz zur Verfügung, etwa für lokale Informationsveranstaltungen für Erziehungsberechtigte oder Lehrkräfte.
 - Sie stehen Aufwandsträgern bei der Ausstattung von Schulen mit passender und pädagogisch geeigneter Hard- und Software bei Bedarf beratend zur Seite.
 - Sie nehmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Aufgaben im schulnahen außerschulischen Bereich wahr, etwa bei der Beratung von Erziehungsberechtigten, Erzieherinnen und Erziehern sowie Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern.
4. Die Medienpädagogisch-informationstechnischen Beratungslehrkräfte gelten als Ansprechpartner sowohl für Lehrkräfte mit geringen Vorerfahrungen als auch für Lehrkräfte mit umfangreichem Vorwissen im Medienbereich und sind (jeweils bezogen auf die von ihnen vertretene Schulart) in folgenden Themengebieten tätig:
 - Vermittlung informationstechnischer und medienpädagogischer Kenntnisse
 - Erarbeitung von Konzepten für den Einsatz von neuen Medien im Unterricht (ggf. auch in Zusammenarbeit mit Fachlehrkräften) und Erstellung sowie zentrale (auch digitale) Bereitstellung von Beratungsmaterial
 - Information über aktuelle, die Schulen und die Erziehungsberechtigten betreffende Fragen des Jugendmedienschutzes und Bereitstellung von passendem Beratungsmaterial (ggf. auch in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Jugendarbeit)

- Vermittlung von Kenntnissen in der Mediengestaltung an Lehrkräfte
 - Auswahl und Vorstellung geeigneter Bildungssoftware (ggf. auch fachbezogen) und im Rahmen der Möglichkeiten Zuarbeit zur Datenbank i-CD-ROM am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung
 - Mitwirkung an der Umsetzung von landesweiten, durch staatliche Stellen genehmigten oder initiierten medienpädagogisch-informationstechnischen Maßnahmen
5. Im Bereich der Grund- und Hauptschulen sind die Medienpädagogisch - informationstechnischen Beratungslehrkräfte dem jeweiligen Schulamt zugeordnet, im Bereich der Förderschule und der beruflichen Schulen (ohne Fachoberschulen und Berufsoberschulen) den Regierungen und im Bereich der Realschulen, der Gymnasien und der Fachoberschulen und Berufsoberschulen den Ministerialbeauftragten. Die fachliche Betreuung obliegt der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen.
6. Zwischen den Medienpädagogisch-informationstechnischen Beratungslehrkräften besteht eine enge fachliche Zusammenarbeit, die von der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung koordiniert wird. Zentrale Ergebnisse der Arbeit können im dort angesiedelten Internetauftritt www.mib-bayern.de bereitgestellt werden. Auf regionaler Ebene findet nach Möglichkeit und Bedarf eine Kooperation mit den kommunalen Medienzentren statt. Nach Bedarf können die Beratungslehrkräfte auch den Kontakt zu weiteren Institutionen suchen, die auf dem Gebiet der Medienpädagogik tätig sind, etwa dem FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht oder dem JFF Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis.
7. Die Medienpädagogisch-informationstechnischen Beratungslehrkräfte legen ihren Dienststellen sowie in Kopie der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung eine schriftliche Jahresplanung vor. Sie evaluieren ihre Tätigkeit und berichten darüber jeweils bis zum 31. Juli eines Jahres den zuständigen Stellen.
8. Zu Medienpädagogisch-informationstechnischen Beratungslehrkräften sollen besonders qualifizierte und motivierte Lehrkräfte ernannt werden, die in der Lage sind, die vielfältigen Anliegen der Medienpädagogik und der Informationstechnik kompetent, verantwortlich und in einer sinnvollen Auswahl zu vermitteln.
- Bei Stellenbesetzungen werden Bewerberinnen und Bewerber in der nachstehenden, hierarchisch zu verstehenden Reihenfolge berücksichtigt:
- 8.1 Lehrkräfte mit abgeschlossenem Erweiterungsstudium der Medienpädagogik oder gleichwertiger universitärer Ausbildung (Anerkennung durch das Staatsministerium),
- 8.2 Lehrkräfte, die sich nachweislich auf die Prüfung im Erweiterungsstudium Medienpädagogik vorbereiten. Sie sollten fähig sein, Unterrichtskonzepte unter Einbindung der neuen Medien zu entwickeln, besonderes Interesse an medienerzieherischen Themen zeigen und diese Themen überzeugend in Fortbildung und Beratung vermitteln können.
- 8.3 Lehrkräfte, die Erfahrung in der Umsetzung medienpädagogischer und informationstechnischer Beratung besitzen und dazu bereits erfolgreich Fortbildungen durchgeführt haben.
- Es wird darauf hingewiesen, dass die Auswahl einer geeigneten Bewerberin oder eines geeigneten Bewerbers in jedem Fall unter Mitwirkung der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung erfolgt. Hierzu werden der Akademie vor der Entscheidung für eine Bewerberin oder einen Bewerber alle maßgeblichen Unterlagen zur Verfügung gestellt, damit sie eine Stellungnahme abgeben kann.
9. Voraussetzung für die Bestellung zur Medienpädagogisch-informationstechnischen Beratungslehrkraft sind
- 9.1 die aktive Lehrtätigkeit an einer Schule im Zuständigkeitsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus,
- 9.2 der Nachweis über das erfolgreiche Bestehen des Erweiterungsstudiums Medienpädagogik (für eine unbefristete Ernennung) oder der Nachweis über die Vorbereitung des Examens bzw. adäquate Vorkenntnisse (für eine jeweils auf ein Jahr befristete Ernennung),
- 9.3 ein Bewerbungsgespräch bei der zuständigen Dienststelle
10. Die Ausschreibung der Stellen erfolgt durch die zuständigen Dienststellen unter Information der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung.
11. Die Bestellung erfolgt zunächst in jedem Fall befristet für ein Jahr. Im Anschluss kann sie auf Antrag der Medienpädagogisch-informationstechnischen Beratungslehrkraft entfristet werden, sofern die dazu notwendigen Voraussetzungen nach Nr. 9 erfüllt sind und das Einverständnis der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen vorliegt.
12. Für die Tätigkeit werden Anrechnungsstunden sowie eine Stellenzulage nach den Vorgaben der jeweiligen Schulart gewährt.
13. Die Tätigkeit als Medienpädagogisch-informationstechnische Beratungslehrkraft wird im Rahmen der dienstlichen Beurteilung gewürdigt.
- Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 2007 in Kraft. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 28. Februar 2002 (KWMBI I S. 88, StAnz Nr. 12) wird zu diesem Zeitpunkt aufgehoben.

Erhard
Ministerialdirektor

2160-UK

Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 28. Juni 2007 Az.: II.7-5 K 6080-3.65 770

Herr Staatsminister Schneider und die Präsidentin des Bayerischen Jugendrings, Frau Kobriger, haben am 20. Juni 2007 eine gemeinsame Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit unterzeichnet. Der Text der Rahmenvereinbarung sowie von zwei Mustervereinbarungen befinden sich in der Anlage dieser Bekanntmachung.

Die Rahmenvereinbarung fußt auf zwei Merkmalen der Jugendarbeit, die die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule unterstützen und ergänzen können:

1. Bildungsauftrag der Jugendarbeit

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz SGB VIII schreibt in § 11 der Jugendarbeit einen eigenständigen Bildungsauftrag zu. Schwerpunkte der Bildungsarbeit liegen neben der Werteorientierung (nach Verbänden mit unterschiedlichen Schwerpunkten), einer Freizeit-, Medien- und Umwelterziehung vor allem in der Ausbildung und Stärkung personaler und sozialer Kompetenzen.

Diesen Bildungsauftrag erfüllt die Jugendarbeit vor allem in eigenen Veranstaltungen und Einrichtungen der Jugendverbände oder Jugendringe.

2. Gleiche Menschen – gleiche Ziele

Die der Jugendarbeit zugrunde liegenden Bildungsziele überschneiden sich teilweise eng mit

Bildungszielen der Schule, was Kompetenzen im personalen und sozialen Bereich anbelangt, Freizeit-, Umwelt- oder Medienverhalten. Es sind auch größtenteils dieselben Menschen – vormittags in der Schule, nachmittags im Jugendverband. Die Jugendarbeit in Bayern erreicht mit ihren Angeboten ca. 88% der Jugendlichen, immerhin noch 65% mit eigenem Engagement in einem Verband.

Praxis der Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit

Der Bayerische Jugendring hat in einem Modellprojekt J.a.m.b.u.s. (Jugendarbeit macht Bildung und Schule, www.jambus.bjr.de) verschiedene Möglichkeiten der Zusammenarbeit erprobt. Beteiligt waren alle Schularten und erprobt wurden unterschiedliche inhaltliche und organisatorische Modelle von der reinen Jugendverbandsarbeit über inhaltliche Kooperationen bis hin zu organisatorischen Kooperationen.

Über dieses Modellprojekt hinaus gibt es in fast allen Landkreisen bereits eine Fülle konkreter Kooperationen, die vor Ort von Schule und Jugendverband bzw. Kreis- oder Stadtjugendring eingerichtet wurden.

Rahmenvereinbarung

Die neue Rahmenvereinbarung hat zum Ziel, bestehende Kooperationen zu stärken sowie weitere Schulen und Jugendverbände zu Kooperationen zu ermuntern.

E r h a r d
Ministerialdirektor

Anlage

Rahmenvereinbarung Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit

Zwischen dem Freistaat Bayern, vertreten durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus, dieses vertreten durch Herrn Staatsminister Siegfried Schneider
und
dem Bayerischen Jugendring, KdöR, vertreten durch Martina Kobriger, Präsidentin
wird folgende Vereinbarung zur Unterstützung der Kooperation von Schulen mit Trägern der Jugendarbeit geschlossen.

Gemeinsam mit der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule soll diese Kooperation dazu beitragen, Kinder und Jugendliche in ihren individuellen Fähigkeiten und Interessen zu fördern, ihre Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen und gesellschaftliche Mitverantwortung und soziales Engagement anzuregen.

Wesentliche Grundlagen sind das Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung, die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zur „Förderung der offenen Ganztagsschule für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 10“ vom 6. Februar 2007 (KWMBI I S. 54), das SGB VIII (§ 11) sowie rechtliche Regelungen zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe (SGB VIII § 81 Abs. 1 Nr. 1 und Art. 31 BayEUG).

1. Präambel

Junge Menschen wachsen heute in eine Welt hinein, in der sich tiefgreifende Veränderungen vollziehen. Neue Familienstrukturen, technische und wirtschaftliche Neuerungen, die wachsende Bedeutung europäischer und globaler Perspektiven und moderne Medien stellen hohe Anforderungen an die Lern- und Verarbeitungsleistungen von Kindern und Jugendlichen. Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sind deshalb stärker als bisher gefordert, für Bildung, Erziehung und Betreuung den ihnen möglichen Beitrag für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu leisten. Hierzu gehört auch die Kooperation und Öffnung untereinander.

Kultusministerkonferenz und Jugendministerkonferenz haben sich mehrfach mit Fragen der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule befasst und in einem gemeinsamen Beschluss (KMK 3./4. Juni 2004) eine engere Zusammenarbeit in mehreren Feldern der Bildungs- und Erziehungsarbeit, darunter auch die Jugendarbeit, vereinbart.

Mit dieser Vereinbarung wird dieses Anliegen in Bayern aufgegriffen und unterstützt. Sie unterstreicht die Chancen dieser Zusammenarbeit als einen Beitrag zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern. Kultusministerium und Bayerischer Jugendring wollen mit dieser Vereinbarung Schulen wie Träger vor Ort zur Zusammenarbeit ermutigen.

2. Bildung in der Jugendarbeit

Jugendarbeit gem. § 11 KJHG/SGB VIII ist ein eigenständiges Angebot mit einem eindeutigen Bildungsauftrag, der im Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung konkretisiert ist: „Jugendarbeit umfasst ein breites Spektrum von Bildungs- und Freizeitangeboten, das Raum zur individuellen Entfaltung eröffnet, Möglichkeiten bietet, in Gemeinschaft mit Gleichaltrigen selbständig bestimmend und mitgestaltend tätig zu sein sowie Verantwortung zu übernehmen.“ (Kinder- und Jugendprogramm S. 21). Deshalb zeichnen sich auch Aktivitäten der Jugendarbeit in Kooperation mit Schulen durch die der Jugendarbeit eigenen Themen und Methoden aus und sind maßgeblich von den Schülerinnen und Schülern mitgestaltet.

Zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit zählen Angebote in den Bereichen allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, religiöser, kultureller, ökologischer und technischer Bildung sowie Angebote aus den Bereichen Sport, Spiel und Geselligkeit, internationale Jugendarbeit oder arbeitsweltbezogene Angebote. Durchgängiges Bildungsmoment ist hierbei die Vermittlung personaler und sozialer Kompetenzen. Dabei können die Aktivitäten der Jugendarbeit einen konkreten Lehrplanbezug aufweisen oder auch eigenständige Ziele verfolgen.

3. Formen der Zusammenarbeit

3.1 Aktivitäten schulbezogener Jugendarbeit

Kooperationen der Jugendarbeit mit Schulen können sich beispielsweise auf folgende Aktivitätsformen erstrecken:

- Beteiligung an Projektwochen mit Klassen oder Gruppen
- (Mit)gestaltung von Schullandheimaufenthalten
- Schülertreffs an der Schule oder in unmittelbarer Nähe zur Schule (Schülercafés)
- Seminare und Multiplikatorenschulungen für Tutoren, Schülerinnen und Schüler der Schülermitverantwortung (SMV)
- Angebote der Pausen- und Schulhofgestaltung
- Jugendberatung und Jugendinformation
- Übungen, Schulungen, Unternehmungen z.B. mit erlebnispädagogischen Methoden
- Bildungsangebote zur Entwicklung sozialer Kompetenz und zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen
- Gruppenangebote

3.2 Orte und Zeiten

Aktivitäten der Jugendarbeit können sowohl in der Schule als auch außerhalb der Schule stattfinden.

Sie können während der Unterrichtszeit aber auch am Nachmittag vorgesehen werden, am Wochenende oder während der Ferienzeiten durchgeführt werden. Veranstaltungen können während der Unterrichtszeit jedoch nur durchgeführt werden, wenn sie den ordnungsgemäßen Unterrichtsbetrieb nicht ersetzen, sondern mit ihm als Einbeziehung externen Fachwissens vereinbar sind.

3.3 Anbieter und Träger

Kooperationsprojekte der Jugendarbeit sind grundsätzlich Veranstaltungen der Jugendhilfe, sofern sie nicht von der Schulleiterin oder dem Schulleiter im Einvernehmen mit dem Träger der Jugendarbeit zur schulischen Veranstaltung erklärt werden.

Sie werden angeboten von:

- Jugendverbänden
- Stadt-, Kreis- und Bezirksjugendringen
- Jugendfreizeitstätten und Jugendtreffs
- Vereinen und Initiativen der Jugendarbeit
- Jugendbildungsstätten
- Kommunalen Jugendarbeit (Jugendämtern)

3.4 Personal und Räume

Die Träger der Jugendarbeit setzen fachlich qualifiziertes Personal ein. Dies können sowohl beruflich als auch ehrenamtlich Tätige sein. Die Träger der Jugendarbeit bieten fachliche Hilfestellung durch Information, Beratung, Fort- und Weiterbildung.

Beide Kooperationspartner stellen sich, unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, die erforderlichen Räume, in denen die Angebote stattfinden, gegenseitig zur Verfügung.

3.5 Vereinbarungen vor Ort

Die Zusammenarbeit muss schriftlich vereinbart werden. Die Inhalte der Vereinbarungen können von den Partnern frei bestimmt werden. Jedenfalls ist festzuhalten, ob es sich um eine Veranstaltung der Schule oder der Jugendhilfe handelt. Zu regeln sind ferner Fragen der Finanzierung des Projekts, der Aufsicht über die Schülerinnen und Schüler, des Versicherungsschutzes der Schülerinnen und Schüler und des Datenschutzes. Ferner sind die entsprechenden schul- und jugendhilferechtlichen Vorschriften sowie die jeweils eigenen Zuständigkeiten zu beachten.

Eine schriftliche Kooperationsvereinbarung (vgl. Mustervereinbarung 1) sollte weiterhin Absprachen über gemeinsame Ziele, Inhalte und organisatorische Rahmenbedingungen enthalten.

Für die schulische Einbindung des Angebots und die Information der Lehrkräfte, der Eltern und der Schülerinnen und Schüler sorgt die Schulleitung.

3.6 Abstimmung und Planung

Angebote der Jugendarbeit an Schulen können im Rahmen eines koordinierten Gesamtprogramms andere Leistungen der Jugendhilfe, wie etwa Maßnahmen der Jugendsozialarbeit an Schulen oder Projekte der offenen Ganztagesangebote ergänzen und unterstützen.

Eine angemessene Abstimmung der Bedarfe und Ressourcen der Kooperationspartner sollte im Rahmen der kommunalen Jugendhilfeplanung und Schulentwicklung erfolgen.

4. Zusammenarbeit bei der Umsetzung von offenen Ganztagschulen

Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zur Förderung der offenen Ganztagschule für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 10 vom 6. Februar 2007 (KWMBI I S. 54) sieht auch Möglichkeiten der Verknüpfung mit der Jugendarbeit vor. Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Ganztagesangebotes der Schule eine Freizeitgestaltung mit den besonderen Bildungsschwerpunkten der Jugendarbeit bzw. den Besuch ihrer Jugendgruppe oder ihres Sportvereins zu ermöglichen.

Der Projektträger des Ganztagesangebotes an der Schule schließt hierfür mit dem Partner der Jugendarbeit einen Vertrag, in dem die Zusammenarbeit im Einzelnen geregelt wird (vgl. Mustervereinbarung 2).

Das Angebot der Jugendarbeit erfolgt in enger Abstimmung zwischen Schulleitung und Träger des Ganztagsangebotes. Die Schulleitung unterrichtet das eingesetzte pädagogische Personal über grundlegende Angelegenheiten wie Aufsichtspflicht, Haftung, Hausordnung, Informationswege, Datenschutz usw. .

Jugendorganisationen, deren Zusammenschlüsse sowie Einrichtungen der Jugendarbeit können auch die Trägerschaft von Projekten offener Ganztagsangebote an Schulen übernehmen. In diesem Fall regeln die Richtlinien des einschlägigen Förderprogramms die Bedingungen der Zusammenarbeit.

5. Weitere Verabredungen

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus und der Bayerische Jugendring teilen das Anliegen einer partnerschaftlichen Organisation der Kooperation. Sie soll von einem Klima gegenseitiger Wertschätzung und Anerkennung der Leistungen des jeweiligen Kooperationspartners geprägt sein. Hierbei sind neben dem gemeinsamen Bildungsauftrag auch die Unterschiede in der Arbeitsweise sowie der Ausstattung der Kooperationspartner mit personellen und materiellen Ressourcen zu berücksichtigen.

Die Unterzeichner versichern, sich gegenseitig über ihre Aktivitäten im Bereich der Zusammenarbeit von „Schule und Jugendarbeit“ bzw. „Schule und außerschulische Träger“ zu informieren. Sie benennen jeweils eine/n Ansprechpartner/in für diese Aufgabe. Bei Bedarf laden sie sich gegenseitig zu entsprechenden Veranstaltungen und Besprechungen ein.

Die Unterzeichner beraten weitere Maßnahmen, mit denen die Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit konkret unterstützt und gefördert werden kann.

Ein Erfahrungsaustausch zur Umsetzung dieser Vereinbarung erfolgt einmal jährlich.

Die Rahmenvereinbarung gilt, solange sie nicht von einer der beiden Seiten gekündigt oder durch eine einvernehmliche neue Vereinbarung ersetzt oder ergänzt wird. Sie wird von beiden Seiten auf geeignete Art und Weise bekannt gemacht.

München, den 20. Juni 2007

München, den 20. Juni 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Bayerischer Jugendring

Siegfried S c h n e i d e r
Staatsminister

Martina K o b r i g e r
Präsidentin des Bayerischen Jugendrings

Mustervereinbarung 1¹⁾ (Angebote der Jugendarbeit in Kooperation mit Schule)

zwischen dem Träger der Jugendarbeit/Name

.....

vertreten durch

.....

und

dem Aufwandsträger der Schule/Name der Kommune

.....

vertreten durch/Name der Schulleiterin/des Schulleiters

.....

1. Präambel

Die Kooperation von Jugendarbeit und Schule zielt darauf ab, die Qualität der Erziehungs- und Bildungsarbeit in der Schule weiter zu verbessern und gemeinsame Angebote zu entwickeln, die die Erziehung und Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten fördern. Die Herausforderungen moderner Gesellschaften erfordern ein stärkeres Zusammenwirken aller an der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen beteiligten Personen und Institutionen als bisher.

Die Kooperation wird von gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Wertschätzung getragen, sie findet gleichberechtigt und unter Beteiligung von Fachkräften beider Seiten statt. Unverzichtbar ist die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an der Organisation, Gestaltung und Nachbereitung des Angebots/der Angebote. Eltern sollen in die Arbeit einbezogen werden.

Die Kooperation beruht insbesondere auf Art. 31 Abs. 1 Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und § 81 Abs. 1 Nr. 1 Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII), die Schule und Jugendhilfe zur Zusammenarbeit verpflichten.

Der spezifische Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Schule bleibt von der Kooperation unberührt. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrags (Art. 2 EUG). Entsprechendes gilt für die Umsetzung des eigenständigen Bildungsauftrags der Jugendarbeit (§§ 1, 11 KJHG/SGB VIII).

Im Vordergrund der Angebote der Jugendarbeit im Rahmen dieser Vereinbarung stehen die Vermittlung von Kompetenzen und Fähigkeiten in den Bereichen der Persönlichkeitsentwicklung, des sozialen Lernens und der Orientierung in der heutigen Gesellschaft.

¹⁾ Kooperationen zwischen Schulen und Trägern der Jugendarbeit müssen auf konkreten Absprachen und Regelungen beruhen. Die hier abgedruckte Mustervereinbarung zeigt, welche Fragen besprochen und geregelt werden sollten. Jedenfalls ist festzuhalten, ob es sich um eine Veranstaltung der Schule oder der Jugendhilfe handelt. Zu regeln sind ferner Fragen der Finanzierung des Projekts, der Aufsicht über die Schülerinnen und Schüler, des Versicherungsschutzes der Schülerinnen und Schüler und des Datenschutzes. Abgesehen davon sind die Formulierungen als Anregungen und als Leitfaden zu verstehen und müssen gegebenenfalls ergänzt bzw. den örtlichen Gegebenheiten angepasst werden.

Sie werden nach den allgemeinen Arbeitsprinzipien der Jugendarbeit gestaltet. Die Angebote orientieren sich am Alltag und an der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler, sie beziehen diese in die Organisation, Gestaltung und Auswertung ein und die Teilnahme an den Angeboten ist freiwillig.

2. Art der Veranstaltung

Das Kooperationsprojekt ist eine Veranstaltung der Jugendhilfe.

(Alternativ: Das Kooperationsprojekt wird von der Schulleiterin/dem Schulleiter im Einvernehmen mit dem Träger der Jugendarbeit zu einer schulischen Veranstaltung erklärt).

3. Ausgangssituation der Kooperation (Bedarf)

(jeweils gemäß der örtlichen Gegebenheiten beschreiben)

.....
.....
.....

4. Arbeitskonzept

Der Träger der Jugendarbeit führt folgendes Angebot durch

.....

Das Vorhaben beginnt am und endet am

Zielgruppe, Inhalte, Methoden, Tätigkeiten und Qualifikationen des Personals sowie ein Kosten- und Finanzierungsplan sind in einem Arbeitskonzept ausgeführt. Das Arbeitskonzept ist Teil dieser Vereinbarung.

5. Kooperationsstruktur

Für die Dauer der gemeinsamen Arbeit wird eine Steuerungsgruppe eingerichtet, die sich paritätisch aus allen Beteiligten zusammensetzt (Schulleitung, Lehrkraft, Mitarbeiter/-innen der Jugendarbeit, Schülerinnen und Schüler). In die Steuerungsgruppe können nach Bedarf weitere Personen eingeladen werden. Die Steuerungsgruppe tagt regelmäßig.

Die Schule veranlasst die erforderliche innerschulische Abstimmung – insbesondere in den schulischen Gremien – und gewährleistet die organisatorische Einbindung in den Schulalltag, soweit die Maßnahmen nicht ausschließlich in den außerunterrichtlichen Bereich fallen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendarbeit werden nach Bedarf zu den Gremien der Schule eingeladen, mindestens zu Beginn und zum Ende der Zusammenarbeit. Ein Bedarf liegt dann vor, wenn in den Sitzungen Belange behandelt werden, die die Kooperation der Vertragspartner oder Anliegen beteiligter Schülerinnen und Schüler betreffen.

Die schulischen Mitglieder der Steuerungsgruppe werden in die Gremien des Kooperationspartners der Jugendarbeit eingeladen, sofern sich diese mit Angelegenheiten der Kooperation befassen.

Meinungsverschiedenheiten werden nach Möglichkeit in der Steuerungsgruppe geklärt. Sollte hier keine Einigung erzielt werden können, findet ein Gespräch zwischen der Leitung des Trägers der Jugendarbeit und der Schulleitung statt. Die Beteiligten können zur Verbesserung der Kooperation externe Beratung hinzuziehen.

6. Finanzierung

Für die Dauer des Vorhabens stellt der Aufwandsträger/der Träger der Jugendarbeit Räume kostenfrei zur Verfügung. Die Übernahme der laufenden Betriebskosten ist damit eingeschlossen.

Sofern Sachkosten nicht durch Eigenmittel des Kooperationspartners oder durch Zuschüsse erbracht werden, übernimmt der Aufwandsträger diese für die Projektdauer in Höhe von bis zu Euro.

Diese Zuwendungen werden dem Kooperationspartner der Jugendarbeit gemäß der haushaltsrechtlichen Bestimmungen zur Verfügung gestellt.

Der Kooperationspartner ist gegenüber dem Schulträger/der Schule für die zweckgebundene und wirtschaftliche Verwendung der Mittel verantwortlich. Er erstellt einen Verwendungsnachweis zum Ende eines jeden Haushaltsjahres.

Im Übrigen trägt jeder Vertragspartner die ihm entstehenden Kosten im Rahmen seines Haushaltes.

7. Aufsicht/Hausordnung

Die Aufsicht über die teilnehmenden Minderjährigen während der Maßnahmen führt eine vom Kooperationspartner der Jugendarbeit bestimmte geeignete Person, soweit nicht eine Lehrkraft in beidseitigem Einvernehmen hiermit beauftragt ist oder eine gemeinsame Aufsichtspflicht übernommen wird. Die Übernahme bezieht sich nicht auf dritte Schülerinnen und Schüler oder Lehrkräfte.

Personal des Kooperationspartners der Jugendarbeit kann auch im Unterricht im Rahmen der Gesamtverantwortung der Schule tätig werden.

Der Kooperationspartner der Jugendarbeit sichert die Einhaltung der geltenden Hausordnung (s. Anlage).

Die Schulleitung stellt sicher, dass der Kooperationspartner ungehinderten Zugang zu den zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten erhält und diese umfassend nutzen kann.

Handelt es sich um eine Veranstaltung der Jugendhilfe, so sichert der Träger der Jugendarbeit (Name) zu, dass er angemessenen Versicherungsschutz, insbesondere Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz durch bereits vorhandene oder zum Zweck der Kooperation abzuschließende Versicherungen gewährleistet.

8. Weitere Vereinbarungen

Kann der Kooperationspartner Veranstaltungen im Rahmen des Vorhabens aus unvorhersehbaren Gründen nicht durchführen, wird er die Schule hierüber unverzüglich informieren. Er sorgt falls erforderlich für eine personelle Vertretung.

Das Vorhaben findet unter inhaltlicher und organisatorischer Verantwortung des Kooperationspartners der Jugendarbeit statt.

Der Kooperationspartner der Jugendarbeit erkennt für sich die Anwendbarkeit der für Schulen geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen an. Er wird insbesondere die von ihm an der Durchführung des Vorhabens beteiligten Personen entsprechend verpflichten und für die Sicherheit und den Schutz der bei ihm anfallenden personenbezogenen Daten ausreichende Maßnahmen ergreifen. Die Schule erkennt die für den Kooperationspartner der Jugendarbeit geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen an.

Die Schule informiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kooperationspartners der Jugendarbeit über zu beachtende Schulvorschriften, Anordnungen der Schulaufsichtsbehörden und Beschlüsse der schulischen Mitwirkungsorgane.

Beide Seiten unterstützen sich gegenseitig in dem Bemühen um sachdienliche Fortbildung und Information des eingesetzten Personals.

9. Dokumentation und Qualitätsentwicklung

Der Kooperationspartner der Jugendarbeit legt zeitnah nach Abschluss des Projektes einen Abschlussbericht vor. Bei mehrjährigen Projekten wird ein jährlicher Zwischenbericht erstellt. Der Bericht enthält neben Angaben zur Gruppe der Teilnehmenden auch Angaben zur inhaltlichen Gestaltung und zum Ablauf der Maßnahmen sowie zur Erreichung der Projektziele. Die Schule verfasst ebenfalls eine Auswertung des Angebots aus schulischer Sicht. Diese Auswertung ist Teil der Gesamtberichte.

10. Änderungen und Kündigung

Eine Änderung der Kooperationsvereinbarung ist nur in beidseitigem Einvernehmen möglich.

Die Vereinbarung kann von beiden Seiten schriftlich und fristlos gekündigt werden, wenn das Festhalten an der Vereinbarung für einen der Beteiligten unzumutbar geworden ist, insbesondere bei wiederholtem groben Verstoß eines Beteiligten gegen ihre Bestimmungen.

Mustervereinbarung 2¹⁾

(Jugendarbeit im Rahmen von Ganztagsangeboten)

zwischen dem Träger des Ganztagsangebots (Träger)

.....

vertreten durch

.....

an der Schule

.....

vertreten durch

.....

und dem/der Verein/Verband/Institution (Partner)

.....

vertreten durch

.....

1. Der Partner führt im Rahmen des Ganztagsangebots an der o.g. Schule das folgende pädagogische Angebot durch:

.....

2. Das Angebot erstreckt sich auf folgende(n) Wochentag(e).....
jeweils von Uhr bis Uhr

Damit umfasst das gesamte Angebot Stunden (à 45 Min.)

3. Träger und Partner vereinbaren folgende Finanzierung:

Die Kostenerstattung erfolgt auf das folgende Konto:

Konto-Nr.: Geldinstitut: BLZ:

Kontoinhaber:

4. Der Partner bestätigt, dass die eingesetzten Kräfte für den Einsatz in den Ganztagsangeboten an Schulen geeignet sind. Es ergeben sich keine Bedenken gegen eine Beschäftigung.

¹⁾ Die Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus über die „Förderung der offenen Ganztagschule von Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 5 bis 10“ vom 6. Februar 2007 (KWMBI I S. 54) bietet besondere Rahmenbedingungen der Kooperation mit Trägern der Jugendarbeit und stellt spezifische Anforderungen. Für den Fall, dass Jugendarbeit im Rahmen des Freizeitangebotes Aufgaben übernimmt, empfiehlt sich eine Vereinbarung in dieser oder ähnlicher Form. Für den Fall der Übernahme der Trägerschaft eines Ganztagsangebotes sind andere Vereinbarungen erforderlich.

5. Der Partner sorgt im Falle von Krankheit, Urlaub oder sonstiger Abwesenheit der vorgesehenen Kräfte für angemessene Vertretung.
6. Im Hinblick auf die Tätigkeit im Rahmen der Ganztagsangebote an Schulen klären die Partner und die eingesetzte Kraft (die eingesetzten Kräfte) gemeinsam Fragen zum Versicherungsschutz (z.B. Unfallschutz, Haftpflicht)
7. Erhält der Partner oder eine von ihm eingesetzte Kraft Kenntnis über persönliche Angelegenheiten von Schülerinnen und Schülern, ist Vertraulichkeit zu wahren.
8. Weitere Vereinbarungen:
Die Rahmenvereinbarung zwischen dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus und dem Bayerischen Jugendring zur „Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit“ ist Bestandteil dieses Kooperationsvertrags.

Ort, Datum:

Unterschriften: Träger/Partner/Schulleitung

2213.2-WFK

**Richtlinien für das Programm
zur Förderung der Auftragsforschung an den
bayerischen Universitäten
(Bonusprogramm Universitäten)**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

vom 5. Juli 2007 Az.: F2-F 1113-10c/19 401

1. Gegenstand und Ziel der Förderung, Förderzweck

Wesentliches Ziel des Bonusprogramms ist es, die Wissenschaftler an den bayerischen Universitäten zu motivieren, in verstärktem Maße, Forschungs- und Entwicklungsaufträge für bayerische Unternehmen der privaten Wirtschaft durchzuführen sowie in anderen Projekten des Forschungs- und Wissenstransfers mit Unternehmen der privaten Wirtschaft zusammenzuarbeiten und dadurch private Forschungsgelder zu erschließen. Damit soll die Universitätsforschung vermehrt mit Fragestellungen aus der Praxis befasst, der Forschungs- und Wissenstransfer beschleunigt und eine Stärkung des technischen Know-hows und damit der Wettbewerbsposition, insbesondere der bayerischen Unternehmen bewirkt werden. Daneben soll die Ausstattung bayerischer Universitäten verbessert werden, indem sie zusätzliche Mittel zum freien Einsatz an den Lehrstühlen erhalten.

Das „Bonusprogramm“ ergänzt als eigenständiges bayerisches Programm die zum 8. Februar 2007 in Kraft getretene Förderrichtlinie „Forschungsprämie“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF, siehe Bundesanzeiger Nr. 28 vom 8. Februar 2007, S. 1402).

2. Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind Mitglieder und Einrichtungen der bayerischen Universitäten, die für Unternehmen der privaten Wirtschaft Forschungs- und Entwicklungsaufträge sowie Projekte des Forschungs- und Wissenstransfers im Hauptamt durchführen und diese Aufträge über die Hochschule abrechnen, wenn nicht mehr als 50% ihres gesamten Forschungsetats im Hauptamt von Unternehmen der privaten Wirtschaft eingeworben werden.

Leistungen aus dem Bonusprogramm werden über die Haushalte derjenigen Universität abgewickelt, der der Leistungsempfänger angehört.

3. Fördervoraussetzungen

3.1 Positive Fördervoraussetzungen:

Die Bonusprämie wird für Forschungs- und Entwicklungsaufträge oder andere Projekte des Wissenstransfers gewährt, wenn

3.1.1 der Auftraggeber

- ein Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten mit Sitz oder einer rechtlich selbständigen Niederlassung in Bayern oder
- ein bayerischer Unternehmensverband ist, dessen Mitgliedsunternehmen erwerbswirtschaftlichen Charakter haben,

3.1.2 oder die Laufzeit des FuE-Auftrags bzw. des Projekts des Wissenstransfers sich über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren erstreckt,

3.1.3 oder das Auftragsvolumen unter 10000 € (ohne Umsatzsteuer) liegt.

3.2 Ausnahmen

Nicht förderungsfähig sind FuE-Aufträge oder andere Projekte des Wissenstransfers,

3.2.1 die an die staatlichen Materialprüfämter an Hochschulen erteilt werden,

3.2.2 wenn es sich um klinische Studien der Phasen 3 oder 4 handelt,

3.2.3 für die der Auftraggeber bereits vor der Antragstellung (Antragsdatum) Mittel zur Verfügung gestellt hat; dem steht der Fall gleich, dass der Auftraggeber im Jahr der Antragstellung Mittel für ein anderes Projekt bereitgestellt hat, als dessen inhaltliche Fortführung sich das Antragsprojekt darstellt.

4. Art und Umfang der Förderung

4.1 Ausgabemittel zur freien Verwendung

Das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst stellt als Bonusprämie für durchgeführte FuE-Aufträge oder andere Projekte des Wissenstransfers dem Leistungsempfänger zusätzliche Ausgabemittel zur freien Verwendung im Rahmen seines Hauptamtes zur Verfügung.

4.2 Höhe der Bonusprämie

Die Bonusprämie beträgt 10% des mit dem Auftraggeber vereinbarten Entgelts ohne Mehrwertsteuer, die über die Hochschule abgerechnet werden (Bemessungsgrundlage); der Projektträger kann es aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung zulassen, dass auch das direkt vom Auftraggeber an einen Mitarbeiter des Antragstellers gezahlte Entgelt in die Bemessungsgrundlage einbezogen wird.

Die Bonusprämie erhöht sich auf 20%, wenn es sich um einen FuE-Auftrag bzw. um ein Projekt des Wissenstransfers handelt, dessen vereinbartes Entgelt 10000 € nicht übersteigt oder wenn der Auftraggeber ein bayerisches Unternehmen mit weniger als 25 Mio. Euro Vorjahres-Nettojahresumsatz (Jahresumsatz ohne Umsatzsteuer) ist oder wenn der Betrieb in die Handwerksrolle oder das Verzeichnis der handwerksähnlichen Betriebe eingetragen ist.

4.3 Nachträgliche Änderungen

Bei nachträglicher Änderung der Bemessungsgrundlage oder der sonstigen für die Höhe der Bonusprämie maßgeblichen Umstände muss der Antragsteller die Verwaltung der Hochschule unverzüglich informieren. Eine entsprechende Minderung oder Rückforderung der Bonusprämie bleibt vorbehalten.

4.4 Verteilung der Bonusprämie

Die Bonusprämie wird ohne Rechtsanspruch und nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt. Maßgebend ist das Eingangsdatum des Antrags beim Projektträger; soweit jedoch die zu gewährende Bonusprämie einen Betrag von 10000 € übersteigen würde oder ein und derselbe Antragsteller mehr als zwei Anträge pro Jahr stellt, bleibt eine gesonderte Verteilung nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und der Förderwürdigkeit des Vorhabens vorbehalten.

Sacheinlagen (Laborgeräte etc.), die vom Auftraggeber zur Durchführung des FuE-Auftrags zur Verfügung gestellt werden und in das Eigentum der Universität übergehen, können bis zu maximal 10000 € berücksichtigt werden.

5. **Verfahren**

5.1 Antragstellung

Anträge können mit einem beim Projektträger oder bei der jeweiligen Hochschulverwaltung erhältlichen Antragsformular bei der jeweiligen Hochschulverwaltung eingereicht werden. Das Antragsformular steht auch im Internet unter <http://www.uni-regensburg.de/Einrichtungen/FUTUR/html/bonusprogramm.html> zum Download bereit. Dem Antragsformular ist die Kopie des FuE-Auftrags bzw. des Projekts des Wissenstransfers beizulegen, die insbesondere Angaben zu den vom Auftraggeber dem Antragsteller zur Verfügung gestellten Mitteln sowie Angaben über den Sitz des Unternehmens enthält.

5.2 Antragsbearbeitung und Bewilligung

Die Verwaltung der Hochschule erfasst die Anträge, bestätigt formlos, dass der Antragsteller ein Mitglied oder eine Einrichtung bayerischer Universitäten ist, und leitet die Antragsunterlagen an den Projektträger weiter. Der Projektträger prüft und entscheidet, ob die Bedingungen für eine Förderung im Rahmen des Bonusprogramms erfüllt sind, bestätigt dies, stellt die Höhe der Bonusprämie fest und sendet eine Ausfertigung der Unterlagen mit einem Bestätigungsvermerk an die Verwaltung der Hochschule zurück. Diese unterrichtet sodann den Antragsteller.

5.3 Feststellung der Höhe des Förderanspruchs

Auf Grund der auf dem Konto der Amtskasse der Hochschule eingehenden Zahlungen des FuE-Auftrags (TG 72) stellt die Verwaltung der Hochschule die Höhe des Förderanspruchs be-

tragsgemäß fest und vermerkt dies in einer halbjährlichen fortlaufenden Projektliste.

5.4 Anforderung der Bonusprämie

Die Verwaltung der Hochschule fordert jeweils zum 15. Februar und 15. August Haushaltsmittel entsprechend den im abgelaufenen Kalenderhalbjahr erworbenen Förderansprüchen (vgl. Nr. 5.3) beim Projektträger an. Der Projektträger weist nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel und nach Prüfung der Hochschule den entsprechenden Betrag an Haushaltsmitteln zur Bewirtschaftung zu.

5.5 Hochschulinterne Zuweisung und Verwendung der Bonusprämie

Die Bonusprämie ist von der jeweiligen Hochschulverwaltung umgehend dem Leistungsempfänger zuzuweisen und steht diesem unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen zur freien Verwendung zur Verfügung, z.B. für die Vergütung befristet eingestellten Personals, zur Bestreitung laufender oder einmaliger Sachaufwendungen (ohne Baumaßnahme, HGr 7).

Das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und von ihm Beauftragte sowie der Projektträger haben jederzeit das Recht zur Einsicht und Prüfung der Unterlagen; Art. 88, ff. BayHO bleiben unberührt.

6. **Projektträger**

Die Einrichtung FUTUR (Forschungs- Und Technologietransfer Universität Regensburg) handelt als Projektträger im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Dem Projektträger ist die Mittelbewirtschaftung übertragen; er erstattet dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst halbjährlich Bericht über die zugewiesenen Bonusmittel.

Es ist ratsam, vor der Antragstellung mit dem Projektträger Kontakt aufzunehmen. Der Projektträger erteilt weitere Auskünfte und berät bei der Antragstellung.

Universität Regensburg
FUTUR
93040 Regensburg
Tel.: (0941) 9 43 20 99
Fax: (0941) 9 43 24 00
E-Mail: futur@uni-regensburg.de

7. **Inkrafttreten**

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2007 in Kraft.

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler
Ministerialdirektor

2210.1.1.3.0-WFK

Erhebung von privatrechtlichen Entgelten für das weiterbildende Studium

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

vom 18. Juli 2007 Az.: X/4-H 1032-10b/18 250

1. Gebührenpflicht und privatrechtliches Entgelt

Art. 71 Abs. 8 Satz 1 Halbsatz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch Art. 12 Abs. 1 des Bayerischen Hochschulzulassungsgesetzes vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 320, BayRS 2210-8-2-WFK), sieht eine Gebührenpflicht für das Studium von Gaststudierenden und für die Teilnahme von Studierenden an speziellen Angeboten des weiterbildenden Studiums vor. Das Nähere wird durch die Verordnung über die Erhebung von Gebühren für die Teilnahme von Studierenden an speziellen Angeboten des weiterbildenden Studiums und für das Studium von Gaststudierenden an den staatlichen Hochschulen (Hochschulgebührenverordnung – HSchGebV) vom 18. Juni 2007 (GVBl S. 399, BayRS 2210-1-1-9-WFK) geregelt. Von Teilnehmern und Teilnehmerinnen an einem weiterbildenden Studium, die nicht Studierende oder Gaststudierende sind, wird gemäß Art. 71 Abs. 8 Satz 1 Halbsatz 2 BayHSchG ein privatrechtliches Entgelt erhoben.

2. Grundsatz der Entgeltpflicht und Ausnahmen

Die Hochschulen sind demnach grundsätzlich verpflichtet, von Teilnehmern und Teilnehmerinnen an speziellen Angeboten des weiterbildenden Studiums, die nicht Studierende oder Gaststudierende sind, privatrechtliche Entgelte zu erheben. Von einer Entgelterhebung kann – analog § 3 Abs. 2 HSchGebV – in den Fällen ganz oder teilweise abgesehen werden, in denen an der Durchführung dieses Angebots ein besonderes öffentliches, insbesondere bildungspolitisches Interesse besteht. Das öffentliche Interesse daran, dass die Hochschulen ihrer Aufgabe gemäß Art. 2 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG nachkommen, der Weiterbildung zu dienen und entsprechende Veranstaltungen anzubieten, reicht dafür nicht aus; es muss ein darüber hinausgehendes öffentliches Interesse gegeben sein (z. B. Lehrerfortbildung).

3. Spezielle Weiterbildungsangebote

Als spezielle Angebote des weiterbildenden Studiums in diesem Sinn gelten Studienangebote, die speziell zum Zwecke der Weiterbildung (z. B. zu begrenzten Themenbereichen bei aktuellem Weiterbildungsbedarf oder im Rahmen von speziellen Weiterbildungsprogrammen) geplant werden.

4. Entgelthöhe

Die Höhe des Entgelts richtet sich – analog § 2 Abs. 3 Satz 1 HSchGebV – nach dem Aufwand der Hochschule für die speziellen Angebote des weiterbildenden Studiums sowie nach deren Bedeutung für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

Zum Aufwand gehören insbesondere die für solche Veranstaltungen entstehenden anteiligen Personalkosten für Hochschulangehörige, Honorare, Kosten für Anmietungen, angemessene Mietwerte für hochschuleigene Räume samt anteiliger Bewirtschaftungskosten, Verbrauchsmaterial etc.

Hierbei sind als Maßstab die marktüblichen Preise heranzuziehen, sofern es sich um Veranstaltungen handelt, die mit Veranstaltungen außeruniversitärer Träger konkurrieren. Das Entgelt darf nicht unter den Gebühren liegen, die für die gleichen Lehrveranstaltungen von Studierenden und Gaststudierenden nach Maßgabe der Hochschulgebührenverordnung erhoben werden.

Die Höhe des Entgelts wird von der Hochschule festgesetzt. Über die Grundlagen für diese Entscheidung (voraussichtliche Teilnehmerzahl, anteilige Personalkosten, Sachkosten wie z. B. Verbrauchsmaterial, Mieten sowie sonstige Betriebskosten) sind – analog § 2 Abs. 3 Satz 5 HSchGebV – Aufzeichnungen zu führen. Das vereinnahmte Entgelt steht den Hochschulen zu; dieses ist in erster Linie zur Finanzierung des weiterbildenden Studiums zu verwenden.

5. Einvernehmen und Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung ergeht im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen. Sie tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2007 in Kraft und ist erstmals auf die Entgelterhebung zum Wintersemester 2007/2008 anzuwenden. Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst über die Erhebung von privatrechtlichen Entgelten für das weiterbildende Studium vom 9. März 1994 (KWMBI I S. 114), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 20. November 2003 (KWMBI I 2004 S. 28), außer Kraft.

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler
Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 297

2230.1.1.1.4-UK

Zulassung von Lernmitteln

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 7. August 2007 Az.: III.4-5 S 1321.1-5.85 330

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit **R** gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

1. Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Deutsch – Sprache untersuchen

Diesterweg Verlag, Braunschweig:

BAUSTEINE • Sprachbuch, Bayern, Neubearbeitung, hrsg. v. Emminger:

R1/2: Vereinfachte Ausgangsschrift, ISBN 978-3-425-12752-1, Aufl. 07/**Dr. A1**, 15,95 €, ZN 111/07-V (02.08.07)

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Kunterbunt • Sprachbuch, Bayern, hrsg. v. Bartnitzky/Bunk:

R4: ISBN 978-3-12-270096-6, 1. Aufl. 07, 16,25 €, ZN 120/07-V (01.08.07)

Hauptschule

Deutsch

– **Rechtschreiben, Sprachbetrachtung und schriftlicher Sprachgebrauch**

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Mit eigenen Worten, Hauptschule Bayern:

R9M: v. Böttger u.a., ISBN 978-3-14-123249-3, Aufl. 07/**Druck A1**, 19,50 €, ZN 108/07-V (12.06.07)

Hauswirtschaftlich-sozialer Bereich

Verlag Handwerk und Technik, Hamburg:

Zusammenleben • Zusammenarbeiten:

R9/M9: v. Blank/Weßling, ISBN 978-3-582-07457-7, Aufl. 07, 19,60 €, ZN 138/07-V (12.07.07)

Kommunikationstechnischer Bereich

Wolf im Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Textverarbeitung, v. Brem u.a.:

R9 Plus: ISBN 978-3-427-73104-7, 2. Aufl. 07, 20,60 €, ZN 155/05-V (06.08.07), zugel. f.d. Jgst. 9/M9

Physik / Chemie / Biologie

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

Natur und Technik – Physik/Chemie/Biologie, Hauptschule Bayern:

R8: v. Düring u.a., ISBN 978-3-464-85515-7, 1. Aufl. 07, 18,95 €, ZN 44/07-V (23.05.07)

Realschule

Betriebswirtschaftslehre / Rechnungswesen

Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

BWR mit Spannung und Spaß, v. Babl u.a.:

R8: ISBN 978-3-523-74101-8, 2. Aufl. 07, 18,80 €, ZN 40/02-R6 (27.07.07)

Deutsch – Sprachlehre und Rechtschreiben

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Hinweis:

Die nachfolgend genannten Werke gelten nach § 17 Abs. 2 ZLV in ihrer bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Mit eigenen Worten, Realschule Bayern, v. Bannert u.a.:

R5: ISBN 978-3-14-122245-6, Aufl. 04/**Druck B206**, 18,50 €, ZN 188/01-R6 (02.08.07)

R6: ISBN 978-3-14-122246-3, Aufl. 04/**Druck B106**, 18,50 €, ZN 128/02-R6 (02.08.07)

R7: ISBN 978-3-14-122247-0, Aufl. 05/**Druck B106**, 18,50 €, ZN 294/01-R6 (02.08.07)

Französisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Tous ensemble:

R4: v. Gümbel u.a., ISBN 978-3-12-523961-6, 1. Aufl. 07, 16,90 €, ZN 96/07-R6 (27.06.07), zugel. f.d. Jgst. 10

Informationstechnologie

Wolf im Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

Informationstechnologie:

R10 I: v. Holter u.a., ISBN 978-3-427-74207-4, 1. Aufl. 07, 14,60 €, ZN 101/07-R6 (01.08.07)

Gymnasium

Biologie

Bayerischer Schulbuch Verlag, München:

Nautilus, *Ausg. B*, hrsg. v. Schauer:

RBiologie 9: ISBN 978-3-7627-4139-8, 1. Aufl. 07, 16,90 €, ZN 98/07-G8 (25.05.07)

**DUDEN PAETEC Schulbuchverlag, Berlin/
C.C. Buchners Verlag, Bamberg:**

Biologie, *Gymnasium Bayern*, hrsg. v. Pietsch u.a.:

R9: ISBN 978-3-89818-489-2, 1. Aufl. 07/1. Druck, 16,95 €, ZN 113/07-G8 (12.06.07)

Deutsch – Kombinierte Sprach- und Lesebücher

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

Deutschbuch, *Sprach- und Lesebuch*, *Gymnasium Bayern*:

R9: hrsg. v. Matthiessen u.a., ISBN 978-3-464-60355-0, 1. Aufl. 07, 23,95 €, ZN 91/07-G8 (16.05.07)

Deutsch – Sprachbücher

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

Wort & Co – neu:

R9: v. Jakob u.a., ISBN 978-3-7661-3829-3, 1. Aufl. 07, 18,20 €, ZN 110/07-G8 (14.06.07)

Geschichte – Lehrbücher

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Geschichte und Geschehen, *Bayern*, v. Bernlochner u.a.:

R4: ISBN 978-3-12-411580-5, 1. Aufl. 07, 21,90 €, ZN 125/07-G8 (27.06.07), zugl. f.d. Jgst. 9

Latein – Lehrbücher

**C.C. Buchners Verlag, Bamberg/
Oldenbourg Schulbuchverlag, München:**

RLatein mit Felix – Grammatikbegleiter, hrsg. v. Utz/Kammerer, ISBN 978-3-7661-5060-8, 1. Aufl. 07, 14,80 €, ZN 118/07-G8 (22.06.07), zugl. f.d. Jgst. 5 – 8 in Latein als 1. FS

Physik

**DUDEN PAETEC Schulbuchverlag, Berlin/
C.C. Buchners Verlag, Bamberg:**

Physik, *Gymnasium Bayern*, hrsg. v. Meyer/Schmidt:

R9: ISBN 978-3-8355-3059-1, 1. Aufl. 07, 16,95 €, ZN 132/07-G8 (29.06.07)

Spanisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Línea verde, v. Bade u.a., zugl. in Spanisch als 3. FS:

R2: ISBN 978-3-12-535930-7, 1. Aufl. 07, 19,40 €, ZN 115/07-G8 (19.06.07), zugl. f.d. Jgst. 9 u. 10

Línea verde – Grammatisches Beiheft, v. Horner-Henkel/González, zugl. in Spanisch als 3. FS:

R2: ISBN 978-3-12-535935-2, 1. Aufl. 07, 6,40 €, ZN 145/07-G8 (18.07.07), zugl. f.d. Jgst. 9 u. 10

Berufliche Schulen

Berufsfachschulen des Gesundheitswesens

Elsevier Urban & Fischer, München:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

RBerufs-, Gesetzes- und Staatsbürgerkunde, *Kurzlehrbuch für Pflegeberufe*, v. Mürbe/Stadler, ISBN 978-3-437-26283-8, 9. Aufl. 06, 19,95 €, ZN 212/89-BF (23.05.07), zugl. an BFS f. Krankenpflege

Fachoberschule / Berufsoberschule

Sozialkunde

Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Sozialkunde FOS/BOS, v. Spöttl:

R1: *Politische Strukturen und Prozesse in rechtsstaatlichen Demokratien*, ISBN 978-3-8237-8005-2, 2. Aufl. 07, 12,70 €, ZN 212/99-FO/BO (01.08.07)

2. Lernmittel, die nur unter den Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, KWMBI I S. 251) lernmittelfrei sind

Allgemein bildende Schulen

Gymnasium

Geographie

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

RHaack Weltatlas, ISBN 978-3-623-49621-4, 1. Aufl. 07/**Druck 07**, 24,90 €, ZN 135/07-G (03.07.07)

3. Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Deutsch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Kunterbunt • Arbeitsheft zum Sprachbuch, *Bayern*, hrsg. v. Bartnitzky/Bunk:

R4: ISBN 978-3-12-270097-3, 1. Aufl. 07, 7,25 €, ZN 121/07-V (01.08.07)

Hauptschule

Englisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

New Highlight – Workbook, Hauptschule Bayern:

R3: v. de la Mare, ISBN 978-3-464-34432-3, 2. Aufl. 06, 7,95 €, ZN 23/07-V (23.05.07), zugel. f.d. Jgst. 7

Gymnasium

Englisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Learning English Green • Line New E 2 – Workbook,
zugel. in Englisch als **2. FS:**

R4: v. Ashford u.a., ISBN 978-3-12-581845-3, 1. Aufl. 07, 8,35 €, ZN 97/07-G8 (30.05.07), zugel. f.d. Jgst. 9

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt jeweils mit Wirkung des in Klammern angegebenen Datums in Kraft.

E r h a r d
Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 297